



# **Anträge**

**zum Landesparteitag  
der SPD Baden-Württemberg  
in Sindelfingen**

**24. November 2018**

## Berichterstatter\*innen

<b>Antragsbereich</b>	<b>Berichterstatter*innen</b>	<b>Seite</b>
Arbeitsprogramm	Lina Seitzl Benjamin Köpfle	4
Partei und Organisation	René Repasi Raphael Pfaff	15
Arbeit und Soziales	Daniela Harsch Sonja Elser	36
Gesundheit und Pflege	Lina Seitzl Birte Könnecke	82
Außen- und Sicherheitspolitik	René Repasi Dominique Odar	94
Bildung	Dorothea Kliche-Behnke Benjamin Köpfle	112
Europa	Dominique Odar René Repasi	124
Prostitution	Sonja Elser Raphael Pfaff	128
Innen und Recht	Nico Waibel René Repasi	131
Wohnen	Dorothea Kliche-Behnke Daniel Born	149
Umwelt und Verkehr	Birte Könnecke Gabi Rolland	155
Initiativanträge und Resolutionen	René Repasi Lina Seitzl	

# Antragstexte

## Landesverband Baden-Württemberg

### Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm	Seite 5
Partei und Organisation	Seite 15
Arbeit und Soziales	Seite 36
Gesundheit und Pflege	Seite 82
Außen- und Sicherheitspolitik	Seite 94
Bildung	Seite 112
Europa	Seite 124
Prostitution	Seite 128
Innen und Recht	Seite 131
Wohnen	Seite 149
Umwelt und Verkehr	Seite 155

# Arbeitsprogramm

Antragsbereich Arb/ **Antrag 1**

Kennnummer 14092

Landesvorstand

## **Eckpunkte für das Arbeitsprogramm des SPD-Landesvorstands für die Arbeitsperiode 2018 – 2020**

## **Eckpunkte für das Arbeitsprogramm des SPD-Landesvorstands für die Arbeitsperiode 2018 – 2020**

### **5 Selbstbewusst, zugewandt, unbequem: Partei des offenen Wortes**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD ist die Partei im Land, die sich unverstellt der Zukunft stellt: Den atemberaubenden Chancen, den unausweichlichen Fragen und auch den drohenden Missständen in Baden-Württemberg.

Wir verstehen unsere Erneuerung als Partei des offenen Wortes. Der ehrlichen Zuwendung. Des mutigen Vorausgehens. Da müssen wir hin. Da wollen wir hin. Da können wir auch hin, wenn wir anfangen, uns auf unsere Stärken zu besinnen - als echte Mitgliederpartei, als echte Debattenpartei, als traditionelle Volkspartei. Die sich nie vor Verantwortung gescheut hat. Mit gut begründetem Selbstbewusstsein.

### **Wir muten etwas zu: Genügsamkeit überwinden**

Wir wollen das Beste für die Menschen in diesem Land. Dazu muten wir ihnen etwas zu, weil das selbst (und gerade) in Baden-Württemberg nicht immer nur bequeme Einsichten mit sich bringt. Und wir muten uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbst etwas zu, weil es nicht automatisch oder gar schnell Beifall nach sich ziehen wird.

Wir wollen den politischen Stillstand überwinden, der sich durch eine philosophische Genügsamkeit in diesem Land eingestellt hat. Wir wollen an der gesellschaftlichen Orientierungsmüdigkeit rütteln, die durch vielfältige Verkrustungen entstanden ist. Wir wollen die neue rechtsnationale Welle brechen, die sich durch Verklärung einer dunklen Vergangenheit wieder eingestellt hat.

Das unterscheidet uns von den alten und neuen Konservativen, die wahlweise mit Heimattümelei, In-Sicherheits-Gewiege oder Gesundheitsbeterei bewusst Mehltau über unser Land legen. Und es unterscheidet uns von den

aufgekommenen Populisten, die mit Überzogenheit,  
45 Panikmache oder gar Verlogenheit bewusst Aufwiegelei in  
unserem Land betreiben.

**Politik für die Arbeitnehmer\*innen: Wohlstand,  
Sicherheit, Miteinander**

50

Die SPD in Baden-Württemberg versteht sich bewusst als  
die Partei für die Menschen, die nichts anderes zu  
verkaufen haben als ihren Kopf und ihre Hände und sich  
nicht auf Vermögenserträgen ausruhen können. Das ist  
55 unsere Tradition und das gilt für uns als Auftrag für die  
Zukunft. Das mag für schillernde Jamaika-Träume  
langweilig sein, für uns ist sie die Grundlage unseres  
Handelns. Wir wollen, Wohlstand sichern, Orientierung in  
sich rasch verändernden Zeiten geben und stehen ein für  
60 ein gesellschaftliches Miteinander und den sozialen  
Ausgleich ein.

~~Das mag für schillernde Jamaika-Träume  
langweilig sein. Für uns ....~~

Wir erklären unseren Steuerungswillen beim digitalen Auf-  
- und Umbruch der Arbeitswelt, der allen zugutekommen  
65 soll. Wir nennen das sozialen Fortschritt. Mit Herzblut  
setzen wir uns dafür ein, in der Bildung für jedes Kind  
gleiche und gerechte Chancen zu schaffen, damit sie das  
Beste aus ihrem Leben machen können. Wir nennen das  
Aufstieg durch Bildung. Wir bekräftigen, den sozialen  
70 Zusammenhalt in der Gesellschaft über alles zu stellen; ein  
jeder kann sich darauf verlassen und darauf berufen. Wir  
nennen das Streben nach Gemeinwohl. Wir unterstreichen,  
uns für ein offenes Europa der Menschen einzusetzen, das  
für uns als exportabhängiges Land eine wichtige  
75 Grundlage des Wohlstands ist. Wir nennen das Vielfalt  
und Teilhabe. Wir untermauern unseren Anspruch, in den  
Städten und Gemeinden eine Politik für alle  
Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen, die die  
Lebenswirklichkeit vor Ort fest im Blick hat. Wir nennen  
80 das Verantwortung.

An einem zentralen gesellschaftlichen Punkt gibt es für  
uns keine Kompromisse: dem Kampf gegen den  
Rechtsruck. Das gebietet nicht nur unsere Geschichte, das  
85 verlangt unsere innerste Überzeugung. Wir stellen uns  
dem gesellschaftlichen Diskurs, wir führen ihn, wo immer  
es nötig ist, und wir weichen nicht zurück, wo Hass und  
Ausgrenzung egal ob offen oder im Mäntelchen des  
Bürgerlichen auftreten. Wir nennen das Haltung.

90

**Auch in der Opposition konstruktiv**

Das alles tun wir, indem wir dort gut und verlässlich  
95 handeln, wo wir regieren: auf Bundesebene als  
Schrittmacher in der Großen Koalition - und in unseren  
Kommunen als couragierte und bürgernahe  
Entscheidungssträger\*innen. Und das streben wir auch an,  
wo wir derzeit nicht regieren: in Baden-Württemberg auf  
100 Landesebene - als kompetente Alternative, die ihre Rolle  
als konstruktiv führende Opposition angenommen hat und  
auf Krawall um des Krawalls Willen verzichtet.

### **Ziele für die kommenden zwei Jahre**

105 Wir haben uns intensiv mit dem Ergebnis der  
Bundestagswahlen 2017 auseinandergesetzt und ziehen  
unsere Schlüsse daraus. Statt den Blick auf Umfragen und  
tagesaktuellem Denken zu lenken, ist es uns wichtig, die  
110 langfristigen Zukunftsthemen anzugehen, dabei Prioritäten  
zu setzen und daraus klare Positionen zu verabreden und  
zu beziehen. Das gelingt uns nur, wenn wir wieder eine  
positive Streitkultur entwickeln und pflegen sowie  
Debattenräume in der Partei und bei der Partei schaffen.  
115 Wichtigstes Instrument ist hierbei die Professionalisierung  
unserer Kommunikation auf allen Ebenen. Wir müssen  
wenige, dafür aber klare und übergreifende Botschaften in  
den Vordergrund rücken und passgenaue  
Einzelmaßnahmen diesen Botschaften zuordnen. Und wir  
120 müssen diese Botschaften den Menschen in einer Sprache  
vermitteln, welche sie verstehen und die sie teilhaben lässt  
am politischen Diskurs – klar, verständlich, auch  
emotional.

125 Dabei richten wir unsere Kommunikation konsequent nach  
außen aus. So wichtig es ist, die Mitglieder unserer Partei  
in die Diskussionsprozesse und bei den Entscheidungen  
einzubinden, so existenziell ist es, unsere Ideen und unsere  
Politik den Menschen zu vermitteln und sie in unsere  
130 Überlegungen mit einzubeziehen. Alle Formen und alle  
Wege auf denen wir kommunizieren, sind explizit auf  
dieses Ziel auszurichten. Unsere Botschaften müssen nicht  
uns überzeugen, sie müssen die Menschen in diesem Land  
erreichen. Kommunikation bedeutet neben Vermitteln  
135 sondern auch Zuhören und Einbinden. Mit den vier  
Modellprojekten zum „Engagement Organizing“ verfolgen  
wir dabei den richtigen Ansatz. Wir wollen die Partei sein,  
in der die Menschen ihre Ideen artikulieren und gerade auf  
der kommunalen Ebene auch einen Gestaltungsraum für  
140 diese Ideen finden. Wir nehmen die Menschen ernst und  
binden sie ein.

**Wir wenden uns den Herausforderungen und  
145 Problemen zu, die die Menschen in Baden-  
Württemberg am Meisten bewegen. Wir konzentrieren  
uns deshalb in den vor uns liegenden Jahren bis zur  
Landtagswahl 2021 auf folgende Themenfelder:**

150 • **Zukunft der Arbeit / Digitalisierung**

Arbeit wandelt sich. Digitalisierung und Automatisierung  
verändern Berufsfelder und die gesamte Arbeitswelt. Die  
SPD wird die Chancen dieser Entwicklung für Baden-

155 Württemberg ergreifen. Qualifizierung und Weiterbildung  
sind der Schlüssel für den Erfolg in der digitalen  
Arbeitswelt. Die digitale Dividende muss den  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommen,  
nicht nur den Konzernen.

160

• **Dem Leben Raum geben – Wohnen, Pflege und  
Gesundheit**

Bezahlbare Mieten sind die soziale Frage unserer Zeit. Die

165 Antwort ist sozialdemokratisch: Mehr Wohnungen bauen,  
Mieterrechte stärken, ein anderer Umgang von Land und  
Bund mit Grundstücken und Spekulation unterbinden.  
Wohnen ist ein Grundrecht, deshalb sind Wohnungen  
keine bloße Handelsware, sondern hier ist auch der Staat

170 gefragt. Wir werden deutlich machen, was wir im  
Gegensatz zur grün-schwarz Landesregierung anders  
machen würden und dort, wo wir Verantwortung tragen,  
vorangehen. Die Angst im Alter das gewohnte  
Lebensumfeld verlassen zu müssen, treibt viele Menschen  
175 in Baden-Württemberg um. Barrierefreie Wohnungen, die  
vertraute Hausärztin aufsuchen zu können, ein  
Krankenhaus in der Nähe und innovative, aber verlässliche  
Pflegekonzepte – das ist für uns Daseinsvorsorge.

180 • **Mobilität**

Unser Baden-Württemberg ist vielfältig. Die Gesellschaft  
zusammenhalten heißt für uns deshalb auch: Stadt und  
Land zu verbinden. Dazu brauchen wir verlässliche Busse

185 und Bahnen zu erschwinglichen Preisen, ordentliche  
Straßen und Brücken und innovative Lösungen für  
Mobilitätskonzepte der Zukunft. Saubere Luft in den  
Städten ist genauso wichtig wie gute  
Verkehrsverbindungen für die ländlichen Räume.

190

• **Bildung / KiTa / Schule**

Digitalisierung, Automatisierung und der  
Wandel bei den Antriebstechniken  
verändern ...

Die Zukunft unserer Kinder ist für uns kein Spar-Potenzial  
195 für die Landeskasse. Unser Ziel ist gute und gebührenfreie  
Bildung. Wir sind stolz auf die Einführung der  
Gemeinschaftsschule und den Ausbau der  
Ganztagsgrundschule. Wir wollen Grundschulen vor Ort  
erhalten und in die Modernisierung und Digitalisierung  
200 unserer Schulen investieren. Wir wollen für gute  
Ganztagsbetreuung sorgen. Unsere Kinder sollen alles  
werden können – unabhängig vom Portemonnaie der  
Eltern.

205 Diese Themenfelder ziehen sich durch den  
Zukunftsprozess Baden-Württemberg 2030, stellen die  
Schwerpunkthemen der Kommunalwahl dar und sind der  
Rahmen für inhaltliche Aktivitäten des SPD-  
Landesverbands.

210

### **Strategie entwickeln – Strukturen klug danach ausrichten**

Den nach den Bundestagswahlen 2017 begonnenen  
215 Strukturprozess im Landesverband werden wir fortführen.  
Dazu nutzen wir die unter breiter Beteiligung aus der  
Partei in den Arbeitsgruppen zusammengestellten  
Erkenntnisse und Ergebnisse. Ziel ist es, unsere eigenen  
Strukturen an den strategischen Anforderungen und an den  
220 Herausforderungen, speziell im Bereich Kommunikation,  
auszurichten.

Die nächsten Schritte:

225 Klausur des Landesvorstandes zu Beginn der neuen  
Arbeitsperiode

Klärung und Priorisierung der strategischen Ziele der  
kommenden zwei Jahre,

230 Klärung des Rollenverständnisses der Landesvorstands

Aufgabenzuweisung und Klarstellung in der  
Geschäftsordnung

235 **Perspektive „Baden-Württemberg 2030“**

Besonders in hektischen politischen Zeiten ist es  
existenziell wichtig, politische Botschaften und Themen  
langfristig aufzubauen und eine erkennbare Haltung zu  
240 entwickeln. Wir sind die Partei, die nicht nur im Bund  
sondern auch in Baden-Württemberg wichtige inhaltliche  
Debatten um die Zukunftsthemen führt, ohne Scheu vor  
mutigen Entwürfen und gesellschaftlich notwendigen

Diskussionen. Wir suchen daher stärker als bisher den  
245 Austausch und die Vernetzung mit wichtigen  
gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen in Baden-  
Württemberg. Den begonnenen Prozess zur Erstellung  
eines Zukunftsprogrammes „Baden-Württemberg 2030“  
setzen wir konsequent fort.

250

Im Dezember 2018 führen wir die Auftaktveranstaltung  
für den Prozess „BW 2030“ durch, welcher in 2019 mit  
Fachforen und thematischen Veranstaltungen fortgesetzt  
im Jahr 2020 in ein Zukunftsprogramm mündet.

255

Nach Abschluss dieses Prozesses werden wir gemeinsam  
mit unseren Mitgliedern konkrete Maßnahmen zur  
Erreichung dieser Vision BW2030 diskutieren, benennen  
und wo möglich auch vor Ort umsetzen. Wenn wir diesen

260 Prozess gemeinsam durchführen und konkrete Vorschläge  
erarbeiten vorlegen und für diese gemeinsam werben,  
können wir gesellschaftliche Mehrheiten erringen und den  
Weg zurück in Regierungsverantwortung finden.

## 265 **Die Kommunalwahl**

Die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 sind für uns  
Herausforderung und Chance. Wir sind die Partei, die ganz  
konkret die Gemeinden unseres Landes gestaltet. Wir  
270 vereinen die Ideen und den Sachverstand, den es für eine  
bürgernahe Politik in den Kommunen braucht. Unsere  
Erfolge bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen  
zeigen das. Und wir sind stolz auf unsere engagierten  
Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker!

275

Erste konkrete Schritte für eine erfolgreiche  
Kommunalwahl haben wir in die Wege geleitet. Erstmals  
wird der Landesverband mit einer zentralen Kampagnen-  
und Gestaltungslinie die Gliederungen unterstützen, damit

280 die SPD im Land einheitlich erkennbar ist. Wir stellen  
Kommunikationsideen zur Verfügung und setzen  
gemeinsame Botschaften, die wir mit professioneller  
Unterstützung vorbereiten. Dabei setzen wir sowohl auf  
klassische Kampagnenelemente als auch verstärkt auf

285 Kanäle in den Neuen Medien. Wir haben einen  
kommunalpolitischen Reader und ein Handbuch zur  
Kommunalwahl aufgelegt, welches wichtige Tipps für die  
Kampagne vor Ort bieten.

290 Darüber hinaus treiben wir folgende konkrete Schritte  
voran:

In Zusammenarbeit mit der SGK bieten wir Seminare für  
295 Kreisverbände und Ortsvereine zur gezielten Ansprache  
von potentiellen Kandidierenden für die SPD an. Wir  
wollen insbesondere Migrantinnen und Migranten sowie  
junge Menschen und Frauen ermuntern unsere Listen  
vielfältiger zu machen.

300

Wir wollen Kandidierende bestmöglich auf den  
Wahlkampf und die inhaltliche Arbeit im Gemeinderat  
vorbereiten. Hierzu gibt es zahlreiche Schulungsangebote.  
Dabei forcieren wir auch das bewährte Mentoring-

305 Programm zur Nachwuchsförderung, um eine gute  
Mischung aus erfahrenen und neuen Kandidatinnen und  
Kandidaten vor Ort zu befördern.

Wir erfassen alle Kandidierenden ohne Parteibuch zentral  
310 und stellen sicher, dass diese – wenn gewollt – über die  
Aktivitäten der SPD informiert werden.

Wir erstellen ein Botschaftenhandbuch, das die Grundlage  
für eine einheitliche Kommunikation bildet.

315

Zum zweiten Mal dürfen junge Menschen ab 16 Jahren bei  
der Kommunalwahl wählen. Um diese Zielgruppe zu  
erreichen, erarbeiten wir gemeinsam mit den Jusos  
Aktionspakete und Materialien für unsere Gliederungen.

320

... Gliederungen. Neben den  
Kommunalwahlen wollen wir unsere  
Ressourcen für (Ober)-  
Bürgermeister\*innenwahlen einsetzen.

### **Europawahl 2019 – #Europeunited**

325 Die gleichzeitig mit den Kommunalwahlen stattfindende  
Europawahl im Mai 2019 ist auch für uns von  
herausragender Bedeutung. Es geht um die Zukunft des  
Kontinents und damit auch um unsere Zukunft in Baden-  
Württemberg. Es geht um die Entscheidung zwischen  
330 Angst und Abschottung oder Mut und Weltoffenheit. Wir  
stehen für ein mutiges, weltoffenes und vereintes Europa  
und setzen dies in den Mittelpunkt unserer Kampagnen.

Mit dem Beschluss unserer

335 Landesvertreter\*innenversammlung haben wir die  
programmatischen und personellen Weichen für unsere  
Vorstellungen von einer europäischen Zukunft gestellt.  
Nun wollen wir diese den Menschen vermitteln und sie für  
Europa begeistern.

340

Als exportstarkes, aufgeschlossenes Land mitten in Europa  
sind wir in Baden-Württemberg besonders an einem  
positiven Abschneiden bei der Europawahl interessiert.

Deshalb bildet die Vorbereitung dieser Wahl einen  
345 weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit. Folgende  
Aktivitäten werden dabei angepackt:

Flexible Unterstützung der Kandidierenden bei der  
Umsetzung ihrer regional entwickelten  
350 Wahlkampfstrategie.

Regional verteilte Auftaktveranstaltungen, in deren  
Anschluss wir Interessierte inhaltlich und methodisch für  
den Wahlkampf schulen

355 Durchführung des Politischen Aschermittwoch 2019 mit  
einer Hauptrede zur Europapolitik.

Durchführung einer zentralen Veranstaltung am Europatag  
360 am 9. Mai am Oberrhein und Vorbereitung einer  
Handreichung und Ideenbörse für Aktivitäten vor Ort.

### **Stärker werden – gezielte Förderung neuer Talente**

365 Die SPD Baden-Württemberg will junge und engagierte  
Mitglieder aktiv und gezielt fördern, um neue Potentiale  
aufzubauen und unserem eigenen Anspruch einer  
vielfältigen und zukunftsgerichteten Partei gerecht zu  
werden. Dazu gehört auch ein Kulturwandel, der den  
370 nachkommenden Generationen Unterstützung und Hilfe an  
die Hand gibt, statt sie als Konkurrenz wahrzunehmen. Die  
gezielte Personalentwicklung ist ein wichtiger Baustein für  
die Erneuerung der SPD in Baden-Württemberg.

375 Wir legen deshalb ab dem Jahr 2019 das  
Nachwuchsförderprogramm **20 unter 40** auf. Der  
Förderzeitraum beträgt ein Jahr. In dieser Zeit werden die  
Teilnehmer\*innen von einem / einer Jahrgangsbetreuer\*in  
begleitet, der / die in der Partei hohes Ansehen genießt und  
380 vielfältige Erfahrungen praktisch vermitteln kann. Wir  
freuen uns, dass der erste Jahrgang von Gernot Erler  
betreut und begleitet wird.

Alle Mitglieder des Landes SPD zwischen 25 und 40  
385 Jahren können sich bewerben–Bei der Auswahl der  
Geförderten werden wir auf regionale Ausgewogenheit  
achten. Wir wollen junge Frauen und Mitglieder mit  
Migrationshintergrund besonders fördern und werden sie  
gezielt ansprechen und um Bewerbungen bitten.

390 Ehrenamtliches Engagement außerhalb der SPD wird,  
neben Gremienerfahrungen bzw. kommunalpolitischen  
Erfahrungen, besonders honoriert.

Den Geförderten sollen folgende Themen vermittelt  
395 werden:

Selbstwahrnehmung

Team- und Projektmanagement (u.a.)  
400 Moderationstechniken & Vermittlung von  
Steuerungsinstrumenten)

Wahlkampfführung

405 Vermittlung wichtiger Skills im Bereich Kommunikation  
(Text, Video und Bildbearbeitung, Fotografie und Video,  
Webseiten und Socialmediamanagement)

Öffentliches Auftreten

410 Verständnis von Strukturen und Prozesse in Partei und  
Politik

**Landtagswahl 2021 voraus**

415 All unsere Bemühungen, sei es die Neuausrichtung unserer  
Strukturen, das Gehen neuer Wege in den  
Modellprojekten, die gezielte Nachwuchsförderung oder  
die Umsetzung einer einheitlichen Kommunikation, dienen  
420 dem Ziel bei der Landtagswahl 2021 bestmöglich  
vorbereitet zu sein.

Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen. Das  
werden wir in jedem Aspekt unseres Handelns deutlich  
425 machen.

Wir ziehen bei der Kommunalwahl die lange Linie bis zur  
Landespolitik und setzen so – Hand in Hand – unsere  
Oppositionsstrategie um.

430 Wir stellen uns im Europawahlkampf klar proeuropäisch  
auf und unterstreichen die Wichtigkeit Europa für das  
Land Baden-Württemberg.

435 Wir entwickeln im Zukunftsprozess BW 2030 die  
Zukunftsvision für Baden-Württemberg, die die  
Wählerinnen und Wähler von uns überzeugt.

Wir entscheiden bei der Erstellung unseres  
440 Wahlprogramms strittige Fragen mit der größtmöglichen  
Legitimation und werden deshalb zu zentralen

Schwerpunktsetzungen inhaltliche Mitgliederbefragungen  
445 durchführen.

Wir vereinbaren zum Jahresanfang 2019 den Zeitplan zur  
Ernennung des / der Spitzenkandidat\*in. Wir wollen, dass  
sich die ganze Partei hinter dem / der Kandidatin  
450 versammelt und streben deshalb ein Mitgliedervotum an.

Wir werden gebraucht!

### *Antragsbereich Arb/ **Antrag 2***

*Kennnummer 14157*

*Sinsheim*

*(Kreisverband Rhein-Neckar)*

*Empfänger:*

*Landesvorstand*

### **Volle Konzentration auf die OB/BM-Wahlen und auf die Landtagswahl 2021!**

Wir beantragen, den künftigen Landesvorstand in seinem  
Arbeitsprogramm zu verpflichten, alle organisatorischen,  
ideellen und finanziellen Ressourcen auf die anstehenden  
(Ober-)Bürgermeisterwahlen und die Landtagswahl 2021  
5 zu konzentrieren.

Erst wenn Landesvorstand + Landtagsfraktion + unsere  
kommunalen Verantwortungsträger an e i n e m Strang  
ziehen, wird die SPD im Land wieder Erfolg haben.

10

#### **Begründung:**

Alle bisher bekannt gewordenen Überlegungen auf dem Weg zu einer  
erfolgsversprechenden Zukunft sind löblich, aber unzureichend. Sie  
15 geben keine Antwort darauf, wie sich verlorenes Vertrauen zurück  
erobert lässt. Die Wirklichkeit unserer Parteitage ist häufig eine  
gefühlte und spiegelt längst nicht die Verhältnisse in unserem Land  
wider. Auch deshalb hat die Sozialdemokratie derzeit nur eine  
Kompetenz-Zumessung von gerade 4% !!

20

An Erkenntnis mangelt es nicht. Aber die angestellten Analysen  
bleiben seit 10 Jahren meist ohne Konsequenzen und werden „ergänzt“  
durch einen Mangel an Führung und klarer Orientierung:

25 - Welche Themen wollen/ sollten wir besetzen? Wofür sollen uns die  
Menschen wählen ?

### **Volle Konzentration auf die OB/BM-Wahlen und auf die Landtagswahl 2021!**

Erledigt durch Annahme von Arb 1

- Was wollen wir erreichen? Warum wollen wir es? Wie gehen wir es konkret an?
- 30
- Was bedeuten die schrumpfenden Finanzmittel für die Parteiarbeit und wie sollen sie eingesetzt werden, um den größtmöglichen Nutzen zu erzielen?
- 35
- Wo liegt das größte Potenzial für uns und wie können wir es wieder für uns gewinnen?
- Wo ist das größte Potenzial der SPD im Land und was muss getan werden, um es wieder für uns zu gewinnen?
- 40
- Wer schmiedet (endlich) ein Bündnis aus Landesvorstand, Abgeordneten und kommunalen Verantwortungsträgern (Rathaus-Chef\*innen und Fraktionsvorsitzenden) anstatt „Wünsch-Dir-was“-Konferenzen zu veranstalten?
- 45
- ==> Auf all diese Fragen sucht man bislang vergeblich nach überzeugenden Antworten.
- Wir meinen: Um langfristig zurück zu alter Stärke zu finden, muss die Partei wieder von unten wachsen und glaubhaft den Eindruck vermitteln, sich vorrangig um die Anliegen der Menschen hier in Baden-Württemberg zu kümmern. Dazu muss sich die SPD verstärkt der kommunalen Ebene widmen. Hier kann sie ihr Fundament festigen; hier wird sie auch die (viel gesuchten) Themen finden, die nicht nur vor Ort, sondern auch auf Landesebene von Bedeutung sind.
- 50
- 55
- Wenn es dann noch gelingt, dass sich Vorstand, Landtagsfraktion und unsere kommunalen Verantwortlichen auf Schwerpunktthemen verständigen und diese gemeinsam „bespielen“, wird für die Bürgerschaft auch wieder deutlich, wofür diese SPD im Ländle eigentlich steht.
- 60
- Dafür eine Strategie zu entwickeln, muss die Aufgabe des Landesvorstands sein !
- 65

# Partei und Organisation

Antragsbereich PO/Antrag 1

Kennnummer 14158

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

## Strukturdebatten überwinden - gesellschaftliche Fragen lösen

2016 hat sich die SPD in Baden-Württemberg selbst eine Kur verordnet. Unter dem Slogan der Erneuerung nahmen wir uns zahlreiche Veränderungen und Fragestellungen unserer Strukturen und Arbeitsweisen vor. In vielen Projekten und Gesprächsrunden wurde versucht, die Partei zum Positiven zu verändern. Nach diesen beiden Jahren müssen wir selbst erkennen: Viele Baustellen sind noch nicht fertig oder gar erst eingerichtet.

Um die Erneuerung dennoch zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, werden wir einige strukturelle Herausforderungen zeitnah anpacken und große gesellschaftliche Fragen diskutieren.

Strukturen strukturieren. Beteiligungspartei

Ineffiziente Arbeitswege, komplizierte Formalia und unbequeme Zeitstrukturen stehen vielen motivierten Mitgliedern im Weg. Beteiligung bei der SPD Baden-Württemberg ist neben Beruf, Kindern, Schule, Uni oder Ausbildung nur mühevoll möglich, weil wir uns selbst die Arbeit erschweren.

Um die Situation für alle zu vereinfachen und mehr Engagement zu ermöglichen, werden wir einfache Mitgliedervoten für Landes- und Kreisebene entwickeln. Sie werden, digital gestaltet und dadurch sowohl günstiger, und wirkungsvoller. Die Stimme eines jeden Mitglieds in dieser Partei hat das Recht angehört zu werden. Für viele ist der Eintritt in die SPD ein Zeichen für Demokratie, was unter Umständen schnell enttäuscht wird, sobald klar ist, dass inhaltliche Richtungsentscheidungen nur auf großen Parteitag getroffen werden, bei denen man als Basismitglied kaum Mitsprachemöglichkeiten hat. Um unser Demokratieverständnis also auch selbst auszuleben und dabei mit der Zeit zu gehen, braucht es ein Umdenken beim Thema Mitgliederentscheide und Mitgliedervoten.

Wir müssen Frauen eine stärkere Stimme geben und ihnen die Beteiligung ermöglichen, egal welchen Beruf sie ausüben oder ob sie Kinder haben. Keine Genossin darf in ihrem Engagement durch verkrustete Strukturen und familienuntaugliche immer

## Strukturdebatten überwinden - gesellschaftliche Fragen lösen

Annahme in der Fassung der Antragskommission

...oder gar nicht erst eingerichtet.

Sie ~~werden~~ können digital gestaltet und dadurch sowohl günstiger als auch wirkungsvoller werden. ~~Die Stimme eines jeden Mitglieds in dieser Partei hat das Recht angehört zu werden.~~ Für viele ...

40 gleiche Terminlegungen an der Teilhabe gehindert werden. Dies ermöglichen wir unter anderem durch mehr Flexibilität z.B. durch Online-Partizipationsmöglichkeiten.

45 Unser SPD Beschluss-Wiki wird angepasst und wir entwickeln ein transparentes Antragssystem. Durch ein System zum Einreichen und Abbilden von Anträgen und Beschlüssen, beschleunigen wir die organisatorische Arbeit und können uns wichtigen politischen Aufgaben zuwenden.

#### Mentoring- und Förderungsprogramme

50 Die SPD Baden-Württemberg braucht Nachwuchs, und fitte Quereinsteiger. Beim Engagement in der SPD fehlt es vielen an Know-How um die Parteiarbeit beteiligungsorientiert, erfolgreich und zeiteffizient zu gestalten. Mit Mentoren, die sich freiwillig  
55 melden um Neumitgliedern gerade im jungen Alter zur Seite zu stehen schaffen wir ein schnelles Zugehörigkeitsgefühl und lassen kein motiviertes Mitglied im Regen stehen.

60 Außerdem werden wir ein zukunftsorientiertes Nachwuchsprogramm für erfolgreiche Arbeit in der SPD etablieren. Dabei fördern und coachen wir 30 junge Menschen, insbesondere Frauen aus Stadt und Land für erfolgreiche Parteiarbeit der Zukunft.

Z. 58-62: erledigt durch Annahme von Arb 1 in Fassung der Antragskommission

65

#### Kommunikation

70 Die SPD ist kommunikativ nicht durchschlagend. Wir kommunizieren im Land und in den Kreisen mit vielen Stimmen, wiederholen unsere Themen häufig und können kaum Botschaften setzen. Das müssen wir ändern. Wir wollen eine moderne Öffentlichkeitsarbeit etablieren, die eigene Themen setzt, statt lediglich als Reaktionär oder Kritiker anderer Parteien aufzutreten.  
75 Wir müssen deutlicher formulieren, wohin wir mit diesem Land wollen. Umfassende politische Visionen werden im Rahmen von Baden-Württemberg 2030 entwickelt und in eine langfristig geplante Kommunikationsstrategie eingeplant, um schlagkräftig und wirkungsvoll zu sein. Wir streben innovative Formen der  
80 Öffentlichkeitsarbeit an, welche ebenfalls PR-Aktionen in Städten und Gemeinden Baden-Württembergs beinhalten. Ein frühzeitiges Kommunizieren von Themenschwerpunkten ist für alle SPD-Gliederungen dringend vonnöten, um als Partei an einem Strang ziehen zu können.

85

90 Wir werden unsere Ehrenamtlichen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit schulen um im Land und vor Ort unsere Agenda zu setzen und die Reichweite stetig zu erhöhen.

95 Die SPD Baden-Württemberg baut nach dem Vorbild anderer Parteien und Organisationen einen Newsroom auf. Dort werden wir das gesellschaftliche Geschehen abbilden, Kampagnen zentral planen und dadurch kurzfristig handlungsfähig.

#### Ideenpartei

100 Eine Partei kann nur dann progressiv sein, wenn sie selbst den Raum für Ideen gibt. Dazu bauen wir thematische Thinktanks innerhalb der Partei mit hauptamtlicher Betreuung und ehrenamtlichem Engagement ohne Vorstands-, Arbeitsgemeinschafts- oder Arbeitskreisstrukturen auf. Durch  
105 gezielte Fragestellungen und Einbindung von parteilosen BürgerInnen (sogenannten Schöffen) erarbeiten wir neue Ideen und Lösungen für die brennenden Fragen der Zeit.

110 Ebenfalls muss uns klar sein, dass die Zeiten von parteiersetzenden Parallelstrukturen (sogenannten Flügeln) vorüber sind. Unsere Partei darf keinen Parallelorganisationen Raum, Daten oder Mittel zur Verfügung stellen. Nicht Personalversorgungsnetzwerke, sondern gemeinsame Debatten und Ideen machen unsere Partei stark.

... Flügeln) im Land vorüber sind.

115 Der Landesvorstand unserer SPD wird darüber hinaus zum Arbeitsvorstand weiterentwickelt. Um in ganz Baden-Württemberg wahrgenommen und wieder erfolgreich zu werden, müssen alle Landesvorstandsmitglieder Patenschaften für  
120 Ortsvereine und Kreisverbände übernehmen. Dadurch zeigen sich die gewählten Vorstandsmitglieder für die regionale Vernetzung verantwortlich.

125 Der Landesvorstand selbst muss sich eine klare Aufgabenverteilung geben und fachliche Zuständigkeiten regeln. Um das Ehrenamt im Landesvorstand weiterhin zu ermöglichen, werden die Aufgaben und fachlichen Zuständigkeiten in der Landesgeschäftsstelle von Hauptamtlichen unterstützt.

130 Große Themen statt kleine Lösungen

Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sehen in der SPD nicht die Partei, die sich um ihre alltäglichen Probleme kümmert, geschweige denn eine Partei, die den  
135 Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellen könnte. In der Öffentlichkeit sind wir nur noch durch innere Machtkämpfe und Spiegelstrichdebatten präsent. Hier müssen wir ansetzen.

- Unsere Parteitage erhalten einen inhaltlichen Fokus.
- 140 Antragsberatungen und große inhaltliche Debatten sollen der Kern der Landesparteitage sein. Der kleine Parteitag soll dafür genutzt werden, wofür er geschaffen wurde. Wir wollen, dass mehr Zeit bleibt als lediglich jene, um den Leitantrag des Landesvorstands zu beschließen. Auch Antragsarbeit vor Ort soll sich wieder
- 145 lohnen. Gleichzeitig sollen Parteitage ansprechend gestaltet werden. Ein spannendes Programm mit multimedialen Pausenfüllern sowie einer vielseitigen Umrahmung, die in Zusammenarbeit mit explizit angesprochenen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmen entstehen kann,
- 150 ist anzustreben.

Z. 151-160: Überweisung an Landesvorstand

- Die Regionalzentren machen wir politisch. Sie sollen als Ansprechpartner für politische Arbeit vor Ort auftreten. Durch regelmäßigen Austausch, regionale Analysen und einen
- 155 umfassenden Überblick über die Lage vor Ort können gemeinsam mit den ehrenamtlich Verantwortlichen Strategien erarbeitet werden, um die SPD in allen Regionen zu stärken. Des Weiteren soll eine kreisübergreifende Kommunikation und Koordination etabliert werden, um beispielsweise vereinzelte
- 160 Großveranstaltungen trotz geringer Kapazitäten vor Ort stattfinden lassen zu können.

Z. 162-267: Überweisung an Landesvorstand

Inhalte vorantreiben

- 165 Unsere Partei wird nicht durch ausschließliche strukturelle Verbesserungen stärker wahrgenommen. Als SPD Baden-Württemberg müssen wir dringende gesellschaftliche Fragen erkennen und beantworten.

- 170 Klima- und Umweltschutz

- Unser Planet steht vor große Herausforderungen: An vielen Orten beuten wir Ressourcen aus, bedrohen unsere Umwelt und verschließen die Augen vor zahlreichen klimatischen
- 175 Veränderungen. Gleichzeitig ist klar: Wir haben nur eine Erde. Daher müssen wir uns bereits jetzt fragen:

- Wie können wir in Zukunft mobil sein, ohne unsere Umwelt zu schädigen?
- 180 • Wie erzeugen wir Energie, ohne ganze Wälder abzuholzen?
- Wie können wir klimatische Veränderungen rückgängig machen und notwendige Anpassungen gestalten?
- Wie ändern wir die Nahrungsmittelerzeugung, um Essen
- 185 für Alle zu produzieren ohne unsere Erde zu zerstören?

Gesellschaftlich liberal, individuell sozial

190 Unsere Gesellschaft digitalisiert sich, daraus ergeben sich viele positive Aspekte für die staatlichen Aufgaben. Menschen in Baden-Württemberg wollen ihre Freiheiten nutzen, Chancen ergreifen und vom Staat unterstützt werden. Gleichzeitig ist es immer wichtiger, dass Allen die gleichen Möglichkeiten zur Partizipation erhalten. Daher müssen wir dringend klären:

- Wie wird Baden-Württemberg das Vorbild von moderner Verwaltung, online Bürgerservices und einer digitalen Polizei?
- 200 • Wie können wir in Zukunft erreichen, dass der Landtag ein Abbild unserer Gesellschaft ist?
- Was ist unsere Antwort auf Drogenkonsum und wie können wir Alkohol- und Drogenmissbrauch vorbeugen?

205 Stadt, Land, Leben

Baden-Württemberg ist historisch geprägt von einer starken Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat, egal ob in Städten oder auf dem Land. Die SPD muss dabei für alle Menschen in Baden-Württemberg ein politisches Angebot machen, um die gleichberechtigten Interessen abzubilden. Dafür sind einige Fragen entscheidend:

- 215 • Wie können wir sicherstellen, dass die Nahversorgung in Stadt und Land sichergestellt und der Zentralisierung und Bündelung von Versorgungsangeboten entgegengewirkt wird?
- Wie stellen wir sicher, dass eine wohnortnahe ärztliche Versorgung gewährleistet wird?
- 220 • Wie schaffen wir es dabei in der Fläche des Landes nachhaltige Mobilität zu ermöglichen und die individuelle Abhängigkeit vom Auto zu verringern?
- Wie erreichen wir das beste Bildungssystem, dass die Entwicklung von SchülerInnen in den Fokus nimmt und
- 225 Bildungsgerechtigkeit für alle sicherstellt?

Beschäftigungsland BaWü

Baden-Württemberg ist heute wirtschaftlich stark, hat starke Beschäftigte und eine geringe Arbeitslosigkeit im Land. Gleichzeitig gibt es starke Entwicklungen aus dem Land wie weltweit, beispielsweise die Digitalisierung, Herausforderungen für die Automobilindustrie und neue Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Wenn wir weiterhin Beschäftigungsland bleiben wollen, müssen wir wichtige Fragen klären:

- 240 • Wie können wir die Verteilung von Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung sicherstellen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen positiv begegnen?
- Welche Qualifikationen benötigen Beschäftigte im Land heute und in den nächsten 10 Jahren und wie können wir diese Qualifikation sicherstellen?
- 245 • Wie schaffen wir ein Klima, um Innovationen in Baden-Württemberg zu fördern und gute Ideen zu fördern?

Migration. Erfolgreich machen.

250 Ein großer Teil der baden-württembergischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Dabei ist aber klar: Das ist kein Problem, sondern bereichert unsere Gesellschaft- wir leben gerade von dieser Diversität und Weltoffenheit! Um allen Menschen in unserem Bundesland ein gutes und erfülltes Leben hier im

255 Südwesten zu ermöglichen, müssen wir weiter an unserer Migrations- und Einwanderungspolitik arbeiten. Deshalb fragen wir uns:

- 260 • Wie können wir zum Vorbildland der Einwanderung werden und allen Menschen in Baden-Württemberg die gleichen Chancen ermöglichen?
- Wie sieht für uns eine bedarfs- und zukunftsorientierte Einwanderung in das Beschäftigungsland Baden-Württemberg aus?
- 265 • Wie können wir mit afrikanischen Ländern und EU-Beitrittskandidaten auf dem europäischen Kontinent kooperieren, um erfolgreiche Entwicklungshilfe und eine Demokratisierung der Staaten sicherzustellen?

*Antragsbereich PO/Antrag 2*

*Kennnummer 14148  
Landesvorstand*

### **SPD – Die Mitmachpartei**

Die SPD befindet sich im Wandel. Tiefgreifende strukturelle Veränderungen innerhalb und außerhalb der Partei führen zur grundsätzlichen Frage: Warum bei der SPD mitmachen? Viele Aktive sind auf unterschiedlichen Ebenen für die SPD

5 ehrenamtlich aktiv. Das kann zu Überlastungen führen. Gleichzeitig sind unsere heutigen Strukturen und Angebote insbesondere für jüngere Menschen und Frauen häufiger weniger attraktiv. Um die SPD in Baden-Württemberg zur Mitmachpartei zu entwickeln, werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

10 Willkommenskultur für Engagierte

### **SPD – Die Mitmachpartei**

Annahme

- Menschen, die sich in und für die SPD engagieren wollen, müssen bei uns willkommen sein und brauchen
- 15 Handlungssicherheit. Was kann / darf / soll ich als neues Mitglied, als Ortsvereinsvorsitzende oder Kreisvorsitzende tun? An der Spitze der Ortsvereine und Kreisverbände hat in den vergangenen Jahren ein großer Wandel stattgefunden. Wir freuen uns über die große Verantwortungsübernahme neuer und jüngerer
- 20 Mitglieder, die wir unterstützen wollen.

- Wir werden für neu gewählte Funktionsträger\*innen ein Startpaket für ihr Engagement bereitstellen. Neben wichtigen rechtlichen Informationen sollen dort Beispiele politischen
- 25 Engagements und notwendige Kontakte für die eigene Arbeit enthalten sein. Wir beginnen mit einer Handreichung für die Ebene der Ortsvereine und erarbeiten mit den Kreisvorsitzenden, ein gemeinsames Verständnis für ihre Aufgaben und für ihre Arbeit. Um die Ortsvereine und Kreisverbände bei der
- 30 Bewältigung ihrer Aufgaben durch die Regionalzentren bestmöglich und individuell zu unterstützen, werden wir die Regionalzentren stärken und politischer, im Sinne der strategischen Ziele der Landespartei, ausrichten. Mitmachende, die neu in der Partei sind, wollen wir nicht alleine lassen. Dazu
- 35 wollen wir als Begleitung in die ehrenamtliche Arbeit neue Konzepte von Mentoring ausprobieren. Hierbei sind bei der Umsetzung vor allem die Ortsvereine und Kreisverbände gefragt.

- Wir bauen bedarfsorientierte Schulungen – auch in Form von
- 40 Webinaren – konsequent aus.

Ehrenamt leistbar machen – Engagement nach außen ausrichten

- Um Ehrenamtliche in ihrem Engagement zu fördern, werden wir
- 45 die Unterstützungsangebote der Regionalzentren ausbauen. Auf der Ebene der Ortsvereine schaffen wir Handlungssicherheit, insbesondere bei anstehenden strukturellen Veränderungen, z.B. Zusammenschlüssen von Gliederungen. Um aktuelle Themen und für uns wichtige Fragen zu diskutieren, erstellen wir für
- 50 Ehrenamtliche einen Referierendenpool. Gleichzeitig werden wir neue Formate ausprobieren und diese zur Umsetzung in der Fläche zur Verfügung stellen.

- In unseren vier Modellprojekten erarbeiten wir die Grundlage für
- 55 eine konsequente Ausrichtung unserer Strukturen nach außen. Wir schaffen konkrete Beteiligungsangebote für Mitglieder, wie auch Bürgerinnen und Bürger. Diesen Ansatz wollen wir in der Fläche umsetzen.

- 60 Wir wissen, dass sich viele Menschen sehr gerne projektbezogen in die SPD einbringen. Wir wollen diese gezielt ansprechen –

- vom Ortsverein bis zur Landes-SPD. Wir wollen, dass unsere Gremien und Gliederungen Lern- und Erfahrungsräume sind, die den Menschen helfen, Verantwortung zu übernehmen und
- 65 Stehvermögen zu vermitteln. Mitarbeit muss unter transparenten Bedingungen stattfinden. Ein gutes persönliches Klima in der Partei und gute Politik, strahlt auch positiv in die Gesellschaft hinein.
- 70 Wir öffnen uns neuen Möglichkeiten zum Mitmachen. In der ersten Jahreshälfte 2019 werden wir in Baden-Württemberg ein Debattenportal für die SPD Baden-Württemberg einführen. Darüber hinaus ermöglichen wir Cloud-basiertes Arbeiten im Landesverband, bieten Tools für Telefon- und Videokonferenzen
- 75 an und unterstützen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Social-Media-Beauftragte mit Vorlagen und Musterpressemitteilungen.

- Damit Arbeit in Ortsvereinen leistbar bleibt, stehen wir dem
- 80 Projekt zur Einführung von Doppelspitzen positiv gegenüber.

Mitmachen wertschätzen

- Wer sich für die SPD engagiert wird von der Partei auch
- 85 gefördert und wertgeschätzt. Wir werden gute Beispiele von ehrenamtlicher Arbeit weiteren Genossinnen und Genossen zugänglich machen – durch Ideenbörsen am Rande von Veranstaltungen und im Debattenportal. Durch Patenschaften wollen wir einerseits den Austausch zwischen Ortsvereinen,
- 90 Kreisverbänden und dem Landesverband stärken und gleichzeitig Beratung und Unterstützung des Ehrenamts sicherstellen. Wir wollen unsere Engagierten in unsere Arbeit einbinden und sie stark machen!

*Antragsbereich PO/Antrag 3*

*Kennnummer 14149  
Landesvorstand*

### **Steigerung des Frauenanteils im Landtag von Baden-Württemberg – Möglichkeiten der SPD in ihren internen Verfahren**

Die SPD setzt sich schon lange für die paritätische Besetzung von Parlamenten auf allen Ebenen ein. Mit der Änderung des Kommunalwahlrechts in Baden-Württemberg haben wir auch

### **Steigerung des Frauenanteils im Landtag von Baden-Württemberg – Möglichkeiten der SPD in ihren internen Verfahren**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

- einen ersten Schritt auf dieser Ebene unternommen. Die
- 5 Änderung unseres Landesstatutes, welche die Aufstellung der Wahllisten im Reißverschlussverfahren auch für die Wahlen zu kommunalen Gebietskörperschaften vorsieht, ergänzt diesen Schritt innerparteilich.
- 10 Wir wollen unsere innerparteilichen Möglichkeiten zur Unterstützung von Frauen bei ihrer Kandidatur zum Landtag von Baden-Württemberg stärker als bisher nutzen.

Dazu halten wir im Einzelnen fest:

- 15
1. In Kreisverbänden, deren Gebiet mehr als einen Landtagswahlkreis umfasst, wirken wir darauf hin, dass die Erstbewerbungen in den unterschiedlichen Wahlkreisen mindestens zur Hälfte Frauen sind. Die Kreisverbände sind
- 20 aufgefordert, diesen Grundsatz im Wege einer Selbstverpflichtung bei den Wahlkreisnominierungen in ihrem Gebiet zu berücksichtigen.
2. Bei der Aufstellung der Wahlkreisbewerber\*innen zu den
- 25 Landtagswahlen in Baden-Württemberg soll der Grundsatz eingehalten werden, dass mindestens eine der Wahlkreiskandidaturen (Bewerber\*in und/oder Ersatzbewerber\*in) dem weiblichen Geschlecht angehören muss.
- 30 3. 20 Prozent des vom Landesvorstand für die Unterstützung der Wahlkreise festgelegten Budgets werden für die besondere Begleitung von Wahlkreisen, in denen Frauen als Erstbewerberin
- 35 aufgestellt wurden, reserviert. Diese Mittel können als Direktzuschuss oder in Form zusätzlicher Leistungen zur Verfügung gestellt werden.
4. Der Landesverband legt bereits im Vorfeld der Kandidat\*innenaufstellung ein besonderes Coaching- und Unterstützungsprogramm für weibliche Kandidierende auf, um
- 40 die Motivation zur Kandidatur für den Landtag zu erhöhen.
5. Durch die Wahlkampfführung werden den Gliederungen Materialien zur Verfügung gestellt, welche in geeigneter Weise auf die Notwendigkeit einer besseren Repräsentanz von Frauen
- 45 im Landtag hinweisen. Diese richten sich insbesondere auch gegen die überkommenen Vorstellungen unserer politischen Mitbewerber.
6. Auch für Menschen mit Behinderungen, junge Kandidierende
- 50 sowie Kandidierende mit Migrationshintergrund werden wir besondere Coaching- und Unterstützungsprogramme auflegen. Unser Ziel ist die verbesserte Repräsentanz aller gesellschaftlichen Gruppen im Landesparlament.
- ... deren Gebiet im Schwerpunkt mehr als einen ...

*Antragsbereich PO/Antrag 4*

*Kennnummer 14150  
Landesvorstand*

**Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl  
im Gebiet des SPD Landesverbandes Baden-  
Württemberg**

Auf dem Landesparteitag in Heilbronn im Herbst 2016 haben wir beschlossen, nach den Bundestagswahlen 2017 eine Evaluierung und Neuaufstellung unserer innerparteilichen Strukturen vorzunehmen. Auf dem Parteitag in Donaueschingen 2017 haben wir verabredet, dass dazu auch der Prozess der Aufstellung unserer Landesliste zur Bundestagswahl zu zählen ist. Die im Strukturprozess mit dieser Aufgabe betraute Arbeitsgruppe hat im Juli 2018 ihre Ergebnisse vorgelegt.

10 Daraus leiten wir folgende Regelungen für die zukünftige Aufstellung der Landeslisten zur Bundestagswahl ab:

1. Die Aufstellung der Landesliste wird weiterhin von einer Findungskommission vorbereitet, welcher gemäß Beschluss des Landesparteitages von Sindelfingen aus dem Jahr 1997 folgende Personen angehören:

die/der Landesvorsitzende,

20 die/der Vorsitzende der Landesgruppe der baden-württembergischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und

die vier stellvertretenden Landesvorsitzenden .

25 Bei Befangenheit von Stellvertretern oder Stellvertreterinnen soll der Landesvorstand auf Vorschlag der Regionen einen Vertreter / eine Vertreterin aus dem jeweiligen Regierungsbezirk benennen.

30 2. Die Listenfindungskommission erarbeitet einen Beschlussvorschlag, welcher durch den Landesvorstand der Landesvertreter\*innenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl vorgelegt wird. Die Mitglieder der

35

**Aufstellung der Landesliste  
zur Bundestagswahl im  
Gebiet des SPD  
Landesverbandes Baden-  
Württemberg**

Annahme

Findungskommission stehen den Kreisverbänden zur Verfügung und erläutern das Verfahren.

40 Der Landesvorstand nimmt seine Führungsaufgabe bei der Aufstellung der Landesliste durch die Einreichung eines ausgewogenen Vorschlages wahr.

3. Als ein zentrales Problem der vergangenen Listenaufstellungen haben wir die (mangelnde) Kommunikation und die sich hieraus ergebende geringe Wertschätzung von Kandidierenden identifiziert. Das gilt sowohl für ausscheidende Abgeordnete als auch für auf nicht erfolgreichen Listenplätze Kandidierende, die das Mandat nicht erreicht haben.

45 Zentral soll daher für jede Reform des Listenaufstellungsverfahrens der wertschätzende und motivierende Umgang mit den Kandidierenden stehen.

a. Wir führen einen Kandidierendenkonvent als Startpunkt für den Prozess der Listenaufstellung und des beginnenden Bundestagswahlkampfes durch.

b. Die Listenfindungskommission soll vor der Erstellung des Vorschlags jede\*n Kandidierende\*n einmal gesprochen und kennengelernt haben. Hierzu wird ein Kandidierenden-Hearing durchgeführt, bei dem jede\*r Kandidierende die Möglichkeit erhalten soll, sich persönlich mit den Mitgliedern der Findungskommission zu treffen, sich vorzustellen und auszutauschen.

65 c. Jedem/r Kandidierenden wird die Möglichkeit zur persönlichen Vorstellung im Landesvorstand und vor der Aufstellung des Listenvorschlages eingeräumt, es sei denn er/sie verzichtet darauf.

d. Bei der Einbringung des Listenvorschlages auf der Landesvertreter\*innenversammlung werden die Platzierungsvorschläge begründet.

### *Antragsbereich PO/ Antrag 5*

*Kennummer 14151  
Landesvorstand*

#### **Rolle der Antragskommission – effektive Antragsberatung**

Um sowohl im Vorfeld als auch auf unseren Parteitag und Delegiertenkonferenzen selbst ein demokratisches und strukturiertes Verfahren zur Antragsberatung zu gewährleisten, ist es aus den Erfahrungen der letzten Jahre notwendig, die Rolle und Verfassung der Antragskommission ihrer Aufgabe anzupassen. Die

#### **Rolle der Antragskommission – effektive Antragsberatung**

Kein Votum

Antragskommission, welche durch die Wahl ihrer Mitglieder durch den Parteitag die höchste demokratische Legitimation genießt, hat die Aufgabe, die Anträge für eine effektive Antragsberatung zu strukturieren sowie Konflikte zu identifizieren, Lösungen für Konflikte zu finden oder Transparenz über Konflikte für den Parteitag herzustellen.

Die AK gibt Empfehlungen ab, die in der Traditionslinie der Beschlusslage stehen und durch die Expertise der unterschiedlichen Politikebenen und Politikfelder abgesichert sind. Daher werden an ihren Beratungen auch die Landtagsfraktion, die SGK und die Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten beteiligt.

Um mehr Anträge auf den Parteitagen abschließend behandeln zu können, schließen wir uns wieder dem bundesweit geübten Verfahren an, über das Votum der Antragskommission zuerst abzustimmen.

Bei der Antragsberatung werden wir folgendes Verfahren erproben:

Anträge, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen und deren Empfehlung auf „Annahme“ lautet oder deren Empfehlung zwischen der Antragskommission und der Antragstellerin einvernehmlich erfolgt, werden durch den Parteitag oder die Delegiertenkonferenz im Block abgestimmt.

Liegen eine Vielzahl von Wortmeldungen zu einer Debatte vor, so soll dem Parteitag vorgeschlagen werden, die Debattenzeit insgesamt zu begrenzen und jeweils zwei Redner\*innen pro und contra Antragsgegenstand reden zu lassen. Die übrigen Debattenredner\*innen werden dann für die verbleibende Debattenzeit per Losverfahren nach Geschlechtern getrennt, bestimmt.

Die Antragskommission arbeitet als Kollektiv, ihr/e Vorsitzende/r wird aus der Mitte der AK gewählt. Die bisher nicht geregelte Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden der Antragskommission wird sowohl für die Anzahl als auch die Aufgaben in der Geschäftsordnung der Antragskommission verankert.

*Antragsbereich PO/Antrag 6*

*Kennnummer 14155  
Sinsheim  
(Kreisverband Rhein-Neckar)*

*Empfänger:  
Landesvorstand*

### **Antragsberatung an den Anfang der Landesparteitage stellen!**

5 Wir beantragen, Landesparteitage künftig grundsätzlich mit der Antragsberatung beginnen zu lassen und nur in zwingenden Ausnahmefällen davon abzuweichen.

10 Die Delegierten erhalten die Möglichkeit zur Priorisierung von Anträgen.

Darüber hinaus soll die Information über frühere Anträge und deren weiterer 'Werdegang' Selbstverständlichkeit werden.

#### **Begründung:**

15 Ihr alle kennt das: Auf einem Parteitag wird naturgemäß viel geredet. Bis man endlich bei den Anträgen der Basis 'landet', können auch schon mal 3-4 Stündchen verfliegen sein. Am Ende gehts dann womöglich im 'Schweinsgalopp' oder es wird gar nicht beraten und stattdessen vertagt,  
20 überwiesen etc.

Das drückt keine besondere Wertschätzung aus und ist für die Antragsteller extrem unbefriedigend.

25 Eine Basis aber, die das Gefühl bekäme, auf Parteitagen nicht mehr zu Wort kommen zu können, produziert am Ende auch keine Inhalte mehr.

Damit künftig auch wieder mehr Konzepte von unten zum Tragen kommen, braucht es Rahmenbedingungen, die unsere Genoss\*innen ermutigen, Ideen zu entwickeln und Anträge zu schreiben – in der Hoffnung, diese zeitnah und gebührend diskutieren zu können.

*Antragsbereich PO/Antrag 7*

*Kennnummer 14159  
Kreisverband Tübingen*

### **Einbeziehung der Mitglieder bei der Antragsberatung**

### **Antragsberatung an den Anfang der Landesparteitage stellen!**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Z. 4-6: Überweisung an Landesvorstand

Anträgen Antragsbereichen.

### **Einbeziehung der Mitglieder bei der Antragsberatung**

## 1. Alle Mitglieder stimmen online ab

Z. 1-7: Ablehnung

- 5 Alle Mitglieder werden rechtzeitig vor dem Parteitag aufgefordert, über die Anträge im Antragsbuch abzustimmen – als Empfehlung für die Delegierten (mit: 1. Annahme, 2. Ablehnung, 3. Enthaltung). Maßgeblich ist jedoch die Abstimmung der Delegierten auf dem Parteitag.

## 2. Reihenfolge

- 10 Der Parteitag legt per Abstimmung unter den Delegierten fest, in welcher Reihenfolge die Anträge behandelt werden.

Z.9-12: erledigt durch Annahme von PO 6 in Fassung der Antragskommission

### *Antragsbereich PO/Antrag 8*

*Kennnummer 14156  
Sinsheim  
(Kreisverband Rhein-Neckar)*

*Empfänger:  
Landesvorstand*

## **Verbessertes Kommunikations- und Weiterbildungs-Management!**

Wir beantragen, das derzeitige Schulungs- und Weiterbildungsangebot zu evaluieren und auszubauen. Eine breite Social-Media-Offensive und der systematische Aufbau eines Kompetenz- bzw. Referent\*innenpool sind anzustreben.

5

### **Begründung:**

- 10 Selbstsichere und argumentationsstarke Genoss\*innen sind heute nicht immer selbstverständlich. Dabei sind gut informierte Mitglieder der Schlüssel für eine erfolgreiche und sichtbare politische Arbeit. Deshalb muss dem Schulungs- bzw. Weiterbildungs-Gedanken noch größeres Gewicht beigemessen werden. Das Ziel sollten Schulungen sein, die ansprechend, gut erreichbar und zeitlich gut wahrnehmbar sind.

- 15 Der Landesverband verstärkt seine Bemühungen, einen Kompetenz- bzw. Referent\*innenpool (Mitglieder, gerne aber auch Externe) einzurichten, der dann auch kontinuierlich gepflegt wird.

- 20 Wünschenswert wären auch mehr Möglichkeiten zu Information und Austausch z.B. Cloud-basierte Lösungen, die Einblicke in Pressemitteilungen, beschlossene Anträge Termine, Protokolle, Best-Practice-Beispiele etc. ermöglichen.

## **Verbessertes Kommunikations- und Weiterbildungs-Management!**

Erledigt durch Annahme von PO 2

Wir brauchen den Ausbau von Social Media. Dazu gehören Impulse, wie die  
25 Aktivitäten vor Ort pressemäßig und in den sozialen Medien begleitet bzw.  
unterstützt werden können. Deshalb soll der Landesvorstand den Gliederungen  
verstärkt konkrete Hilfestellungen für Social Media anbieten.

### *Antragsbereich PO/Antrag 9*

*Kennnummer 14152  
Ortsverein Markgröningen  
(Kreisverband Ludwigsburg)*

*Empfänger:  
Landesvorstand*

#### **Lehrvideos verstärkt in die politische Arbeit einsetzen**

In der Vergangenheit wurden Präsenzveranstaltungen zu den  
Themen Social Media, Muster Sharpics und zu den WebSozi  
CMS angeboten. Präsenzveranstaltungen führen aber dazu, dass  
5 man sich zeitlich einschränkt und Wege zu der Veranstaltung  
aufnehmen muss.

Nicht immer ist dann auch die Präsenz für den Veranstalter  
befriedigend. Aber auch bei der Person, die gerne dabei wäre,  
um wichtige Infos nicht zu verpassen, aber es durch  
10 Terminkollisionen nicht dahin schafft, verbreitet sich Frust.  
Und Frust ist für die ehrenamtliche Arbeit Gift.

Immer mehr geht der Trend in Richtung der Bereitstellung von  
Lehrvideos. Die Vorteile liegen auf der Hand: Man kann die  
15 Schulung zeitlich individuell abrufen und man erspart sich den  
Fahrweg und somit auch Zeit.

Daher bitten wir den Landesverband, verstärkt Lehrvideos in  
folgenden Bereichen anzubieten:

- 20
- Social Media
  - Webschulungen
- 25 - Anwendung von angebotenen Arbeitsmaterialien

Dadurch wird unseres Erachtens die Arbeit im Ortsverein  
effizienter. Durch

Effizienzsteigerung sehen wir auch eine Motivationssteigerung  
bei der Arbeit vor Ort.

#### **Lehrvideos verstärkt in die politische Arbeit einsetzen**

Überweisung an Landesvorstand

*Antragsbereich PO/ Antrag 10**Kennnummer 14154**AG SPDqueer**Empfänger:  
Landesvorstand***Umsetzung Statut der SPD Baden-Württemberg § 15 Absatz 3**

1. Der Landesvorstand wird aufgefordert, dem „Geist“ von Statut der SPD Baden-Württemberg §15 Absatz 3 gerecht zu werden und das Teilnahmerecht der Kreisvorsitzenden und der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften bzw. von deren

5 jeweiligen Vertreter\*innen an den Landesvorstandssitzungen **wieder** in Kraft zu setzen, das vor 2 Jahren vom Vorstand lediglich per Geschäftsordnungs-beschluss abgeschafft wurde.

10 **2.** Der Parteitag beschließt, dass die AG-Vorsitzenden bzw. deren Vertreter\*innen in den Vorstands-sitzungen Stimmrecht erhalten, wie es z. B. in Berlin oder in anderen Bundesländern zumindest in vielen Gliederungen und Regionen der Fall ist, - hilfsweise zumindest in Belangen ihrer spezifi-schen Expertisebereiche,

**15 Begründung:**

Ein Geschäftsordnungsbeschluss kann kein legitimes Mittel sein, Teile der Statuten „auszuhebeln“, auch dann nicht, wenn deren Formulierung Interpretationsspielraum lässt. Dieser Spielraum ist im vorliegenden Fall

20 offensichtlich überschritten.

Vor allem aber widerspricht es dem erklärten Willen der Partei, die Basisstrukturen entsprechend einer Demokratie von unten besser in die Willensbildung einzubeziehen. Der Vorstand erklärt zudem, es sei

25 unumgänglich wegen der Ausdünnung der Präsenz der Partei in der Fläche die Basisstrukturen zu stärken und zu motivieren, diesbezüglich zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Hier sind die Kreisvorsitzenden entsprechend ihrer Präsenz in der Fläche und die Arbeitsgemein-schaften entsprechend ihrer besonderen Expertise und Präsenz in den Bevölkerungsgruppen unver-zichtbar.

30 Es ist nicht nur widersinnig, wenn die Übernahme von mehr Verantwortung mit einer Beschneidung der Rechte einhergeht, es ist auch unklug. Dem können die Angesprochenen nur gerecht werden, wenn sie an Entscheidungsprozessen beteiligt und vom Informationsfluss nicht abgeschnitten werden. „Gefilterte“,

**Umsetzung Statut der SPD Baden-Württemberg § 15 Absatz 3**

Ablehnung

Prozesse nicht vermittelnde „Informationsveranstaltungen“ ein-/zweimal im Jahr leisten das einfach nicht.

Die Partei ist darauf angewiesen und gut beraten, die Expertise in den eigenen Reihen besser auszuschöpfen. Das stellen die Arbeitsgemeinschaften in besonderem Maße zur Verfügung. Sie verstehen sich zudem als Basisorganisationen und können Angelegenheiten ihrer „Klientel“ besonders in die Partei tragen und die Arbeit der Partei in die Gesellschaft vermitteln. Diese Funktion setzt die Beteiligung an den Entscheidungsprozessen im Grunde „selbstverständlich“ voraus. Es weist auch die Führungsebene direkt darauf hin, dass dieses Potential zu beachten ist.

### *Antragsbereich PO/ Antrag 11*

*Kennnummer 14162*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

#### **#SPDerneuern voranbringen**

Die Erneuerung der SPD ist ein wichtiger Prozess, der dazu führen muss die Strukturen auf die Bedürfnisse von heute auszurichten und mit neuen Inhalten das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern zu gewinnen. Als Ortsverein wollen wir dabei nicht nur auf Ideen und Änderungen warten, sondern selbst aktiv gestalten. Folgender Leitgedanken muss Grundlage unserer Überlegungen sein: Wie schaffen wir es, die qualitativen Ansprüche an politische Arbeit mit der Ehrenamtlichkeit zu verbinden? Auf Grundlage jüngster Überlegungen haben wir folgende Punkte erarbeitet, die Eingang in #SPDerneuern finden sollen:

1. Die Einführung eines bundesweiten Wissensmanagements. Diese beinhaltet alle Beschlüsse, die auf Kreis/Unterbezirks-, Landes- und Bundesebene beschlossen wurden sowie deren aktueller Status.

2. Die Einführung einer kostenfreien Software für alle SPD-Gliederungen zur Durchführung von Onlinekonferenzen

3. Die Einführung einer Petitionsplattform, mit der Ortsvereine oder Arbeitsgemeinschaften Themen direkt in alle Ebenen einbringen können. Für die Einbringung ist ein Quorum erforderlich, welches zur Behandlung des Themas verpflichtet.

25

#### **Begründung:**

Das Thema Anträge innerhalb der SPD ist in unseren Augen ein sehr großes und wichtiges. Das größte Problem in unseren Augen ist es, dass kein zugängliches Wissensmanagement vorhanden ist. Wenn ein OV einen Antrag entwickeln will, kann er überhaupt nicht nachvollziehen, ob es zu dem Thema

#### **#SPDerneuern voranbringen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Empfänger: Bundesparteitag

Anträge bereits gab, ob die beschlossen wurden und wie die aktuelle Antragslage ist. Auch können wir nicht nachvollziehen, ob andere Landesverbände oder Ortsvereine an dem gleichen Thema arbeiten. Nach unserer Wahrnehmung drehen wir uns hier oft im Kreis ("da gibt es schon eine Beschlusslage zu") und schicken was auf den Weg, was nie oben ankommt. Das ist in unseren Augen höchst problematisch, denn aus OV Sicht können wir sagen, dass der Antrag das politische Tool schlechthin ist, das wir haben, um politischen Einfluss innerhalb der SPD zu üben. Wenn dieses nicht richtig funktioniert sorgt das für große Frustration und dafür, dass es keine Durchlässigkeit nach oben gibt.

Daher wollen anregen für die SPD ein professionelles Wissensmanagement bezogen auf Anträge aufzubauen. Dies könnte ein Punkt sein, der in den Erneuerungsprozess der SPD aufgenommen werden sollte. Unserer Meinung nach muss dieses bundesweit aufgebaut sein, um es einheitlich zu haben und alle Informationen deutschlandweit verfügbar zu haben. Es braucht eine thematische Sortierung, um schnell Ergebnisse finden zu können.

Wir nehmen verstärkt wahr, dass viele Genossinnen und Genossen sich vor Ort engagieren wollen, in der Spannung zwischen Arbeit und familiären Verpflichtungen keine Zeit für die politische Arbeit finden. Daher wollen wir neue Möglichkeiten eröffnen, um sich an unserer Arbeit beteiligen zu können. Dabei ist es nicht sinnvoll, wenn jeder eine eigene Software etc. aussucht, stattdessen sollte bundesweite eine einheitlich lizenzierte Software (evtl. auch Hardware) gestellt werden.

Außerdem haben wir die Idee, eine Petitionsplattform aufzubauen, die die Möglichkeit bietet, bundesweit innerhalb der SPD für Themen zu werben oder Mehrheiten zu finden. Hier wäre es überlegenswert zu sagen, dass ab einem gewissen Quorum so ein Antrag auf den Bundesparteitag kommt.

## *Antragsbereich PO/Antrag 12*

*Kennummer 14153*

*Kreisverb.Schwäbisch Hall*

### **Für den Fortbestand der Historischen Kommission beim Bundesvorstand der SPD**

Im Zuge der Aufarbeitung des letzten SPD Bundestagswahlergebnis wurde deutlich, dass 55 % aller Wählerinnen und Wähler und sogar 59 % der Wählerinnen und Wähler der SPD Zielgruppe kaum Unterschiede zwischen CDU und SPD mehr erkennen konnten! Der Grund liegt sicher auch darin, dass wir schon (zu) lange in großen Koalitionen arbeiten und uns deshalb schwertun, unser eigenes Profil deutlich zu machen.

### **Für den Fortbestand der Historischen Kommission beim Bundesvorstand der SPD**

Empfehlung erfolgt mündlich

- 10 Dabei haben wir ein ganz eindeutiges Unterscheidungsmerkmal zu allen anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik!

Wir sind nicht nur die älteste und größte Partei. Wir sind zudem  
15 die einzige Partei, die sowohl im Deutschen Reich (Sozialistengesetze 1878 bis 1892), im Dritten Reich (1933 bis 1945) und in der DDR verboten war und die Genossinnen und Genossen trotzdem weiter gekämpft immer im Untergrund durchgehalten haben, um sich im Anschluss neu bzw. wieder zu  
20 gründen. Diese Erfahrung hat keine andere Partei! Diese Erfahrung prägt uns auch in der tagespolitischen Arbeit im Gemeinderat, im Kreistag und in den sonstigen Gremien! Diese Haltung macht uns unverwechselbar.

- 25 Worunter unsere derzeitige Gesellschaft leidet, ist ja vor allem, dass es ein weitverbreitetes Gefühl gibt, dass der „status quo“ an Rechtsstaatlichkeit, an Sozialstaat und an Arbeitnehmerrechten „gottgegeben“ und „unveränderbar“ sei und uns nicht mehr  
30 genommen werden könnte. Nur deshalb erklärt sich, dass so viele glauben, sie könnten bei Wahlen ihr Mütchen kühlen, rechtsextreme Parteien wählen oder gar nicht mehr zur Wahl gehen.

Kurzum: Es fehlt historische Bildung und historisches  
35 Bewusstsein: Das Bewusstsein, dass alle diese Errungenschaften von unseren Vorfahren schwer und blutig erkämpft werden mussten und dass es die SPD war, der wir dies alles zu verdanken haben. Dass wir in Zeiten der fehlende Unterscheidbarkeit ausgerechnet dort sparen wollen, wo unser echtes  
40 Alleinstellungsmerkmal herausgearbeitet werden kann, ist mir völlig unverständlich.

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Befassung und Bearbeitung unserer historischen Rolle und der historischen  
45 Bezüge!

Im Jahr 1981 wurde die Historische Kommission von Willy Brandt eingerichtet. Wo ist dieses Bewusstsein heute, wo  
50 Despoten auf der Welt und sogar in Europa häufig durch Wahlen an die Regierung kommen, oder wenn die AfD in Sachsen die zweitstärkste politische Kraft ist?

Historisch war es eine extrem wichtige Weichenstellung für Deutschland, dass sich vor über 155 Jahren Menschen unter der  
55 Fahne der SPD zusammengeschlossen haben, um für Arbeitnehmerrechte, gleiches Wahlrecht für alle und die Befreiung der Arbeiter und der Frauen – auch unter hohem persönlichem Risiko – zu kämpfen. Die Ostpolitik von Willy-Brandt war entscheidender Impuls für die spätere Überwindung

60 der Blöcke und auch die Überwindung der deutschen Teilung  
wäre ohne Erhard Eppler und dem gemeinsamen Papier der  
Grundwertekommission der SPD und der Akademie für  
Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit dem Titel  
„Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ nicht  
65 so früh voran gekommen.

Nur wer weiß das heute alles noch? Wer weiß noch, dass auf  
deutschem Boden schreckliches Unrecht begangen wurde, und  
dass es u.a. Sozialdemokraten waren, die dafür verantwortlich  
70 sind, dass wir heute in einem Staat leben, der Freiheit, Gleichheit  
und Solidarität lebt, anstatt auszugrenzen?

Deshalb müssen wir uns jeden Tag neu auf unsere Geschichte  
besinnen, uns damit befassen, darüber debattieren und dafür  
75 sorgen, dass diese historische Stimme immer wieder erhoben  
wird!

Deshalb beantragen wir, die Historische Kommission beim SPD  
Bundesvorstand zu erhalten, bzw. wieder zu errichten

### *Antragsbereich PO/Antrag 13*

*Kennnummer 14161*

*AsF Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
Bundesparteitag*

### **Ergänzung § 4 Abs 3 Wahlordnung**

§ 4 Abs 3 Wahlordnung regelt die Aufstellung der Liste für die  
Europawahl und ist wie folgt zu ergänzen:

5 „Für die Ersatzkandidaturen gilt: Für eine Kandidatin kann nur  
eine Ersatzkandidatin, für einen Kandidaten nur ein  
Ersatzkandidat nominiert werden.“

Diese Klarstellung ist zwingend notwendig, um das bereits in der  
Wahlordnung festgeschriebene Prinzip der alternierenden Liste  
10 auch im Falle des Ausscheidens einer Kandidatin eines  
Kandidaten aufrecht zu erhalten und um die in § 4 Abs 2  
„angemessene Vertretung von Frauen und Männern“ zu  
gewährleisten.

15 Ein Verfahren für den Umgang mit dem sogenannten dritten  
Geschlecht ist dabei nicht berücksichtigt, die Antragstellerinnen  
sind sich diese Lücke bewusst. Der Antrag baut hier auf den

### **Ergänzung § 4 Abs 3 Wahlordnung**

Annahme

bisherigen Strukturen / Normen der Wahlordnung auf um die  
paritätische Besetzung der Parlamente voranzutreiben.

# Arbeit und Soziales

Antragsbereich AS/ Antrag 1

Kennnummer 14117

Kreisverband Heilbronn-Land

Empfänger:

Bundesparteitag

## Unsere Vision vom Sozialstaat des 21. Jahrhunderts

**Recht auf Arbeit– Gleiche Teilhabe – der Sozialstaat als Partner.**

### Was kommt nach Hartz IV?

5

Unser Sozialstaat, die nach Demokratie und Freiheitsrechten größte Errungenschaft der Sozialdemokratie und der Moderne, ist in den letzten Jahrzehnten vielfältig unter Druck geraten. Von denen, die ihn im Zuge neoliberaler Globalisierungsvorstellungen abschaffen wollten. Und von denen, die ihn wollen und brauchen, aber nicht die Unterstützung, nicht die Sicherheit erhalten haben, die sie erwarten. Die Globalisierung und ein finanzmarktgetriebener Kapitalismus erfordern aber einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat.

15

Der Sozialstaat hat das Ziel, in einer Marktwirtschaft für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu sorgen. Der Markt allein stellt keine Gerechtigkeit her und sichert allein die Lebensrisiken derer, die es sich leisten können.

20

Gerechtigkeit heißt auch, Chancengleichheit herzustellen und Leistung zu honorieren. Niemand darf allein gelassen werden und alle müssen einen Beitrag leisten können. Der Sozialstaat muss allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde ermöglichen.

25

Der Sozialstaat muss das Leben leichter machen und Sicherheit geben. Er ist solidarisch organisiert und handelt individuell passgenau. Wir wollen den Sozialstaat grundsätzlich reformieren und den Herausforderungen der Zeit anpassen. Dabei wollen wir uns an den folgenden Leitideen orientieren:

30

35

## Unsere Vision vom Sozialstaat des 21. Jahrhunderts

Annahme in der Fassung der Antragskommission

~~Dabei wollen wir uns an den folgenden Leitideen orientieren:~~

Die Bewertung der Einführung und der Folgen von Hartz IV, dem Arbeitslosengeld II, spaltet die SPD und Teile der Gesellschaft bis heute.

40

45

50

## **Ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert**

### Solidarität statt Ellenbogen.

55

60

Die SPD bleibt die Sozialstaatspartei in Deutschland. Wir sehen den Sozialstaat als zentrales und umfassendes Instrument zur solidarischen Absicherung der großen Lebensrisiken und zur Unterstützung von Beschäftigten im Arbeitsleben. Risiken und Herausforderungen sind ungleich verteilt und können überraschend kommen. Deshalb ist die solidarische Absicherung über den Sozialstaat für uns die beste und gerechteste Form der Absicherung.

### Leistung anerkennen.

65

Wir wollen sicherstellen, dass das, was sich Menschen in einem langen Arbeitsleben hart erarbeitet haben, auch dann geschützt ist, wenn sie über längere Zeit auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind.

70

75

80

### Recht auf Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen.

Arbeit ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Grundlage unseres Sozialstaates. Die meisten Menschen wollen durch eigene Arbeit am Wohlstand teilhaben. Das unterstützen wir. Das gilt auch für Menschen mit Handicaps und Beeinträchtigungen. Und es gilt in einer sich immer stärker verändernden Arbeitswelt. Darauf wollen wir den Sozialstaat ausrichten. Wir wollen Arbeit für alle ermöglichen und ein Recht auf Arbeit schaffen. Wer arbeiten möchte, soll ein seiner Lebenslage und seiner Qualifikation entsprechendes Arbeitsangebot erhalten. Dafür stellen wir die passgenaue Unterstützung zur Verfügung (z.B. Qualifikation, Umzugshilfen, Kinderbetreuung).

85

### Der Sozialstaat als Partner.

Fehler wurden in großen Teilen korrigiert. Doch noch immer zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit und Armut sich zunehmend verfestigen und der Ausgleich zwischen „fordern und fördern“ oftmals nicht ausreichend stattfindet. Dies hat die SPD viel Vertrauen gekostet. Unser Anliegen ist eine Grundsicherung, die Lebensleistung stärker würdigt und Teilhabe an der Gesellschaft sichert.

Wir wollen einen Sozialstaat, der in unterschiedlichen Lebenslagen unterstützt, dessen Leistungen einfach zugänglich sind. Wir sehen den Sozialstaat als Partner der Beschäftigten, der  
90 Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Unterstützung auf ihrem Lebensweg und insbesondere bei der Bewältigung besonderer Herausforderungen.

#### Das Leben leichter machen.

95 Ansprüche auf sozialstaatliche Leistungen wollen wir ausgehend von den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Unterstützungsbedarfen definieren und organisieren, nicht länger anhand bestimmter Rechtskreise. Starre Zuständigkeitsgrenzen  
100 wollen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger überwinden. Sie müssen die ihnen zustehenden Leistungen einfach und ohne bürokratischen Aufwand erhalten. Und sie müssen ihre Möglichkeiten kennen. Dafür wollen wir eine Anlaufstelle für Sozial- und Familienleistungen  
105 (Teilhabezentren) und eine Anlaufstelle für die Sozialversicherungen (gemeinsame Servicestellen) schaffen.

#### Menschen machen den Sozialstaat.

110 Sozialstaat bedeutet finanzielle Leistungen, vor allem aber die Unterstützung von Menschen durch Menschen. Für uns kommt es darauf an, dass diese Unterstützung mit großer Qualität, Offenheit und Empathie erbracht wird. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir schaffen.

115 **Sicherheit und Unterstützung im Arbeitsleben – gemeinsame Servicestellen**

#### Sicherheit im Wandel.

120 Wir werden die Veränderungen in der Arbeitswelt durch neue Technologien nicht aufhalten oder zurückdrängen können. Die politische Aufgabe besteht darin, sie im Sinne der Beschäftigten zu gestalten – gemeinsam mit den Sozialpartnern.

125 Auch durch die Digitalisierung wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich aber stark und immer schneller verändern. Dabei müssen und wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Die zunehmende Ausdifferenzierung von  
130 Erwerbsformen verlangt eine solche soziale Absicherung nicht nur für klassische Formen der abhängigen Beschäftigung. Wir wollen soziale Sicherung auch für Selbständige und kurzfristig Beschäftigte sicherstellen.

135 Sozialstaat als Partner.

Neben der Absicherung der großen Lebensrisiken wird die Unterstützung und Begleitung der Beschäftigten im Arbeitsleben entlang der Anforderungen unterschiedlicher Lebensphasen immer wichtiger. Dies gilt insbesondere für die Aspekte Qualifizierung, Work-Live-Balance und Gesundheit. Den Sozialversicherungen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Wir wollen eine umfassende Beratung, Begleitung und Unterstützung der Beschäftigten durch die unterschiedlichen Träger der Sozialversicherung während des Arbeitslebens sicherstellen.

#### Das Leben leichter machen.

Zugänge zu Leistungen der Sozialversicherungen wollen wir erleichtern und Leistungen der unterschiedlichen Zweige der Sozialversicherung besser aufeinander abstimmen. Hierzu muss es gemeinsame Anlauf- und Servicestellen von Renten-, Arbeits-Unfall- und Krankenversicherung geben, die Leistungen wie aus einer Hand erbringen. Dabei wollen wir auch aktiv auf Unternehmen und Beschäftigte zugehen.

#### Lernen muss sich lohnen.

Mit einer solchen Politik wollen wir Arbeitslosigkeit möglichst präventiv verhindern. Tritt sie dennoch ein, sollen möglichst schnell Qualifizierungsangebote gemacht werden. Zeiten der Qualifizierung sollen durch ein spezielles Qualifizierungsarbeitslosengeld (Arbeitslosengeld-Q) unschädlich für den Bezug des Arbeitslosengeldes sein. Transfergesellschaften sind für uns ein wichtiges Instrument zur Bewältigung des Strukturwandels (z.B. in Braunkohleregionen).

#### Chancengleichheit herstellen.

Um Risiken im Erwerbsverlauf abzufedern, Veränderungen und Weiterbildung zu ermöglichen, wollen wir ein individuelles Chancenkonto für jede Bürgerin und jeden Bürger einführen. Nicht nur reiche Erben sollen mit einem Gefühl der Sicherheit und Flexibilität ins Erwerbsleben starten und Mut für Veränderungen haben können.

### **Umfassende soziale Beratung und Unterstützung vor Ort - Teilhabezentren**

180 Armut nachhaltig bekämpfen.

Armut und Perspektivlosigkeit wollen wir überwinden. Beides darf in unserer reichen Gesellschaft keinen Platz haben. Wir wollen deshalb Teilhabe durch Arbeit auch dann ermöglichen, wenn es schwierig ist und viele Hindernisse zu überwinden sind. Niemand darf wegen zu hoher Mieten oder seiner Kinder arm

werden. Kinder die unter schwierigeren Bedingungen aufwachsen wollen wir gleiche Chancen im Leben eröffnen.

Hierzu bedarf es angemessener Leistungen einer

- 190 Kindergrundsicherung und eine gute und umfassende  
Unterstützungsinfrastruktur vor Ort. Das gilt auch für ältere und  
kranke Menschen. Unterschiedliche Leistungen und Angebote  
müssen gemeinsam, vernetzt vor Ort und leicht zugänglich  
erbracht werden. Dies muss der Bund gemeinsam mit den  
195 Kommunen sicherstellen.

#### Hilfen wie aus einer Hand.

Die Jobcenter wollen wir zu umfassenden sozialen Beratungs-  
200 und Unterstützungsstellen vor Ort (Teilhabezentren)

weiterentwickeln. Unterstützungsleistungen aus  
unterschiedlichen Bereichen sollen dort gebündelt werden. Alle  
Leistungsberechtigten müssen die Unterstützung bekommen, die  
notwendig ist, um Teilhabe durch Arbeit und Teilhabe für

- 205 Kinder sicherzustellen, unabhängig davon, welchem Rechtskreis  
eine Leistung zugeordnet ist oder welche Ebene (Bund, Länder,  
Kommunen) die Finanzierungsverantwortung trägt. Dies umfasst  
somit auch familienpolitische Leistungen.

#### 210 Ganzheitliche Unterstützung.

Wir wollen einen Kulturwandel schaffen: Menschen, die  
arbeitslos sind und Hilfe benötigen, müssen eine individuelle  
und ganzheitliche Unterstützung erhalten. Teilhabestrategien

- 215 müssen gemeinsam mit den Betroffenen auf Augenhöhe  
erarbeitet und umgesetzt werden. Menschen, die Unterstützung  
benötigen, müssen auf die Teilhabezentren als verlässlichen  
Partner zählen können. Wir wollen die rechtlichen, finanziellen  
und personellen Rahmenbedingungen schaffen, damit die  
220 Teilhabezentren in der Lage sind, eine individuelle und  
umfassende Unterstützung leisten zu können.

#### Perspektive statt Sanktion.

- 225 Zu einem solchen Kulturwandel gehört auch ein deutlich  
verändertes Sanktionsrecht: Vereinbarungen auf Augenhöhe  
bestehen immer aus Rechten und Pflichten für beide Seiten.  
Werden entsprechende Vereinbarungen ohne triftigen Grund  
nicht eingehalten, so muss dies auch sanktionierbar sein.

- 230 Sanktionen müssen jedoch zurückgenommen werden können  
und dürfen nicht zu Obdachlosigkeit führen. Ein verschärftes  
Sanktionsrecht für Jugendliche ist durch nichts zu rechtfertigen.  
Gerade junge Menschen brauchen Perspektiven, Unterstützung  
und Motivation.

235

## Arbeit ist für alle da.

- Wir wollen möglichst vielen Menschen Teilhabe am ersten  
240 Arbeitsmarkt ermöglichen – auch bei Handicaps oder schweren  
Vermittlungshemmnissen. Hierzu müssen unterschiedliche  
Förderinstrumente gebündelt werden. Wege der Integration  
können je nach Ausgangslage und in Abhängigkeit von den  
Rahmenbedingungen kürzer oder länger sein. Für Menschen, die  
245 trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten  
Arbeitsmarkt haben, wollen wir sinnvolle öffentlich finanzierte  
Tätigkeiten im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes – falls  
nötig auch dauerhaft - anbieten.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 2*

*Kennnummer 14103  
Kreisverband Stuttgart*

*Empfänger:  
Bundesparteitag*

### **Verbesserung der Situation von Langzeitarbeitslosen**

- Um diesen Problemen zu begegnen und die Förderung von  
Langzeitarbeitslosen nicht nur effektiver zu machen, sondern  
auch den Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit das Gefühl zu  
geben, dass die Gesellschaft sie nicht aufgegeben hat, fordern wir  
5 folgende Maßnahmen:

- Erhöhung des Regelsatzes durch Erweiterung der  
Bemessungsgrundlage und Überprüfung des  
Warenkorbmodells  
10
- Größeres Budget für Qualifizierungsmaßnahmen und  
Verwaltungsausgaben zur Verbesserung des  
Betreuungsschlüssels für die Jobcenter  
15
- Anhebung der Zuverdienstgrenze
- Die Anrechnung des Einkommens auf den ALG II-Satz  
muss so geschehen, dass arbeitenden Personen, die ALG  
20 II beziehen, durch ihre Arbeit nicht nur unwesentlich  
mehr als der volle ALG II-Satz übrig bleibt
- Sozialer Arbeitsmarkt mit Case-ManagerInnen, die sich  
intensiv um die betroffenen Langzeitarbeitslosen

### **Verbesserung der Situation von Langzeitarbeitslosen**

Annahme in der Fassung der  
Antragskommission

... Bemessungsgrundlage ~~und~~  
~~Überprüfung des Warenkorbmodells~~  
in Form eines reinen Statistikmodells  
ohne Einschnitte in bestimmte  
Konsumbereiche

- 25 kümmern können, die Schwierigkeiten haben, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden
- Belohnungen für das Einhalten der mit dem Jobcenter geschlossenen Eingliederungsvereinbarung anstatt Sanktionen
- 30 • Stärkung von multiprofessionellen Teams (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, etc.) bei Wiedereingliederungsmaßnahmen/Qualifizierungsmaßnahmen
- Evaluation der bestehenden Maßnahmen zur Wiedereingliederung auf deren Erfolgsquote
  - Konzept zur Stärkung von Integrationsfirmen/Integrationsableitungen mit gesetzlichen Anspruch auf Nachteilsausgleich
  - Ferner sollte geprüft werden, ob durch einen steuerfinanzierten Zuschuss zum Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung bis zu einer Einkommenshöhe von 24.000 € stufenweise entlastet werden.
- 40

Z. 26-28: Überweisung an Bundestagsfraktion

**Begründung:**

- 45 Die SPD ist in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer die Partei der gesellschaftlichen Gruppen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage oder anderer Faktoren ein Dasein am unteren Rand der Gesellschaft fristen. Während dies lange Zeit die Arbeiter\*innen waren, gibt es in unserer heutigen Zeit andere
- 50 Gruppen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage weniger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und deren Kinder geringere Chancen auf soziale Mobilität haben, so wie es den Kindern der Arbeiter\*innen lange Zeit erging. Langzeitarbeitslose sind zweifelsohne eine solche Gruppe.
- 55 Langzeitarbeitslose mit verfestigten Vermittlungshemmnissen sind hauptsächlich Menschen, die aufgrund psychischer Labilität mit verfestigten psychischen Erkrankungen, Behinderungen, mangelnder sozialer Kompetenz, geringer Qualifizierung und Entmutigung aufgrund des fehlenden Kontakts zum allgemeinen Arbeitsmarkts zu kämpfen haben.
- 60 Die gegenwärtigen Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen, stammen im Wesentlichen aus den Gesetzgebungen im Zuge der Arbeitsmarktreformen unter der zweiten rot-grünen Bundesregierung. Im Grundsatz sollen diese Maßnahmen ein
- 65 Existenzminimum garantieren und gleichzeitig mithilfe unterschiedlicher Fördermaßnahmen einen möglichst schnellen Eintritt in den Arbeitsmarkt und damit eine Beendigung der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen erreichen.
- Während dies im Grundsatz sowohl aus Sicht des Staates, als auch aus Sicht
- 70 des\*der Arbeitslosen eine sinnvolle Herangehensweise ist, gibt es in der Praxis immer wieder Konstellationen, die zu einer Verfehlung dieser Ziele führen.

Um die Grundsicherung in Form von Arbeitslosengeld II zu erhalten, müssen die Betroffenen umfangreiche Rechenschaft über ihre finanziellen Verhältnisse

75 ablegen und für die Dauer ihres Leistungsbezuges unter Androhung von Sanktionen den Anordnungen des Jobcenters Folge leisten. Diese Sanktionen können dazu führen, dass eine Person deutlich unter das Existenzminimum fällt, das eigentlich durch die Leistung garantiert werden soll. Dabei ist eine

80 Kürzung des Leistungsniveaus schon nach einer geringen Anzahl von Verstößen möglich, insbesondere bei Leistungsbezieher\*innen unter 25 Jahren.

In der Summe kann dadurch bei den betroffenen Personen der Eindruck entstehen, dass sie als Person von der Gesellschaft abgewertet werden oder gar

85 aufgegeben werden.

Des Weiteren führt die Struktur der Zuverdienstgrenzen zu Situationen, in denen die Aufnahme von Beschäftigung unter bestimmten Voraussetzungen zur Folge hat, dass eine Person unterm Strich weniger Geld zur Verfügung hätte, als in Arbeitslosigkeit.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 3*

*Kennnummer 14110*

*Kreisverband Ulm*

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft - Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen**

Unser Sozialstaat steht in unserem Land für Viele nicht mehr dafür, dass sie sich bei akutem Bedarf auf Solidarität und kollektive Absicherung verlassen können. Seit der Neoliberalismus und die seine Thesen mehr oder weniger

5 vertretenden Parteien den Sozialstaat als Wachstumshindernis deklarieren und dieser als zu teuer und zu ineffizient bezeichnen, wurde von unten nach oben umverteilt und wurden breite Bevölkerungsschichten durch massive Einschnitte in unsere sozialen Sicherungssysteme abgedrängt.

10

Private Vorsorge wurde immer stärker propagiert, sogar aus Gewerkschaftskreisen. Viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte, die dann in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden,

15 zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und hier insbesondere der SPD, Einzug der AfD in den

20 Bundestag.

Mit der Agenda 2010 Politik wurde die SPD zum Ausverkäufer des Sozialstaates. Dabei ist kein anderes Thema so sehr zum Symbolthema für den gesellschaftlichen Abstieg

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft - Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen**

Erledigt durch Annahme von AS 1 und AS 2

- 25 geworden wie Harz IV. Neben dem Verlust an  
Glaubwürdigkeit für die SPD als Partei für soziale  
Gerechtigkeit hat die Regelung zum Arbeitslosengeld I (ALG  
I) und Arbeitslosengeld II (ALG II) eine Entsolidarisierung  
innerhalb unseres Sozialversicherungssystem gebracht: Die  
30 Abstiegsstreppe wurde steiler, wer fällt, fällt schneller und  
kommt kaum wieder hoch.

Um diesen Abschied vom Sozialstaat wieder umzukehren,  
muss die SPD gerade im Bereich der Sozialpolitik wieder klare  
35 Grundsätze verkörpern:

Ø Der Staat muss seine Bürger\*innen schützen und sich um  
seine Bürger\*innen kümmern.

- 40 Ø Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander,  
sondern solidarisches Miteinander.

Ø Profitinteresse hat in den Bereichen der sozialen Sicherheit  
wie Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung nichts zu suchen.

- 45 Ø Diese Sozialpolitik setzt gerechte Verteilungspolitik voraus.

**Konkret wollen wir auf dem Weg zu einer solidarischeren  
Gesellschaft folgende Stufen umsetzen:**

- 50 1. Korrektur von Hartz IV durch

Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch  
Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch  
55 Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre,  
d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder zwölf  
Monate gearbeitet werden muss um Anspruch auf  
Arbeitslosengeld I zu haben.

- 60 Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in  
Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem  
Alter auf bis zu 36 Monate.

Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes das oberhalb des  
65 Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegt.

Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.

Abschaffung der Sanktionen.

- 70 Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG  
I.

75 Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und  
Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20  
% des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der  
Deckel von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft  
insbesondere Saisonarbeiter\*innen wie Erntehelfer und z.B.

80 Menschen, die wie Schauspieler oder Grafikdesigner die von  
Aufträgen leben.

2. Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne  
Vorbedingungen damit endlich die die meiste Unterstützung  
85 bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der  
Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen  
Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit  
steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300  
Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag, soll der maximalen  
90 Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge  
entsprechen.

In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die  
Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.

95

3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000  
langzeitarbeitslose Menschen zur Gewährung eines  
solidarischen Grundeinkommens, das an keine Bedingungen  
geknüpft ist, um erforschen zu können, ob ein  
100 Grundeinkommen die Bereitschaft insbesondere zur Annahme  
von Arbeit erhöht.

4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen  
Einführung eines solidarischen Grundeinkommens und seiner  
105 Finanzierung aus Steuermitteln, die insbesondere auch den  
Wandel durch die Digitalisierung der Arbeitswelt  
berücksichtigen und das Grundeinkommen nicht als  
neoliberales Konzept sieht, sondern als soziales, solidarisches  
Absicherungskonzept der gesamten Bevölkerung.

110

#### **Begründung:**

Mehr denn je sind wir als SPD gefordert die Frage zu beantworten: „Wie  
wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“. Insbesondere die  
115 Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung der  
Lebensrisiken ist für die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

Längst gilt das Versprechen der Teilhabe am Wohlstand und  
Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr. Vielmehr ist die Realität nach den  
120 Jahrzehnten, in denen der Neoliberalismus Politik geprägt hat, dass das  
Wohlstandsversprechen nicht mehr gilt.

Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen  
Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoreallöhne.

125 1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte Normalarbeitsverhältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich Einkommen und Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher Bedeutung, da es allen besser ging.

130 Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und Freidemokraten akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne wurden als Garanten für Wirtschaftswachstum betrachtet. Diese Sichtweise existierte bis weit hinein in das 20. Jahrhunderts.

135 Dies begann sich zu ändern, als die Unternehmen zunehmend auf internationalen Märkten tätig wurden und die Finanzmärkte, weil die Politik sie zunehmend deregulierten, immer mächtiger wurden.

Der Sozialstaat wurde zunehmend als zu teuer und ineffizient kritisiert.

140 Dieser Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie. Und die Agenda 2010 sollte die Abkehr von der sogenannten „Hängematten-Mentalität“ einleiten und Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Die Konsequenz war die Privatisierung staatlicher Aufgaben und das Propagieren eines schlanken Staates.

145

#### 1. Korrektur von Hartz IV

Die Hartz Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des

150 Arbeitnehmer\*innenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker motiviert werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven Abstiegsängsten.

155

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 und der verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

#### 160 2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch

165 und unterliegt denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

Statt Hartz IV-Leistungen, die auf der Grundlage von Regelsätzen Erwachsenen abgeleitet sind, brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die auch die Einkommenssituation der Eltern

170 berücksichtigt. Denn bisher gilt, dass das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinderfreibeträge für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

175 3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens.

Finland erprobt bei 2 000 Menschen das bedingungslose Grundeinkommen. Die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen Überwachung durch die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne Abzug annehmen zu können, ist nach Aussagen von Teilnehmer\*innen ein positiver Antrieb. Die Unabhängigkeit vom Jobcenter sei die größte mentale Veränderung.

185 Neben den 150 000 geförderten Stellen zur Teilhabe auf dem sozialen Arbeitsmarkt, die sich an sogenannte „arbeitsmarktferne“ Personen richtet, brauchen wir die generelle Abkehr von einem auf Reglementierung aufbauenden Sozialsystem. Um hier belastbare Daten zu bekommen und mittelfristige Reformen des Sozialsystems einleiten zu können, brauchen wir ein Programm, das Praxiserfahrungen liefert.

190 4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines solidarischen Grundeinkommens.

Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein Grundeinkommen muss ein klares Konzept für ein solidarisches Grundeinkommen entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür solide Argumente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit klaren solidarischen Fragen vergeben werden, wie: Wie hoch werden die Ausgaben sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der Höhe des solidarischen Grundeinkommens, wie hoch ist die „Einsparungen“ durch den Wegfall der bisherigen Sozialausgaben. Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gelöst werden. Wie muss die Steuerprogressionskurve verlaufen, um die Ausgaben zu decken ohne z.B. Investitionen zu beschneiden, wie müssen sich Höchstvermögende und 205 Bezieher höchster Erbschaften beteiligen usw.

*Antragsbereich AS/ Antrag 4*

*Kennnummer 14112  
Ortsverein Heidelberg-Süd  
(Kreisverband Heidelberg)*

## **Hartz IV abschaffen - Armut bekämpfen.**

*„In der Abstiegs-gesellschaft entzündet sich der Konflikt an der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie, zwischen Freiheit und Gleichheit“ – Oliver Nachtwey*

## **Hartz IV abschaffen - Armut bekämpfen.**

Erledigt durch Annahme von AS 1 und AS 2

- Gerade an der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie entzündet sich die Frage, ob „Hartz IV“ noch zeitgemäß ist. Deutschlands Wirtschaft geht es so gut wie noch nie. Und viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte, die in der ersten
- 10 Legislaturperiode von Rot-Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden, zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der
- 15 Politik und hier insbesondere der SPD, Einzug der AfD in den Bundestag.

- Kein anderes Thema ist so sehr zum Symbolthema für den gesellschaftlichen Abstieg geworden wie Harz IV. Neben dem
- 20 Verlust an Glaubwürdigkeit für die SPD als Partei für soziale Gerechtigkeit hat die Regelung zum Arbeitslosengeld I (ALG I) und Arbeitslosengeld II (ALG II) eine Entsolidarisierung innerhalb unseres Sozialversicherungssystem gebracht: Die Abstiegstreppe wurde steiler, wer fiel, fiel schneller und kam
- 25 kaum wieder hoch.

**Konkret bedeutet für uns eine gerechte und solidarische Sozialpolitik:**

- 30 1. Korrektur von Hartz IV durch

- Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre,
- 35 d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder zwölf Monate gearbeitet werden muss um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben.

- Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in
- 40 Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter auf bis zu 36 Monate.

- Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes das oberhalb des Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegt.
- 45

Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.

Abschaffung der Sanktionen.

- 50 Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I.

- Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20 % des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel von
- 55

1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft selbstständige, prekär Beschäftigte aber auch Saisonarbeiter\*innen wie Erntehelfer.

2. Einführung einer ausnahmslosen Kindergrundsicherung. Die  
60 Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen  
Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit  
steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300  
Euro) abschmelzen. Das Kindergeld darf nicht auf das  
Arbeitslosengeld angerechnet werden.

65

**Begründung:**

1. Korrektur von Hartz IV

70 Die Hartz Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das  
Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des  
Arbeitnehmer\*innenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker  
motiviert werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte  
diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu  
75 einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven  
Abstiegsängsten.

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den Zusammenhang  
zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 und der  
80 verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein Armutszeugnis  
85 für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht  
geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch und unterliegt  
denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

Statt Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage von Erwachsenen abgeleiteter  
90 Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die  
auch die Einkommenssituation der Eltern berücksichtigt. Denn bisher gilt, dass  
das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinderfreibeträge für  
hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

*Antragsbereich AS/ Antrag 5*

*Kennnummer 14113*

*Ortsverein Heidelberg-Rohrbach  
(Kreisverband Heidelberg)*

*Empfänger:*

*Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Mitglieder der Bundesregierung*

## **Hartz IV abschaffen und den Weg in eine solidarische Gesellschaft ebnen.**

Die Agenda-2010-Politik und Hartz IV stehen für den größten Sündenfall in der deutschen Sozialdemokratie. Das diese Umwälzung begleitende Motto „Fordern und Fördern“ hat sich in eine unerwartete Richtung entwickelt: Von den abhängig Beschäftigten wurde gefordert, die Unternehmensprofite wurden gefördert. Die Schere zwischen arm und reich hat sich in der Folge immer weiter geöffnet und immer mehr Menschen in unserem Land fürchten sich vor dem sozialen Abstieg. Mit den Folgen, die uns allen Tag für Tag auf's Neue vor Augen geführt werden.

Unser Sozialstaat ist kein Sozialstaat mehr und weit von einem Wohlfahrtsstaat entfernt. Unser „Sozialstaat“ steht augenscheinlich nicht mehr für Solidarität und kollektive Absicherung, sondern wird als Wachstumshindernis gesehen, das zu teuer und zu ineffizient ist. Dieses neoliberale Prinzip des grenzenlosen Wachstums hat über Deregulierungen – auch hierzu hat die Sozialdemokratie ihren unrühmlichen Anteil beigetragen – zu einem Kapitalismusverständnis geführt, das die Umverteilung von unten nach oben begünstigt und breite Bevölkerungsschichten ins Abseits gestellt hat.

Die gesellschaftspolitische Folgen sind: Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz-IV-Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und hier insbesondere der SPD, bis hin zum Einzug einer nationalistischen und rechtspopulistischen Partei in diverse Landtage und zuletzt in den Deutschen Bundestag.

Die rot-grüne Koalition mit dem „Genossen der Bosse“ an der Spitze hat auf dem Rücken der eigenen Klientele ein Kapitalismusverständnis entfesselt, das jedem Solidaritätsprinzip Hohn sprach. Die SPD wurde zur Ausverkäuferin des Sozialstaates und hat über die Jahre und viele Kommunal-, Kreis-, Landtags- und Bundestagswahlen hinweg massiv an Glaubwürdigkeit und in der Folge Wählerinnen und Wähler verloren.

Und selbst in der jetzigen Situation, gefangen in einer großen Koalition und ausgestattet mit einem losgelösten Führungspersonal ohne Gespür für Stimmungen und Erfordernisse, scheint die SPD als Partei nicht in der Lage, Konzepte für die großen Herausforderungen der Zukunft zu präsentieren.

## **Hartz IV abschaffen und den Weg in eine solidarische Gesellschaft ebnen.**

Erledigt durch Annahme von AS 1 und AS 2

Um diesem Dilemma zu entkommen, ist ein erster Schritt, dass

50 Ø die SPD zu ihren Fehlern stehen muss und wesentliche Korrekturen vornehmen wird.

Ø die SPD, dafür sorgen wird, dass der Staat ALLE seine Bürger\*innen schützt.

55

Ø soziale Sicherheit nicht Kampf gegeneinander, sondern solidarisches Miteinander bedeutet.

60 Ø in den Bereichen der sozialen Sicherheit wie Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung u.a. Profitinteressen nichts zu suchen haben.

Ø eine Sozialpolitik betrieben wird, die auf die gerechte Verteilung des GEMEINSCHAFTLICH Erwirtschafteten setzt.

65

**Konkret bedeutet für uns eine gerechte und solidarische Politik:**

70 1. Hartz IV muss in wesentlichen Punkten korrigiert werden.

Die Regelsätze müssen neu berechnet und erhöht werden. Insbesondere die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss gestärkt werden – für Kinder und Erwachsene.

75 Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss – in Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter – auf bis zu 36 Monate erhöht werden.

80 Die Hürden für den Bezug von Arbeitslosengeld müssen abgebaut werden, indem der Zugang zur Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre, erhöht wird. D.h. innerhalb von drei Jahren reicht es, zwölf Monate gearbeitet zu haben, um den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben.

85

Das Mindestarbeitslosengeld muss oberhalb des Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegen.

90 Abschaffung der Sanktionen: Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt: „Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch einen gesetzlichen Anspruch gesichert sein. Dies verlangt bereits unmittelbar der Schutzgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG.“ Danach müsste der Hartz-IV-Regelsatz das „menschenwürdige Existenzminimum“ darstellen. Auch wenn man das schon anzweifeln kann – 95 Stichwort Teilhabe am gesellschaftlichen Leben –, kann und

darf es nicht sein, dass diese „Menschenwürde“ über Sanktionen offenbar reduziert werden kann.

100

Die Zumutbarkeitsregelungen müssen bei ALG II an ALG I angepasst werden.

105 Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20 % des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft insbesondere Saisonarbeiter\*innen wie Erntehelfer und z.B. Menschen, wie Schauspieler oder Grafikdesigner, die von befristeten Engagements oder Einzelaufträgen leben.

110

115 2. Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne Vorbedingungen, damit endlich die die meiste Unterstützung bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300 Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag soll der maximalen Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen.

120

In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.

125 3. Auflegen eines Programms für langzeitarbeitslose Menschen sowie arbeitslose Jugendliche.

Das Programm soll bestehen aus

130 a. einer effizienten marktorientierten Aus- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung der Bereiche Soziales und Digitalisierung und unter Einbeziehung von Arbeitgebern und Gewerkschaften.

135 b. Einer verpflichtenden Übernahme von derart aus- und weitergebildeten langzeitarbeitslosen Menschen in Unternehmen in Höhe von 0,5% der regulär Beschäftigten. (Die Beschäftigung soll mit Hilfe staatlicher Lohnzuschüsse unterstützt werden.)

140

145 4. Finanziert werden müssen diese Maßnahmen unserer Auffassung nach durch die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer. Das stärkt nicht nur unser Sozialsystem, eine solche zielgerichtete Verwendung zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sorgt zudem für einen Ausgleich

zwischen arm und reich und für ein Mehr an Gerechtigkeit und Solidarität.

150

Forschungsprojekte sollen eruieren, ob die Einführung eines Grundeinkommens für nicht der Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehende langzeitarbeitslose Menschen sinnvoll ist und aus Steuermitteln finanziert werden kann.

155

**Begründung:**

Mehr denn je sind wir als SPD gefordert die Frage zu beantworten:“ Wie wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“. Insbesondere die

160

Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung der Lebensrisiken ist für die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

Längst gilt das Versprechen der Teilhabe am Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr. Vielmehr ist die Realität nach den

165

Jahrzehnten, in denen der Neoliberalismus Politik geprägt hat, dass das Wohlstandsversprechen nicht mehr gilt.

Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoreallöhne.

170

1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte Normalarbeitsverhältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich Einkommen und Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher Bedeutung, da es allen besser ging.

175

Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und Freidemokraten, akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne wurden als Garanten für Wirtschaftswachstum betrachtet. Diese Sichtweise existierte bis weit hinein in das 20. Jahrhundert.

180

Als die Unternehmen sich zunehmend auf internationalen Märkten tätig wurden und die Finanzmärkte, weil die Politik sie zunehmend deregulierte, immer mächtiger wurden, begann sich dies zu ändern. Der Sozialstaat wurde zunehmend als zu teuer und ineffizient kritisiert. Dieser Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie. Und die Agenda 2010 sollte die Abkehr von der sogenannten „Hängematten-Mentalität“ einleiten und Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Die Konsequenz war die Privatisierung staatlicher Aufgaben, das Propagieren eines schlanken Staates; die Arbeitgeber wurden aus ihrer sozialen Verantwortung mehr oder weniger entlassen.

190

1. Korrektur von Hartz IV

Die Hartz-Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des

195

Arbeitnehmer\*innenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker motiviert werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu

einer Entsolidarisierung und Stigmatisierung zwischen und von  
Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven Abstiegsängsten.

200

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den  
Zusammenhang zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010  
und der verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

205 Kommen Hartz-IV-Empfänger ihren Pflichten aus der  
Eingliederungsvereinbarung nicht nach – wird also beispielsweise das  
Bewerbungsschreiben vernachlässigt oder werden Termine im Jobcenter  
nicht wahrgenommen – drohen Sanktionen:

210 - Kürzung der Leistungen um 30 % bei der ersten Pflichtverletzung,

- Kürzung der Leistungen um 60 % bei der zweiten Pflichtverletzung,

- Kürzung der Leistungen um 100 % bei jeder weiteren wiederholten

215 Pflichtverletzung.

Bei Hartz-IV-Empfängern unter 25 Jahren ist diese Regelung noch weitaus  
brenzlicher, da bereits nach der ersten Pflichtverletzung vom Jobcenter nur  
noch die Kosten für die Unterkunft und Heizung gezahlt werden. Jede  
220 weitere Pflichtverletzung führt zu einer kompletten Streichung vom  
Arbeitslosengeld 2. Das bedeutet für beide Personengruppen: Begeht der  
Hartz-IV-Empfänger eine wiederholte Pflichtverletzung, kann diesem der  
gesamte Hartz-IV-Satz gestrichen werden.

225 Das verstößt unserer Ansicht nach gegen das Grundgesetz und die darin  
festgeschriebene unantastbare Menschenwürde. Auf diese „Menschenwürde“  
hin wurde der Hartz-IV-Satz berechnet.

Über die Sanktionierung kann das vom BVerfG geforderte

230 „menschenswürdige Existenzminimum“ offenbar reduziert werden. Zudem  
wird die Gesundheit von Hilfebedürftigen gefährdet.

### **Das darf nicht sein!**

235 2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein  
Armutzeugnis für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist  
offensichtlich nicht geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch  
240 und unterliegt denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

Statt Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage von Erwachsenen abgeleiteter  
Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung,  
die auch die Einkommenssituation der Eltern berücksichtigt. Denn bisher  
245 gilt, dass das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und  
Kinderfreibeträge für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

3. Auflegen eines Programms zur Wiedereingliederung von  
langzeitarbeitslosen Menschen in den regulären Arbeitsprozess sowie der  
250 Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung bleibt die Anzahl  
langzeitarbeitsloser Menschen in Deutschland seit Jahren konstant. Für die  
Betroffenen führt der langfristige Bezug von Sozialleistungen häufig zu  
255 ökonomischen und sozialen Teilhabedefiziten und Exklusionsrisiken.  
Selbiges gilt für Jugendliche, deren Start in Ausbildung oder Berufstätigkeit  
misslingt.

Es ist Aufgabe der SPD diesen Menschen einen Weg aus ihrem Dilemma zu  
260 weisen und sie dabei zu unterstützen. Das können nicht Minijob, prekäre  
Beschäftigung mit Aufstockungsnotwendigkeit oder Beschäftigung in  
Zeitarbeit sein, die das Gebot „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ad  
absurdum führen.

265 Zudem müssen Unternehmen, die unverhältnismäßig von den Agenda-2010-  
Gesetzen profitiert haben, angemessen auch an der Beseitigung der negativen  
Auswirkungen beteiligt werden. Explizit eingeschlossen werden muss hier  
der gesamte Finanzsektor, der in den zurückliegenden Jahren wesentlich über  
milliardenteure Rettungsschirme und Steuergelder abgesichert wurde. Hier  
270 muss beispielweise darüber diskutiert werden, eine Finanztransaktionssteuer  
zu erheben und diese (oder Teile von ihr) zielgerichtet zur Bekämpfung von  
Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen.

Die derzeitige Konjunkturlage bietet dafür beste Voraussetzungen.  
275

**Auch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind systemrelevant!**

4. Auflegen eines Programms zur Eruierung eines Grundeinkommens für  
bestimmte Gruppen von Langzeitarbeitslosen, die dem Arbeitsmarkt nicht  
280 mehr zuführbar sind.

Finnland erprobt derzeit bei 2 000 Menschen das bedingungslose  
Grundeinkommen. Die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen  
Überwachung durch die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne  
285 Abzug von Zuverdiensten auszuüben, ist nach Aussagen von  
Teilnehmer\*innen ein positiver Antrieb. Die Unabhängigkeit vom Jobcenter  
sei die größte mentale Veränderung.

Neben den geförderten Stellen zur Teilhabe auf dem sozialen Arbeitsmarkt,  
290 die sich an sogenannte „arbeitsmarktferne“ Personen richtet, brauchen wir  
die generelle Abkehr von einem auf Reglementierung aufbauenden  
Sozialsystem. Um hier belastbare Daten zu bekommen und mittelfristige  
Reformen des Sozialsystems einleiten zu können, brauchen wir ein  
Programm, das Praxiserfahrungen liefert.

295

5. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines solidarischen Grundeinkommens.

300

Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein Grundeinkommen muss ein solidarisches Konzept entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür solide Argumente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit klaren Fragen vergeben werden, wie:

305 Wie hoch werden die Ausgaben sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der Höhe des solidarischen Grundeinkommens? Wie hoch sind die „Einsparungen“ durch den Wegfall der bisherigen Sozialausgaben? Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gelöst werden?

310 Wie muss die Steuerprogressionskurve verlaufen, um die Ausgaben zu decken ohne z.B. Investitionen zu beschneiden? Wie müssen sich Höchstvermögende und Bezieher höchster Erbschaften beteiligen? – und viele Fragen mehr.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 6*

*Kennummer 14118*

*Ortsverein Meßstetten*

*(Kreisverband Zollernalb)*

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft – Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen.**

5 Unser Sozialstaat steht in unserem Land für Viele nicht mehr dafür, dass sie sich bei akutem Bedarf auf Solidarität und kollektive Absicherung verlassen können. Der Neoliberalismus und die seine Thesen mehr oder weniger vertretenden Parteien hatten den Sozialstaat als Wachstumshindernis deklariert und als zu teuer und zu ineffizient bezeichnet.

10 Private Vorsorge wurde immer stärker propagiert, sogar aus Gewerkschaftskreisen. Viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte, die dann in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden, zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV-Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, – und damit Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und insbesondere der SPD. Das führte mit zum Einzug der AfD in den Bundestag.

20 Mit der Agenda 2010 Politik hat die SPD auch in der Wahrnehmung ihrer Wähler\*innen ihren Markenkern soziale Gerechtigkeit beschädigt. Kein anderes Thema ist so sehr zum Symbol für den gesellschaftlichen Abstieg geworden wie Hartz IV. Neben dem Verlust an Glaubwürdigkeit für die SPD als

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft – Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen**

Erledigt durch Annahme von AS 1 und AS 2

25 Partei für soziale Gerechtigkeit haben die Regelungen zum  
Arbeitslosengeld I (ALG I) und Arbeitslosengeld II (ALG II)  
eine Entsolidarisierung innerhalb unseres  
Sozialversicherungssystem gebracht: Die Abstiegsstreppe wurde  
steiler, wer fiel, fiel schneller und kam kaum wieder hoch.

30 Um diesen Abschied vom Sozialstaat umzukehren, muss die  
SPD gerade im Bereich der Sozialpolitik wieder klare  
Grundsätze verkörpern und für sie eintreten:

35 Ø Der Staat muss seine Bürger\*innen schützen und sich um  
seine Bürger\*innen kümmern.

Ø Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander, sondern  
solidarisches Miteinander.

40 Ø Profitinteressen haben in den Bereichen der sozialen  
Sicherheit und Daseinsvorsorge wie Rente, Pflege, Gesundheit,  
Bildung nichts zu suchen.

45 Ø Diese Sozialpolitik setzt gerechte Verteilung des gemeinsam  
erarbeiteten Einkommens voraus.

### **Erste Schritte einer gerechten und solidarischen Sozialpolitik sind für uns:**

50 1. **Korrektur von Hartz IV** durch

Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug; der Zugang  
zur Arbeitslosenversicherung muss durch Verlängerung der  
Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre erleichtert werden,  
55 d.h. dass innerhalb von drei statt zuletzt zwei Jahren wieder  
zwölf Monate gearbeitet werden muss, um Anspruch auf  
Arbeitslosengeld zu haben;

60 Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in  
Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem  
Alter auf bis zu 36 Monate;

65 Orientierung der Höhe des Arbeitslosengeldes am bisherigen  
Einkommen und Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes,  
das oberhalb des Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende  
liegt;

70 Erhöhung und am Bedarf orientierte Neuberechnung der  
Regelsätze;

Abschaffung der Sanktionen;

Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I;  
75 Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und  
Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20  
% des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel  
von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft insbesondere  
80 Saisonarbeiter\*innen wie Erntehelfer und z. B. Menschen, die –  
wie Schauspieler oder Grafikdesigner – von Einzel-Aufträgen  
leben.

2. Einführung einer **Kindergrundsicherung** für alle Kinder  
85 ohne Vorbedingungen, damit endlich die die meiste  
Unterstützung bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe  
der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen  
Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit  
steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300  
90 Euro) abnehmen. Dieser Mindestbetrag soll der maximalen  
Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen.

In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die  
Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.  
95

3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000  
**langzeitarbeitslose Menschen** zur Gewährung eines  
**solidarischen Grundeinkommens**, das an keine Bedingungen  
geknüpft ist; damit soll erforscht werden, ob ein  
100 Grundeinkommen als motivierende Unterstützung die  
Bereitschaft insbesondere zur Annahme von Arbeit erhöht.

4. Vergabe von **Forschungsprojekten** zur generellen  
Einführung eines solidarischen Grundeinkommens und seiner  
105 Finanzierung aus Steuermitteln, die insbesondere auch den  
Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung  
berücksichtigen und die das Grundeinkommen nicht als  
neoliberales Konzept sehen, sondern als soziales, solidarisches  
Absicherungskonzept für die gesamte Bevölkerung.

110 **Begründung:**

Mehr denn je sind wir als SPD gefordert, die Frage zu beantworten: “Wie  
wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“. Die Absicherung der  
115 Lebensrisiken und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ist für  
die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

Nach den Jahrzehnten, in denen der Neoliberalismus die Politik geprägt hat,  
gilt das Wohlstandsversprechen nicht mehr, das Versprechen der Teilhabe am  
120 Wohlstand für alle und Aufstiegsmöglichkeiten für alle.

Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen  
Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoeallöhne.

- 1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte
- 125 Normalarbeitsverhältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich Einkommen und Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher Bedeutung, da es allen besser ging.
- Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und
- 130 Freidemokraten, akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne galten als Garanten für Wirtschaftswachstum. Diese Sichtweise existierte bis zum Ende der sozialliberalen Ära.
- Mit dem Übergang vom Realkapitalismus zum Finanzkapitalismus, als die
- 135 Unternehmen zunehmend auf internationalen Märkten tätig wurden und die Finanzmärkte immer mächtiger wurden, auch weil die Politik sie zunehmend deregulierte, begann sich dies zu ändern.
- Der Sozialstaat wurde zunehmend als zu teuer und als ineffizient kritisiert. Mit
- 140 der Privatisierung staatlicher Aufgaben – und der Umlenkung öffentlichen Geldes in private (Finanz-)Unternehmen – wurde der „schlanke Staat“ propagiert. Dieser Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie.
1. Korrektur von Hartz IV
- 145 Die Hartz-Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das Absenken sozialstaatlicher Leistungen, den Abbau des Arbeitnehmer\*innenschutzes und den Ausbau des Niedriglohnsektors. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker motiviert werden, sich anzustrengen und
- 150 vorzusorgen. Letztlich aber führte diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven Abstiegsängsten.
- Ob die Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 für die verhältnismäßig
- 155 gute wirtschaftliche Konjunktur bis 2014 ursächlich waren, ist nicht belastbar belegt. Die gestiegene Anzahl an Arbeitsplätzen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es viele prekäre – befristete und schlecht bezahlte – Arbeitsplätze sind.
- 160 2. Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung
- Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht – ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht geeignet, dem entgegenzuwirken. Er ist zu bürokratisch und unterliegt
- 165 denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.
- Anstelle Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage der für Erwachsene abgeleiteten Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die auch die Einkommenssituation der Eltern
- 170 berücksichtigt. Denn bisher gilt, dass das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinderfreibeträge für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose  
175 Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens.

Finland erprobt bei 2 000 Menschen das bedingungslose Grundeinkommen,  
die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen Überwachung durch  
die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne Abzug beim Einkommen  
180 aufnehmen zu können, ist nach Aussagen von Teilnehmer\*innen ein positiver  
Antrieb. Die Unabhängigkeit vom Jobcenter sei die größte mentale  
Veränderung.

Um belastbare Daten zu bekommen und mittelfristig Reformen des  
185 Sozialsystems einleiten zu können, brauchen wir ein Programm, das  
Praxiserfahrungen liefert.

4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines  
solidarischen Grundeinkommens.

190 Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein  
Grundeinkommen muss ein klares Konzept für ein solidarisches  
Grundeinkommen entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür  
solide Argumente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit  
195 klaren solidarischen Zielsetzung vergeben werden, wie beispielsweise:

Wie hoch werden die Ausgaben sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der  
Höhe des solidarischen Grundeinkommens, wie hoch die „Einsparungen“  
durch den Wegfall der bisherigen Sozialausgaben?

200 Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gelöst  
werden?

Wie muss die Steuerprogressionskurve verlaufen, um die Ausgaben zu decken,  
205 ohne z. B. Investitionen zu beschneiden?

Wie müssen sich Höchstvermögende und Bezieher höchster Erbschaften  
beteiligen? usw.

210

### *Antragsbereich AS/ Antrag 7*

*Kennnummer 14119*

*Kreisverband Freudenstadt*

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft - Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen.**

Unser Sozialstaat steht in unserem Land für Viele nicht mehr  
dafür, dass sie sich bei akutem Bedarf auf Solidarität und

## **Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft - Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen.**

Erledigt durch Annahme von AS 1  
und AS 2

- 5 kollektive Absicherung verlassen können. Seit der  
Neoliberalismus und die seine Thesen mehr oder weniger  
vertretenden Parteien den Sozialstaat als Wachstumshindernis  
deklariert hatten und als zu teuer und zu ineffizient bezeichnet  
wurde, wurde von unten nach oben umverteilt und breite  
Bevölkerungsschichten durch massive Einschnitte in unsere  
sozialen Sicherungssysteme abgedrängt.
- 10 Private Vorsorge wurde immer stärker propagiert, sogar aus  
Gewerkschaftskreisen. Viele Jahre der Kürzungen und  
Einschnitte, die dann in der ersten Legislaturperiode von Rot-  
Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden,  
15 zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und  
Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von  
„Hartz IV Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum,  
Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und hier  
insbesondere der SPD, Einzug der AfD in den Bundestag.
- 20 Mit der Agenda 2010 Politik wurde die SPD zum Ausverkäufer  
des Sozialstaates. Dabei ist kein anderes Thema so sehr zum  
Symbolthema für den gesellschaftlichen Abstieg geworden wie  
Hartz IV. Neben dem Verlust an Glaubwürdigkeit für die SPD  
25 als Partei für soziale Gerechtigkeit hat die Regelung zum  
Arbeitslosengeld I (ALG I) und Arbeitslosengeld II (ALG II)  
eine Entsolidarisierung innerhalb unseres  
Sozialversicherungssystem gebracht: Die Abstiegsstreppe wurde  
steiler, wer fiel, fiel schneller und kam kaum wieder hoch.
- 30 Um diesen Abschied vom Sozialstaat wieder umzukehren, muss  
die SPD gerade im Bereich der Sozialpolitik wieder klare  
Grundsätze verkörpern:
- 35 Ø Der Staat muss seine Bürger\*innen schützen und sich um  
seine Bürger\*innen kümmern.
- Ø Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander, sondern  
solidarisches Miteinander.
- 40 Ø Profitinteresse hat in den Bereichen der sozialen Sicherheit  
wie Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung nichts zu suchen.
- Ø Diese Sozialpolitik setzt gerechte Verteilungspolitik voraus.
- 45 **Konkret bedeutet für uns eine gerechte und solidarische  
Sozialpolitik auf dem Weg zu einem solidarischen  
Grundeinkommen in folgenden Stufen:**
- 50 1. Korrektur von Hartz IV durch

- Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch  
55 Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre, d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder zwölf Monate gearbeitet werden muss um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben.
- 60 Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter auf bis zu 36 Monate.
- Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes das oberhalb des  
65 Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegt.
- Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.
- Abschaffung der Sanktionen.  
70 Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I.
- Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20  
75 % des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft insbesondere Saisonarbeiter\*innen wie Erntehelfer und z.B. Menschen, die wie Schauspieler oder Grafikdesigner die von Aufträgen leben.
- 80 *Für ALG II- Empfängerinnen und Empfänger sollen ferner Rentenbeiträge abgeführt werden.*
2. Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne Vorbedingungen damit endlich die die meiste Unterstützung  
85 bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300 Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag, soll der maximalen  
90 Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen.
- In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.
- 95 3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens, das an keine Bedingungen geknüpft ist, um erforschen zu können, ob ein Grundeinkommen die Bereitschaft insbesondere zur Annahme von Arbeit erhöht.
- 100 4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines solidarischen Grundeinkommens und seiner Finanzierung

aus Steuermitteln, die insbesondere auch den Wandel durch die Digitalisierung der Arbeitswelt berücksichtigen und das  
105 Grundeinkommen nicht als neoliberales Konzept sieht, sondern als soziales, solidarisches Absicherungskonzept der gesamten Bevölkerung.

**Begründung:**

110

Mehr denn je sind wir als SPD gefordert die Frage zu beantworten:“ Wie wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“. Insbesondere die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung der Lebensrisiken ist für die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

115

Längst gilt das Versprechen der Teilhabe am Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr. Vielmehr ist die Realität nach den Jahrzehnten, in denen der Neoliberalismus Politik geprägt hat, dass das Wohlstandsversprechen nicht mehr gilt.

120

Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoreallöhne. 1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte Normalarbeitsverhältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich  
125 Einkommen und Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher Bedeutung, da es allen besser ging.

Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und Freidemokraten akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne wurden als  
130 Garanten für Wirtschaftswachstum betrachtet. Diese Sichtweise existierte bis weit hinein des 20. Jahrhunderts.

Als die Unternehmen sich zunehmend auf internationalen Märkten tätig wurden und die Finanzmärkte, weil die Politik sie zunehmend deregulierte,  
135 immer mächtiger wurden, begann sich dies zu ändern.

Dieser wurde zunehmend als zu teuer und ineffizient kritisiert. Dieser Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie. Und die Agenda 2010 sollte die Abkehr von der sogenannten „Hängematten-Mentalität“ einleiten und  
140 Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Die Konsequenz war die Privatisierung staatlicher Aufgaben und das Propagieren eines schlanken Staates.

1. Korrektur von Hartz IV

145

Die Hartz Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des Arbeitnehmer\*innenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker motiviert werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte  
150 diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu

einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven Abstiegsängsten.

155

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 und der verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

## 160 2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch und unterliegt denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

165

Statt Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage von Erwachsenen abgeleiteter Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die auch die Einkommenssituation der Eltern berücksichtigt. Denn bisher gilt, dass das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinderfreibeträge für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

170

*Kinder von ALG II- Empfängerinnen und Empfängern gelten als Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, weshalb sie selbst nur geringfügig eigene Einkünfte erzielen können (etwa 100 € im Monat), ohne erhebliche Abzüge erwarten zu müssen. Das Einkommen der Kinder von ALG II-Empfängerinnen und Empfängern muss zukünftig unabhängig von ihren Eltern bewertet werden.*

175

*Nach Beendigung oder Abbruch einer Lehre eines Jugendlichen ab dem 18. Lebensjahr soll die Bedarfsgemeinschaft mit den Eltern welche ALG II empfangen nicht mehr gegeben sein.*

180

## 3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens.

185

Finnland erprobt bei 2 000 Menschen das bedingungslose Grundeinkommen. Die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen Überwachung durch die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne Abzug ist nach Aussagen von Teilnehmer\*innen ein positiver Antrieb. Die Unabhängigkeit vom Jobcenter sei die größte mentale Veränderung.

190

Neben den 150 000 geförderten Stellen zur Teilhabe auf dem sozialen Arbeitsmarkt, die sich an sogenannte „arbeitsmarktferne“ Personen richtet, brauchen wir die generelle Abkehr von einem auf Reglementierung aufbauenden Sozialsystem. Um hier belastbare Daten zu bekommen und mittelfristige Reformen des Sozialsystems einleiten zu können, brauchen wir ein Programm, das Praxiserfahrungen liefert.

195

## 4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines solidarischen Grundeinkommens.

200

- Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein Grundeinkommen muss ein klares Konzept für ein solidarisches
- 205 Grundeinkommen entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür solide Argumente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit klaren solidarischen Fragen vergeben werden, wie: Wie hoch werden die Ausgaben sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der Höhe des solidarischen Grundeinkommens, wie hoch die „Einsparungen“ durch den Wegfall der
- 210 bisherigen Sozialausgaben. Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung gelöst werden. Wie muss der Steuerprogressionskurve verlaufen, um die Ausgaben zu decken ohne z.B. Investitionen zu beschneiden, wie müssen sich Höchstvermögende und Bezieher höchster Erbschaften beteiligen usw.

*Antragsbereich AS/ Antrag 8*

*Kennummer 14189*

*Ortsverein Tamm*

*(Kreisverband Ludwigsburg)*

**Für eine solidarischere Gesellschaft -  
Grundsicherung verbessern, Armut bekämpfen**

- Über viele Jahre stand die SPD für die Verteidigung und den Ausbau unseres Sozialstaats. In den 1980er und 1990er Jahren wurde der Sozialstaat von einer Allianz aus Industrie, Politik und Wissenschaft immer stärker in Frage gestellt. Private
- 5 Vorsorge wurde immer stärker propagiert, sogar aus Gewerkschaftskreisen. Viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte, die dann in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden, zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und
- 10 Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und hier insbesondere der SPD, Einzug der AfD in den Bundestag.
- 15 Mit der Agenda 2010 Politik versuchte die SPD die Trendwende weg von der Trägheit, die unter Helmut Kohl in Deutschland Einzug gehalten hatte, und weg von steigenden Defiziten der öffentlichen Haushalten und einer unbefriedigenden
- 20 Entwicklung bei den Beschäftigungszahlen. Allerdings war diese Politik mit Steuergeschenken für Unternehmen und teilweise drastischen Einschnitten bei Arbeitslosen, Kranken und Rentnern alles andere als sozial ausgewogen – und das unter Führung der SPD, die vorher stets für eine Bewahrung und den Ausbau des Sozialstaats stand! Dabei ist kein anderes Thema so
- 25 sehr zum Symbolthema für den gesellschaftlichen Abstieg geworden wie Harz IV. Neben dem Verlust an Glaubwürdigkeit

**Für eine solidarischere  
Gesellschaft -  
Grundsicherung verbessern,  
Armut bekämpfen**

Erledigt durch Annahme von AS 1 und AS 2

für die SPD als Partei für soziale Gerechtigkeit hat die Regelung zum Arbeitslosengeld I (ALG I) und Arbeitslosengeld II (ALG II) eine Entsolidarisierung innerhalb unseres Sozialversicherungssystem gebracht: Die Abstiegsstreppe wurde steiler, wer fiel, fiel schneller und kam kaum wieder hoch.

Um diesen Abschied vom Sozialstaat wieder umzukehren, muss die SPD gerade im Bereich der Sozialpolitik wieder klare Grundsätze verkörpern:

Ø Der Staat muss seine BürgerInnen schützen und sich um seine BürgerInnen kümmern. Dies gilt in gleichem Maße für die Innere wie auch die Soziale Sicherheit.

Ø Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander, sondern solidarisches Miteinander.

Ø Profitinteresse hat in den Bereichen der sozialen Sicherheit wie Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung nichts zu suchen.

Ø Eine fortschrittliche Sozialpolitik setzt eine gerechte Verteilungspolitik voraus.

**50 Konkret bedeutet für uns eine gerechte und solidarische Sozialpolitik:**

1. Korrektur von Hartz IV durch

55 Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre, d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder zwölf Monate gearbeitet werden muss um Anspruch auf  
60 Arbeitslosengeld zu haben.

Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter auf bis zu 36 Monate.

65 Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes, das oberhalb des Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegt.

Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.

70 Abschaffung der Sanktionen.

Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I.

75 Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20

80 % des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft insbesondere SaisonarbeiterInnen wie Erntehelfer und Menschen, die wie Schauspieler oder Grafikdesigner von Aufträgen leben.

85 2. Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne Vorbedingungen, damit endlich die die meiste Unterstützung bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300 Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag, soll der maximalen Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen.

90 In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.

95 3. Auflegen eines Programms für mindestens 150.000 langzeitarbeitslose Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens, das an keine Bedingungen geknüpft ist, um erforschen zu können, ob ein Grundeinkommen die Bereitschaft insbesondere zur Annahme von Arbeit erhöht.

100 4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines solidarischen Grundeinkommens und seiner Finanzierung aus Steuermitteln, die insbesondere auch den Wandel durch die Digitalisierung der Arbeitswelt berücksichtigen und das Grundeinkommen nicht als neoliberales Konzept sieht, sondern als soziales, solidarisches Absicherungskonzept der gesamten Bevölkerung.

**Begründung:**

110 Mehr denn je sind wir als SPD gefordert die Frage zu beantworten:“ Wie wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“. Insbesondere die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung der Lebensrisiken ist für die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

115 Längst gilt das Versprechen der Teilhabe am Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr. Vielmehr ist die Realität nach den Jahrzehnten, in denen der Neoliberalismus Politik geprägt hat, dass das Wohlstandsversprechen nicht mehr gilt.

120 Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoeallöhne. 1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte Normalarbeitsverhältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich Einkommen und Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher Bedeutung, da es allen besser ging.

Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und  
Freidemokraten akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne wurden als  
Garanten für Wirtschaftswachstum betrachtet. Diese Sichtweise existierte bis  
130 weit hinein des 20. Jahrhunderts.

Als die Unternehmen sich zunehmend auf internationalen Märkten tätig  
wurden und die Finanzmärkte, weil die Politik sie zunehmend deregulierte,  
immer mächtiger wurden, begann sich dies zu ändern.

135 Dieser wurde zunehmend als zu teuer und ineffizient kritisiert. Dieser  
Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie. Und die Agenda 2010 sollte die  
Abkehr von der sogenannten „Hängematten-Mentalität“ einleiten und  
Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu  
140 nehmen. Die Konsequenz war die Privatisierung staatlicher Aufgaben und das  
Propagieren eines schlanken Staates.

#### 1. Korrektur von Hartz IV

145 Die Hartz Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten das  
Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des  
ArbeitnehmerInnenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker  
motiviert werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte  
diese Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu  
150 einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven  
Abstiegsängsten.

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den Zusammenhang  
zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 und der  
155 verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

#### 2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein Armutszeugnis  
160 für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht  
geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch und unterliegt  
denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

Statt Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage von Erwachsenen abgeleiteter  
165 Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, die  
auch die Einkommenssituation der Eltern berücksichtigt. Denn bisher gilt, dass  
das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinderfreibeträge  
für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

170 3. Auflegen eines Programms für mindestens 150.000 langzeitarbeitslose  
Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens.

Finnland erprobt bei 2 000 Menschen das bedingungslose Grundeinkommen.  
Die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen Überwachung durch  
175 die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne Abzug ist nach Aussagen

von TeilnehmerInnen ein positiver Antrieb. Die Unabhängigkeit vom Jobcenter sei die größte mentale Veränderung.

- 180 Neben den 150.000 geförderten Stellen zur Teilhabe auf dem sozialen  
Arbeitsmarkt, die sich an sogenannte „arbeitsmarktferne“ Personen richtet,  
brauchen wir die generelle Abkehr von einem auf Reglementierung  
aufbauenden Sozialsystem. Um hier belastbare Daten zu bekommen und  
mittelfristige Reformen des Sozialsystems einleiten zu können, brauchen wir  
185 ein Programm, das Praxiserfahrungen liefert.

4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines  
solidarischen Grundeinkommens.

- 190 Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein  
Grundeinkommen muss ein klares Konzept für ein solidarisches  
Grundeinkommen entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür  
solide Argumente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit  
klaren solidarischen Fragen vergeben werden, wie: Wie hoch werden die  
195 Ausgaben sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der Höhe des solidarischen  
Grundeinkommens, wie hoch die „Einsparungen“ durch den Wegfall der  
bisherigen Sozialausgaben. Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und  
Pflegeversicherung gelöst werden. Wie muss die Progressionskurve verlaufen  
um die Ausgaben zu decken ohne z.B. Investitionen zu beschneiden, wie  
200 müssen sich Höchstvermögende und Bezieher höchster Erbschaften beteiligen  
usw.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 9*

*Kennnummer 14111  
Kreisverband Heidelberg*

*Empfänger:  
Bundesparteitag  
Landesvorstand*

### **Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen**

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges  
Existenzminimum. Dies wird aktuell nicht mehr durch Hartz IV  
gewährleistet. Eine grundlegende Reform ist deshalb notwendig.

- 5 Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ergibt  
sich laut Prüfung des Bundesverfassungsgerichts aus der  
Menschenwürde in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot. Seit  
der Agenda 2010 kann Arbeitssuchenden dieses  
Existenzminimum jedoch durch Sanktionen gekürzt werden.  
10 Diese umfassen drei Stufen, welche jeweils für drei Monate  
gelten. Die erste Stufe bewirkt eine Kürzung des  
Existenzminimums von 30 %, die zweite von 60 % und die dritte  
von 100 %. Bei einer Vollsanktionierung obliegt es dem  
Ermessen der Sachbearbeiter\*innen Lebensmittelgutscheine

### **Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen**

Erledigt durch Annahme von AS 1  
und AS 2

15 auszustellen. Abgesehen von der Tatsache, dass die Lebensmittelgutscheine an sich eine Zumutung sind, werden die Leistungsbezieher\*innen so dem\*der Sachbearbeiter\*in ausgeliefert. Durch das Druckmittel der Sanktionen soll das gewünschte Verhalten der Arbeitssuchenden erzwungen werden.

20 Das widerspricht eindeutig dem Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, welches ein Grundrecht für alle ist. Das sollte man sich nicht verdienen müssen. Deshalb halten wir die Kürzung des Existenzminimums durch die Sanktionierung für intolerabel.

25

Wir fordern, dass Menschen in einem der reichsten Länder der Welt ohne Existenzängste leben können. Wir fordern die Aufhebung einer Zweiklassengesellschaft, in welcher die Grundrechte nur für Steuerzahler\*innen gelten, für die

30 Leistungsbezieher\*innen hingegen außer Kraft gesetzt werden. Deshalb fordern wir die Umwandlung von Hartz IV, welches durch Sanktionen gekürzt werden kann, in eine Existenzgrundsicherung.

35 Höhere Regelsätze

Die Höhe der Regelsätze ist zentraler Bestandteil der Leistungen des Arbeitslosengeldes II.

40 Bedarf seit 01.01.2018

– Alleinstehende/ Alleinerziehende: 416 €

– Für volljährige Partner\*innen innerhalb einer

45 Bedarfsgemeinschaft: 374 €

– unter 25-Jährige im Haushalt der Eltern / Strafregelleistung für ohne Zustimmung ausgezogene U 25'er\*innen: 332 €

50 – Kinder 0 bis 6 Jahre: 240 €

– Kinder 6 bis 14 Jahre: 296 €

– Kinder 14 bis unter 18 Jahre: 316 €

55

Bei diesen Regelsätzen (zuzüglich Unterbringungskosten) wird deutlich: Sie decken die Bedarfe der Betroffenen in vielen Fällen und Regionen nicht und ermöglichen somit keine gesellschaftliche und soziale Teilhabe. Unverhältnismäßig hart sind die Regelungen für unter 25-Jährige, ein Zustand, den wir nicht hinnehmen wollen.

60

So werden hier Sanktionen im Ermessen der Sachbearbeiter\*innen bereits nach dem ersten „Regelverstoß“

65 angewendet, sowie das Ausziehen aus dem elterlichen Haushalt  
mit hohen Hürden besetzt. Dies widerspricht dem Recht auf  
Selbstbestimmung und Entfaltung als Volljährige ab 18 Jahren.  
Insbesondere auch im niedrigen Regelsatz für Kinder sehen wir  
einen dringenden Reformbedarf. Es ist nur im Sinne der  
70 Chancengleichheit den Regelsatz für Kinder dem für Erwachsene  
in einer Bedarfsgemeinschaft anzupassen und die Staffelung  
aufzuheben. Zudem fordern wir, dass das Kindergeld, welches  
die Bedarfsempfänger\*innen für ihre Kinder erhalten, nicht an  
den Regelsatz angerechnet werden darf.

75 Besonders häufig angewiesen auf Leistungen aus dem SGB-II-  
Bereich sind außerdem Menschen ohne Ausbildung,  
alleinerziehende Mütter und ältere Arbeitssuchende. Hier muss  
das Prinzip des Förderns stärker gelten als das des Forderns. Wir  
80 fordern, dass Hartz IV in eine Existenzgrundsicherung  
umgewandelt wird, welche leicht zugänglich sein muss, z.B.  
durch verpflichtende Weitergabe von Informationen der  
Arbeitgeber\*innen oder des Finanzamts an potentiell betroffene  
Menschen.

85 Deshalb fordern wir die Aufhebung der Altersstufen, die  
Anhebung des Regelsatzes auf Basis von realistischen  
Bedarfsberechnungen. Eine Orientierung an den üblichen  
Mustereinkaufskörben ist hier denkbar.

90 **Begründung:**

Es gibt 2,55 Millionen arbeitslose Menschen in Deutschland, mit den Personen  
in Weiterbildungsmaßnahmen und mit Sonderstatus sind es sogar 3,5 Millionen  
95 auf 765.000 offene Stellen. (Stand: August 2017, Quelle: arbeitsagentur.de)  
Außerdem sind über 20 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor angestellt.  
Wie kann es angesichts dieser für-sich-sprechenden Zahlen sein, dass  
Arbeitssuchenden die Schuld an der Arbeitslosigkeit gegeben wird. Dass sie  
durch Bild-Zeitungs-Ideologie stetig diffamiert werden? Dass die eigentlichen  
100 Opfer als Tätern dargestellt werden?

In der heutigen Gesellschaft wird eine als sinnvoll gesehene Tätigkeit als  
wichtigstes Wertziel empfunden. In dieser allgegenwärtigen Wertvorstellung  
erscheint es als logische Konsequenz, dass Menschen, die keiner Tätigkeit  
105 nachgehen, von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Besonders drastisch  
scheint diese Form der Ausgrenzung vor dem Hintergrund, dass die  
strukturellen Veränderungen der Wirtschaft durch den technologischen  
Fortschritt, sowie die Verlagerung der Arbeit in sogenannte Billiglohnländer,  
einen Stellenabbau zur Konsequenz haben.

110 Die Einführung von Hartz IV kann als „Paradigmenwechsel“ betrachtet  
werden: Es ist nicht mehr erstes Ziel, eine Grundsicherung zu gewährleisten,  
sondern die sog. „Kunden“ wieder in Arbeitsverhältnisse zu bringen.  
Angesichts der Gefährdung vieler Arbeitsplätze durch die Digitalisierung

115 erscheint diese Verlagerung des Schwerpunkts auf „Hauptsache Arbeit“ jedoch  
besonders paradox. Durch die Sanktionen werden Menschen, die in einer  
Notlage sind, existentiell bedroht. Sie machen sich erpressbar und sind den  
Jobcentern ausgeliefert. Dies führt auch zu Ängsten und Verunsicherungen bei  
Beschäftigten bis in die Mitte der Gesellschaft, welche immer mehr vom  
120 sozialen Abstieg bedroht ist in Deutschland und ganz Europa.

Deshalb fordern wir „Mut zur Veränderung“. Genauso wie Schröder es einst in  
seiner Rede zur Vorstellung der Agenda 2010 forderte.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 10*

*Kennnummer 14124*

*Kreisverband Freudenstadt*

*Empfänger:*

*Bundesparteitag*

### **Verlässliches Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose**

Die SPD möge bei den Diskussionen um das verbindliche  
Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose unbedingt folgenden  
Sachverhalt berücksichtigen und in ihrem Beschluss entsprechend  
fassen: Das Grundeinkommen darf nicht alleine nur die  
5 finanzielle Ausgestaltung beinhalten, sondern es muss ebenso  
Mittel für die notwendige Betreuung, vor allem von  
Langzeitarbeitslosen, gewährleisten.

#### **Begründung:**

10 Die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit sind meist ein hohes Maß an  
entstandener Verunsicherung, Ängste bis hin zum Rückzug aus der Gesellschaft.  
Meist benötigen sie über ihre eigenen Möglichkeiten hinaus Begleitung und  
Betreuung bei der Arbeitssuche und bei der Bewältigung des Alltags. Die  
15 Vermittlung neuer Arbeitsstellen und die reine Verwaltung durch die  
Arbeitsagenturen reichen aus Erfahrung bei Weitem nicht aus. Um die Folgen  
und die daraus entstehenden Verfestigungen der negativen Verhaltensmuster zu  
unterbrechen, ist es notwendig, bei den Betroffenen nicht nur die finanzielle  
Unterstützung zu verbessern bzw. zu gewährleisten, sondern im Besonderen  
20 bedarf es der fachlichen erwachsenpädagogischen Begleitung und Betreuung.  
Erfahrungsgemäß führen die Lebensbedingungen dieser Personengruppe nicht  
selten zu einer „Weitergabe“ an die nächste Generation. Die Kinder der  
Betroffenen sind deshalb ebenso im Auge zu behalten und bei Bedarf ebenfalls  
pädagogisch zu betreuen.

25

### **Verlässliches Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose**

Zur Beschlussfassung nicht geeignet

Diese Investitionen zahlen sich bei einer erfolgreichen Wiedereingliederung in die Arbeitswelt aus.

30

Deshalb fordern wir: eine Erhöhung des Grundeinkommens parallel der Einführung einer ausreichenden sozialen Betreuung, die mindestens 4 – 8 Stunden pro Woche je nach Bedarf beträgt.

## *Antragsbereich AS/ Antrag 11*

*Kennnummer 14106*

*AG 60 plus Baden-Württemberg*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Parteivorstand*

### **Abschaffung der Sanktionen nach § 31 SGB II**

Die SPD 60 plus fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, durch eine Steigerung der Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende einen spürbaren Personalaufbau in den Jobcentern zu ermöglichen. Erst durch bessere Betreuungsrelationen wird es möglich, die Qualifizierung von Arbeitsuchenden zu verbessern und eine motivierende Förderung von Langzeitarbeitslosen zu intensivieren und gleichzeitig die Qualität der Leistungsbescheide zu erhöhen.

5

10

Gleichzeitig sollen die Sanktionen im Bereich Hartz IV/ALG II mit einer Streichung von § 31 SGB II ersatzlos abgeschafft werden. Die derzeitige Praxis entspricht immer weniger dem Grundsatz des vorangestellten Förderns und anschließenden Forderns.

15

#### **Begründung:**

Wir begrüßen den von Andrea Nahles gemachten Vorschlag zur Abschaffung von Sanktionen bei Jugendlichen unter 25 Jahren. In der Praxis zeigt sich, dass die Bestrafung ihre disziplinarische Wirkung in diesem Alter verfehlt und zu einem Ausstieg aus gesellschaftlicher Teilhabe und zu Folgeproblemen führt. Die Jobcenter können keine Erziehungseinrichtung sein und auch keine Sozialpolizei.

20

25

Die Sanktionierung erzeugt in 953.000 Fällen in 2017 eine Arbeitsflut, die in Verbindung mit dem Stellenmangel im öffentlichen Dienst, das Ziel mehr Ressourcen in die Förderung zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu stecken, bei den zuständigen Jobcentern erschwert.

30

### **Abschaffung der Sanktionen nach § 31 SGB II**

Z. 1-9: Annahme

Z. 12-16: erledigt durch Annahme von AS 1

Die Zahl der begründeten Widersprüche zeigt deutlich, dass die Ermittlung der Leistungen im SGB II und der Umgang mit Sanktionen fehleranfällig und personalintensiv sind. Mit einer Anpassung der Regelungen im Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz sollten die Regelsätze grundsätzlich höher ausfallen und im Gegenzug Sonder- und Mehrbedarfe gestrichen werden. Dass nur die unteren 15 % der Einpersonen- und die unteren 20 % der Mehrpersonenhaushalte, die noch keine Grundsicherung beziehen, in die Auswertung eingehen, ist angesichts einer „verdeckten Armut“ und einer Angst vor Stigmatisierung als „Hartz IV-Empfänger“ abzulehnen und hat nichts mehr mit dem grundgesetzlich zustehenden soziokulturellen Existenzminimum zu tun. Diese Regelungen im SGB II sind in ihrer Auswirkung schädlich, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für die Demokratie selbst. Vor dem Hintergrund von ursächlich meist Meldeversäumnissen sind die Sanktionen oft Schikane.

Es ist an der Zeit, endlich nach dem Verlust von 10 Millionen Wählerstimmen die Auswüchse der Neoliberalisierung zurückzuschneiden.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 12*

*Kennnummer 14109  
Ortsverein Eppelheim  
(Kreisverband Rhein-Neckar)*

*Empfänger:  
Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Mitglieder der Bundesregierung*

### **Befreiung Zuverdienstgrenze auch für der Kinder unter Hartz-IV**

Wir fordern das SGB II dahingehend zu ändern, dass auch Kinder und Jugendliche bis 7664 Euro pro Jahr verdienen dürfen, ohne jegliche Konsequenzen und Abzüge.

#### **5 Begründung:**

Was passiert, wenn Jugendliche neben der Schule Geld verdienen? Nichts. In Deutschland dürfen Kinder bis zu 7664 Euro im Jahr verdienen, ohne dass die Eltern der Kinderfreibetrag gestrichen bzw. gekürzt wird.

10

Aber was passiert, wenn Jugendliche neben der Schule Geld verdienen, ihre Eltern Hartz-IV Leistungen nach dem SGB II empfangen? Die Kinder müssen ein Teil ihres Lohns abgeben. Hartz-IV-Kinder dürfen nur 100 Euro im Monat behalten. Von jedem Euro, den sie mehr haben, werden 80 Cent abgezogen. Das betrifft nicht nur Schüler, die in den Ferien arbeiten, sondern auch Kinder und Jugendliche, die eine Ausbildung absolvieren.

15

### **Befreiung Zuverdienstgrenze auch für der Kinder unter Hartz-IV**

Erledigt durch Beschlusslage (LPT Balingen, 22.07.2017)

20 Gerade hier zeigt sich, dass es Kinder und Jugendliche die ihr soziales Milieu  
eigenverantwortlich ändern wollen, durch staatliche Eingriffe diese erschwert  
wird und sie damit insgesamt schlechtere Aufstiegschancen erhalten als Kinder  
und Jugendliche ohne Hartz-4 Eltern.

25 Das hart verdiente Geld der Kinder und Jugendlichen wird als Einkommen der  
Eltern gewertet. Eltern, die das Einkommen ihrer Kinder nicht angeben, machen  
sich strafbar. Der Sinn dahinter, wenn das Einkommen steigt, dann sinkt die  
staatliche Unterstützung.

30 Wir als SPD kämpfen gegen die Armut, das bedeutet auch Menschen aus Hartz-  
IV rauszuholen und verhindern, dass Kinder von Hartz IV Empfänger eine  
„Hartz-4 Karriere“ anstreben.

35 Wir als SPD fordern und fördern die Eigenständigkeit des Individuums und  
fordern die schrittweise Aufhebung sozialer Milieus bis zu dem Tage an dem  
alle Menschen gleich sind.

Das können wir nur schaffen, wenn Hartz-IV Kinder ihr eigenes Geld auch  
komplett behalten dürfen.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 13*

*Kennnummer 14123*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

### **Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit – jetzt!**

Wir fordern, dass die Gleichbezahlung der Geschlechter in allen  
Unternehmen in Deutschland innerhalb von 2 Jahren ab  
Inkrafttreten dieser Regelung umgesetzt werden muss. Jedes  
Unternehmen, dass diese Regelung nicht zeitfristig umsetzt, muss  
5 empfindliche jährliche Geldstrafen zahlen. Die Geldstrafe soll  
sich dabei auf 1% der jährlichen Gesamtlohnkosten des  
Unternehmens belaufen. In diesem Zusammenhang fordern wir  
auch die Umsetzung einer völligen Transparenzregelung von  
Gehältern für alle Positionen innerhalb eines Unternehmens. Die  
10 Gleichbezahlung der Geschlechter hat bei gleicher  
Berufsqualifikation und -erfahrung sowie Arbeitszeit  
stattzufinden.

#### **Begründung:**

15 Die Disparität der Löhne zwischen den Geschlechtern ist ein großes Problem in  
Deutschland. Seit langer Zeit fordern wir die Angleichung der Löhne, um  
endlich eine Gleichbehandlung erreichen zu können. Die Disparität der  
Bezahlung zwischen Männern und Frauen – die sogenannte Gender Pay Gap –  
20 beträgt in Deutschland über 21%. Hierbei muss unterschieden werden zwischen

### **Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit – jetzt!**

Überweisung an Bundestagsfraktion

unbereinigter Gender Pay Gap (21%) und bereinigter Gender Pay Gap (6%). Dies ist ein Zustand, den wir als Sozialdemokraten, die für faire und gute Arbeitsbedingungen streiten, nicht hinnehmbar ist. Unterschiedliche Bezahlungen der Geschlechter sind nicht zeitgemäß. Die Arbeitsmoral in  
25 Unternehmen wird durch eine gerechte Bezahlung gefördert und führt zu einem angenehmen Arbeitsklima.

Die momentane Entwicklung in Europa macht klar, dass dieses Thema immer stärker in den öffentlichen Fokus rückt. So wurden bereits in Island und  
30 Frankreich entsprechende Regelungen getroffen. In Island muss ein Unternehmen ab 25 Mitarbeitenden den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zahlen. Bei Einhaltung der Regelung erhalten die Unternehmen ein entsprechendes Zertifikat, bei Nichteinhaltung zieht dies empfindliche Geldstrafen mit sich. In Frankreich wird momentan ebenfalls eine  
35 entsprechende Regelung umgesetzt. Diese gibt den Unternehmen 3 Jahre Zeit, die völlige Gehaltsangleichung zu realisieren. Die Angleichung der Gehälter wird durch eine spezielle Software überprüft, die die Angleichung durch die Lohnabrechnungen nachvollziehen kann. Außerdem werden die Unternehmen dazu aufgefordert, die Verdienste auf die Webseite zu stellen.

40 Das Entgelttransparenzgesetz in Deutschland ist ein erster guter Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen aber aufhören mit kleinen Kompromissen, die uns nicht wesentlich voranbringen. Wir wollen eine große Reform, die endlich die Gerechtigkeit bringt, die den Menschen in diesem Land zusteht.

#### *Antragsbereich AS/ Antrag 14*

*Kennummer 14115  
Ortsverein Leutenbach  
(Kreisverband Rems-Murr)*

### **Klare Impulse: Für Beschäftigung, von der man gut leben kann**

In Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg befindet sich ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis.

5 Aus diesem Grund, aber insbesondere aufgrund unserer Parteigeschichte sehen wir die SPD als eine Partei, die sich dezidiert für die Interessen und Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen muss.

10 Unser Grundsatz ist: Jede/-r Beschäftigte muss von seinem Entgelt, welches er für die von ihm geleistete Arbeit erhält, gut, aber wenigstens auskömmlich leben können.; Die Arbeitsverhältnisse müssen tariflich abgesichert, unbefristet und

### **Klare Impulse: Für Beschäftigung, von der man gut leben kann**

Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion

15 zukunftsfest gestaltet sein, um Beschäftigten eine individuelle Lebensplanung und -gestaltung zu ermöglichen.

Wir fordern den dringend notwendigen Ausbau des öffentlichen Beschäftigungsbereiches im Bundesland Baden-Württemberg,  
20 wobei dort, wo das Land als Arbeitgeber auftritt, befristete Arbeitsverträge und Lohndumping ausgeschlossen sein müssen.

Aufgrund dessen fordern wir:

25 Die Tariftreue muss bei Aufträgen, welche durch die öffentliche Hand vergeben werden, eingehalten werden. Dasselbe gilt auch für Arbeitsplätze, welche outgesourced werden.

In den Bereichen Bildung und Erziehung, Polizei sowie in der  
30 Finanzverwaltung müssen dringend zusätzliche Stellen geschaffen werden. Im Kampf um die besten Köpfe stehen wir für gute Bezahlung im öffentlichen Dienst.

Keine Kettenbefristung von Lehrkräften, deren Verträge vor den  
35 Sommerferien auslaufen und erst danach im besten Fall verlängert werden.

Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse an den  
Hochschulen Baden-Württembergs.  
40

Bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in  
Gesundheits- und Pflegeberufen

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche  
45 bei vollem Lohnausgleich für Pflegepersonal in öffentlichen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nur schwer in  
Arbeitsverhältnisse in der freien Wirtschaft vermittelt werden  
50 können, fordern wir:

Die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes zu Tariflöhnen

Die Arbeitslosenstatistik vermittelt oft einen falschen Eindruck  
55 über die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen. Daher wollen wir eine Überarbeitung der Arbeitslosenstatistik, in der

Leiharbeit

60 Werkverträge

geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (450-Euro-Jobs,  
Unterbeschäftigung)

65 sowie sämtliche Maßnahmen zur beruflichen  
Wiedereingliederung klar kenntlich gemacht sind.

*Antragsbereich AS/ Antrag 15*

*Kennummer 14114*

*AfA Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
SPD-Landtagsfraktion*

**Tariftreue und Mindestlohn ab 1 Euro  
Auftragswert!**

Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion zur Verbesserung  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes in Baden-Württemberg

5 Durch großen Einsatz des damaligen SPD Finanz- und  
Wirtschaftsministers Dr. Nils Schmid und der SPD konnte das  
Tariftreue- und Mindestlohngesetz in Baden-Württemberg  
durchgesetzt werden. Dieses Gesetz hat sich sehr bewährt. Es hat  
zu einer nachweisbaren Kaufkraftsteigerung bei den Betroffenen  
geführt. Ferner wird dadurch eine Wertschätzung von Arbeit  
10 gezeigt. Einige Punkte konnten damals nicht durchgesetzt  
werden. Jetzt ist es an der Zeit für eine Initiative zu einer  
Gesetzesnovelle.

15 Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im baden-  
württembergischen Landtag auf, eine Gesetzesinitiative  
einbringen, die folgende Punkte beinhaltet:

1. Die Mindesthöhe von 20.000 Euro Auftragswert sowie 10.000  
Euro bei Nachunternehmen wird gestrichen. Es ist sind Löhne  
20 mindestens nach dem Tariftreue und Mindestlohngesetz ab dem  
1. Euro Auftragswert zu zahlen und nachzuweisen.

2. Ferner sollte geprüft werden, ob die Verpflichtung zur  
Ausbildung nicht in die Vergabebedingungen aufgenommen  
werden kann.

**Tariftreue und Mindestlohn  
ab 1 Euro Auftragswert!**

Annahme

*Antragsbereich AS/ Antrag 16*

*Kennnummer 14105*

*AG 60 plus Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand*

## **Mütterrente**

Die Mütterrente muss für alle Mütter, die vor 1992 ein bzw. zwei Kind(er) geboren haben, auf 3 Rentenpunkte pro Kind angehoben werden. Diese Ausgaben werden über die Steuer finanziert.

### 5 **Begründung:**

Die Mütterrente 2 ist im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und der SPD verankert. Er besagt, dass nur für Mütter und Väter, die vor 1992 drei oder mehr Kinder erzogen haben, ein weiteres Jahr an Kindererziehungszeiten anerkannt  
10 wird.

Aus Gründen des im Grundgesetz verankerten Gleichbehandlungsgrundsatzes müssen alle Mütter und Väter den Rentenpunkt für die Kinder erhalten, die vor 1992 geboren wurden und zwar ohne Einschränkung auf die Zahl der Kinder.  
15

Der Gleichheitsgrundsatz besagt nach § 56 SGB VI auch, dass alle Eltern für geborene Kinder die 3 Jahre zuerkannt bekommen müssen. Es wird Zeit, dass alle Eltern in diesem Punkt gleichbehandelt werden.

*Antragsbereich AS/ Antrag 17*

*Kennnummer 14120  
Kreisverband Rhein-Neckar*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion*

## **Grundsicherung im Alter / Wohnung**

Nicht nur Wohneigentümer, wie im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankert, sondern auch langjährige Mieter sollen grundsätzlich in ihren Wohnungen bleiben dürfen, wenn sie im Alter auf Leistungen aus der

5 Grundsicherung angewiesen sind.

### **Begründung:**

Lt. SGB XII § 35 – stehen einer Einzelperson nur 45 qm, zwei Personen 60 qm  
10 Wohnfläche

## **Mütterrente**

Annahme

## **Grundsicherung im Alter / Wohnung**

Annahme

zu, Bezieher von Grundsicherung im Alter müssen also, wenn nicht  
schwerwiegende gesundheitliche Gründe entgegenstehen, ihre Miet-Wohnung  
15 aufgeben und sich u.U. sogar in einer Nachbargemeinde oder einem anderen  
Stadtquartier eine kleinere Wohnung suchen. Das stellt eine unzumutbare Härte  
dar, weil alte Mensch sich nicht nur von der vertrauten Wohnung und damit  
ihren Erinnerungen sondern auch von ihrem sozialen Umfeld trennen müssen,  
was zu Entwurzelung und Vereinsamung führt.

### *Antragsbereich AS/ Antrag 18*

*Kennnummer 14121  
Kreisverband Rhein-Neckar*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion*

#### **Grundsicherung im Alter / Zuverdienst**

Bei der Grundsicherung im Alter werden Zuverdienste bis 300  
Euro als Grundfreibetrag nicht auf die Grundsicherung  
angerechnet.

5 **Begründung:**

Derzeit werden ca. 70 % der Zuverdienste von der Grundsicherung im Alter  
abgezogen. Wer die Möglichkeit eines bescheidenen Zuverdienstes hat, sollte  
dafür nicht durch Abzüge bestraft werden!

### *Antragsbereich AS/ Antrag 19*

*Kennnummer 14122  
Kreisverband Rhein-Neckar*

*Empfänger:  
SPD-Landtagsfraktion*

#### **Schiedsstellen für Streitigkeiten von Sozialhilfeempfängern mit den Sozialämtern**

Wir fordern die Einrichtung von Schiedsstellen (vergleichbar mit  
Ombudspersonen oder Bürgerbeauftragten) für Streitigkeiten von  
Sozialhilfeempfängern mit den Sozialämtern, damit nicht der  
Klageweg als einzige Möglichkeit der Korrektur bleibt.

5

**Begründung:**

#### **Grundsicherung im Alter / Zuverdienst**

Annahme

#### **Schiedsstellen für Streitigkeiten von Sozialhilfeempfängern mit den Sozialämtern**

Annahme

- Sozialhilfeempfänger könnten durch das Anrufen der Schiedsstellen  
10 unabhängiger von den Entscheidungen ihrer Sachbearbeiter werden und  
möglicherweise den Klageweg vermeiden.

*ANHANG: Erläuterung „Bürgerbeauftragte“ (Quelle: Wikipedia)*

- 15 *In Deutschland gibt es Bürgerbeauftragte, die neben den Petitionsausschüssen  
die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber der Verwaltung  
unterstützen, in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz,  
Schleswig-Holstein, Thüringen und seit 2016 auch in Baden-Württemberg. Für  
Mecklenburg-Vorpommern ist z. B. folgendes geregelt: „Zur Wahrung der  
20 Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern der  
öffentlichen Verwaltung im Lande sowie zur Beratung und Unterstützung in  
sozialen Angelegenheiten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren  
den Bürgerbeauftragten; einmalige Wiederwahl ist zulässig. Er kann ihn mit  
einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages vorzeitig  
25 abberufen. Auf eigenen Antrag ist er von seinem Amt zu entbinden. Der  
Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem  
Gesetz unterworfen. Er wird auf Antrag von Bürgern, auf Anforderung des  
Landtages, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder von Amts  
wegen tätig.“ (AUS ARTIKEL 36 DER LANDESVERFASSUNG  
MECKLENBURG-VORPOMMERN)*

# Gesundheit und Pflege

Antragsbereich G/Antrag 1

Kennnummer 14107

ASG Baden-Württemberg

Empfänger:  
Bundesparteitag

## **Pflegevollversicherung und Bürgerpflegeversicherung**

1. Die soziale wie private Pflegeversicherung werden stufenweise zur Pflegevollversicherung entwickelt. Erster Schritt ist die Entwicklung eines Sachleistungskatalogs für Pflege und Betreuung. Die Zuzahlungen der Pflegebedürftigen werden
- 5 begrenzt. Dabei wird die persönliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Die Pflegevollversicherung ist Grundlage, um die dringend notwendige bessere Vergütung der Beschäftigten, die erforderliche Personalausstattung sowie weitere
- 10 Qualitätsverbesserungen ohne Mehrkosten für Pflegebedürftige und Kommunen zu realisieren.
2. Es wird die Pflegebürgerversicherung eingeführt. Alle Pflegeversicherten entrichten entsprechend ihrem Einkommen
- 15 solidarisch prozentual Beiträge und erhalten den gleichen Leistungsanspruch.

### **Begründung:**

- zu 1.
- 20 Die Pflegevollversicherung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Damit wollen wir Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vor den negativen Folgen des Risikos Pflege schützen und zwar vor allem in Bezug auf das finanzielle Risiko, das eine Teilleistungsversicherung, wie sie bislang besteht, mit sich
- 25 bringt. Pflegebedürftige, aber auch die Kommunen (Hilfe zur Pflege) sollen bei Qualitätsverbesserungen in der Pflege nicht zur Kasse gebeten werden, die entsprechenden Kosten sollen von der Solidargemeinschaft getragen werden. Pflegebedürftige arbeiten über Jahrzehnte, erziehen Kinder – die künftigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler – und finanzieren so den Sozialstaat.
- 30 Werden sie pflegebedürftig, geraten sie schnell in die Situation, ihr gesamtes Ersparnis - sofern vorhanden - aufbrauchen zu müssen und auf das Sozialamt angewiesen zu sein. Das ist unwürdig und im Hinblick auf die Lebensleistung dieser Menschen respektlos.

35

## **Pflegevollversicherung und Bürgerpflegeversicherung Annahme**

Wir wollen deswegen die Pflegevollversicherung. Finanziert werden kann sie durch Einsparungen bei der Hilfe zur Pflege und eine moderate Beitragssatzerhöhung. Da dies nicht von jetzt auf gleich möglich ist, wollen wir die Pflegeversicherung schrittweise hin zu einer Vollversicherung entwickeln.

40 Grundlage ist ein Sachleistungskatalog für Pflege und Betreuung, in dem die von der Versicherung übernommenen Leistungen festgelegt sind. Ein solcher Katalog mit bedarfsgerechten und qualitätsgesicherten Leistungen hat sich bereits in der Krankenversicherung bewährt. Er kann je nach Bedarf weiterentwickelt werden. Steigende Kosten würden von der Versicherung

45 gezahlt.

zu 2.

Wie die Bürgerversicherung in der Krankenversicherung wird auch die

50 Bürgerversicherung in der Pflege nachhaltig die Versorgung verbessern, die Solidarität stärken und zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit führen. Gerade die Pflegeversicherung eignet sich für eine zügige Einführung einer Bürgerversicherung. Private und soziale Pflegeversicherung haben schon heute einen identischen Leistungskatalog.

55 Dennoch gibt es nur einen Finanzausgleich, der die unterschiedlichen Kosten zwischen den sozialen Pflegekassen berücksichtigt. Die Haushalte mit pflegebedürftigen Personen liegen aber mit mehr als 70 Prozent in der unteren Einkommenshälfte. Sie haben damit den größten Teil der Leistungsausgaben zu schultern.

## *Antragsbereich G/ Antrag 2*

*Kennnummer 14108*

*ASG Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landtagsfraktion*

### **Umsetzung des einheitlichen Pflegeentlastungsgesetzes**

Die SPD Baden-Württemberg begrüßt die Regelung eines einheitlichen Pflege-Entlastungsbudgets aus dem Koalitionsvertrag der GroKo. Sie fordert jedoch, das Tagespflege-Budget nicht in dieses Entlastungsbudget

5 einzubinden, um dafür zu sorgen, dass genügend Mittel für den weiteren Ausbau der Tagespflege zur Verfügung stehen. Das Entlastungsbudget soll die Inanspruchnahme von Entlastungsleistungen für die Pflegebedürftigen und ihre Pflegepersonen erleichtern. Dazu ist es sinnvoll, anstelle des

10 Tagespflegebudgets den monatlichen Entlastungsbetrag von 125 € einzubinden. Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion auf, das alternative Entlastungsbudget durch die Bündelung von

### **Umsetzung des einheitlichen Pflegeentlastungsgesetzes**

Annahme

bisherigem Kurzzeitpflegebudget (1.612 €) +  
Verhinderungspflegebudget (1.612 €) + Entlastungsbetrag (1.500  
15 €) zum 01.01.2019 umzusetzen. Daraus ergibt sich ein  
Jahresbetrag in Höhe von 4.724 €, der insgesamt für  
Entlastungsleistungen in der Pflege zur Verfügung steht.

**Begründung:**

20

**Auszug aus dem Koalitionsvertrag, Abschnitt Pflege – Seite 97**

**Um Angehörige besser zu unterstützen, gehören insbesondere Angebote in  
der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie in der Tages- und  
25 Nachtpflege, die besonders pflegende Angehörige entlasten, zu einer guten  
pflegerischen Infrastruktur. Wir wollen die o. g. Leistungen, die besonders  
pflegende Angehörige entlasten, zu einem jährlichen Entlastungsbudget  
zusammenfassen, das flexibel in Anspruch genommen werden kann.**

**Mit einem Entlastungsbudget können wir erheblich zur  
30 Entbürokratisierung in der ambulanten Pflege beitragen, die häusliche  
Versorgung stärken und pflegende Angehörige entlasten.**

Ein einheitliches Entlastungsbudget ist aus Sicht der SPD Baden-Württemberg  
35 sehr zu begrüßen. Aus der Rückmeldung der Betroffenen und der  
Pflegeberatung ist erkennbar, dass das Nebeneinander von vier verschiedenen  
Entlastungstöpfen (Zusätzlicher Entlastungsbetrag + Verhinderungspflege +  
Kurzzeitpflege + Tagespflege) mit verschiedenen Voraussetzungen für den, der  
die Leistung erbringt, regelmäßig dazu führt, dass die bestehenden  
40 Möglichkeiten nicht oder nicht ausreichend genutzt werden.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausgestaltung des Entlastungsbudgets ist  
jedoch zu überdenken.

45 Bisher sieht der Koalitionsvertrag folgende Bündelung vor:

**Tages(Nacht-)pflegebudget + Kurzzeitpflegebudget +  
Verhinderungspflegebudget**

50 Um den weiteren Ausbau der Tagespflege nicht zu gefährden, ist es wichtig,  
hierfür weiterhin ein besonderes Budget vorzuhalten. Gerade die Tagespflege ist  
am besten dafür geeignet, dass Pflegebedürftige möglichst lange in ihrer  
Häuslichkeit verbleiben können. Gleichzeitig werden dadurch ihre  
Pflegepersonen wesentlich entlastet.

55

Wir schlagen deshalb vor, das einheitliche jährliche Entlastungsbudget wie folgt  
auszugestalten:

**Kurzzeitpflegebudget + Verhinderungspflegebudget + Entlastungsbetrag =  
4.724 € jährlich**

*Antragsbereich G/ Antrag 3*

Kennnummer 14138

ASG Baden-Württemberg

Empfänger:  
Landesvorstand  
SPD-Landtagsfraktion

## **Pflege in Baden-Württemberg**

Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf,

Pflegebedürftige von Investitions- und Ausbildungskosten zu entlasten,

5

den Landkreisen und kreisfreien Städten mehr Rechte bei der Planung von Pflegeeinrichtungen einzuräumen und

mit einem Runden Tisch „Gute Arbeit in der Pflege“ auf die

10 Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einem höheren Anteil von Vollzeitarbeitsplätzen und einem längeren Verbleib im Pflegeberuf hinzuwirken.

### **Begründung:**

15

Anders als bei einem Krankenhausaufenthalt müssen Pflegebedürftige Investitions- und Ausbildungskosten bei ambulanter, teil- und vollstationärer Pflege selbst bezahlen. Wo die Rente dazu nicht reicht, werden mehr als 40 Prozent der Pflegebedürftigen zu Empfängern von Sozialhilfe. Es ist daher  
20 dringend geboten, Pflegebedürftige von diesen nicht pflegebedingten Kosten zu entlasten.

Im Rahmen einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur ist es notwendig, landesweit eine kommunale Planung zu ermöglichen und durch zielgerichtete  
25 Investitionen zu unterstützen. Mit dieser Planung sollen insbesondere qualitativ hochwertige pflegerische Versorgungsmodelle unterstützt werden. Ziel ist es einem vorwiegend renditegetriebenen Pflegeheimbau entgegenzuwirken.

Die Verweildauer im Pflegeberuf ist entscheidend von guten Arbeits- und  
30 Einkommensbedingungen abhängig. Mit dem Runden Tisch Pflege soll dieses wichtigste Thema zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe in den Mittelpunkt der Debatte um die pflegerische Versorgung in der Zukunft gerückt werden. Gleichzeitig muss es darum gehen, die Barrieren für mehr  
Vollzeitarbeit in den Pflegeberufen zu beseitigen. Gerade die Altenpflege steht  
35 mit mehr als 70 Prozent Teilzeitarbeit an der Spitze aller Berufe.

Antragsbereich G/ **Antrag 4**

## **Pflege in Baden-Württemberg**

Annahme

Kennnummer 14137

ASG Baden-Württemberg

Empfänger:  
Landesvorstand  
SPD-Landtagsfraktion

## Freie Wahl des Pflegeheims

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich auf allen Ebenen im Land und in den Kommunen, in der Landtagsfraktion, den Kreistagen und Gemeinderäten für die freie Wahl des Pflegeheims durch die Pflegebedürftigen ein. Das Recht auf freie Heimwahl ist auch für Empfängerinnen von Sozialleistungen (Hilfe zur Pflege) zu gewährleisten.

### Begründung:

10 Mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes und insbesondere mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs wurden die Leistungen für Pflegebedürftige deutlich verbessert. Zudem wurde Pflegeeinrichtungen die Möglichkeit eingeräumt, bei Pflegesatzverhandlungen die Bezahlung von Gehältern bis zur Höhe tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie  
15 entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen geltend zu machen (§ 84 SGB XI).

Diese Verbesserungen für Pflegebedürftige und Beschäftigte haben jedoch unter der bestehenden Teilfinanzierung der Pflegeversicherung in einigen Fällen zu erheblicher Zuzahlung der pflegebedürftigen geführt. Für immer mehr Menschen reicht die Rente nicht mehr aus, die steigenden Zuzahlungen zu leisten. Rund 40 Prozent der Bewohner/-innen von Pflegeheimen sind derzeit auf Sozialleistungen (Hilfe zur Pflege) angewiesen. Diese steigenden Belastungen haben in einigen Kreistagen und Gemeinderäten zu Entscheidungen  
25 geführt, die die freie Wahl des Pflegeheims für diese Menschen einschränken. Heime mit hohen Pflegesätzen, darunter viele tarifgebundene oder Anwender kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen, bleiben diesen Pflegebedürftigen demnach versperrt.

30 Auf der Seite der Einrichtungen führt dies dazu, dass die Flucht aus Tarifverträgen anhält, bzw. möglichst niedrige Tarifabschlüsse weit unterhalb der Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes angestrebt werden. Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung bestehen zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Einrichtungen Lohnunterschiede von durchschnittlich  
35 23 Prozent. Auch unter dem Gesichtspunkt, Pflegeberufe attraktiver zu machen, setzen sich Sozialdemokrat/-innen für eine freie Heimwahl ein.

Das Recht auf freie Heimwahl wird zudem in einer Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 05.07.2018 betont. Demnach kann sich der Sozialhilfeträger auf den Mehrkostenvorbehalt im Bereich der Hilfe zur Pflege  
40 jedenfalls dann nicht berufen, wenn er an den Verhandlungen über die Pflegesätze nach dem SGB XI beteiligt war und den getroffenen

## Freie Wahl des Pflegeheims

Ablehnung

Vereinbarungen nicht widersprochen hat bzw. sein Einvernehmen erteilt hat. -  
Bundessozialgericht 05.07.2018 (B 8 SO 30/16 R).

### *Antragsbereich G/ Antrag 5*

*Kennnummer 14136*

*AG 60 plus Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand*

### **Flächendeckende Ärzteversorgung**

Die SPD fordert die flächendeckende Versorgung der Bundesbürger durch Ärzte bzw. Gemeinschaftspraxen/-häuser auch in ländlichen und/oder strukturschwachen Gebieten.

#### 5 **Begründung:**

Die Landarztpraxen werden in den nächsten Jahren bundesweit altersbedingt schließen, da die Ärzte keinen Nachwuchs finden. Hier muss die Politik gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung gegensteuern und die

- 10 Medizinstudenten schon im Vorfeld für diese Tätigkeit gewinnen, z.B. durch die Herabsetzung des Numerus clausus für Studenten, die sich von vornherein verpflichten, in diesen Praxen einzusteigen.

In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist auch eine bessere

- 15 Bezahlung herbeizuführen.

### *Antragsbereich G/ Antrag 6*

*Kennnummer 14140  
Kreisverband Tübingen*

### **Situation in der Geburtshilfe verbessern**

Unser Anspruch ist eine gute Begleitung der Schwangeren vor, während und nach der Geburt, denn der Geburtshilfe kommt eine elementare Bedeutung zu: als Grundlage für die Bindung zwischen Mutter und Kind und damit für deren künftige Beziehung, für die

- 5 Gesundheit der Mutter und für die Bereitschaft von jungen Eltern, von einer Ein-Kind-Familie zu einer Mehr-Kind-Familie zu werden. Um diese Ziele zu erreichen ist eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten freien oder in Krankenhäusern tätigen Hebammen ebenso zentral wie eine ärztliche Betreuung von  
10 Schwangerschaften und Geburten, die den individuellen

### **Flächendeckende Ärzteversorgung**

Zur Beschlussfassung nicht geeignet

### **Situation in der Geburtshilfe verbessern**

Annahme

Bedürfnissen der werdenden Mütter entspricht und nicht an Missständen in Krankenhäusern oder den Vorgaben von Kranken- und Haftpflichtversicherungen orientiert ist.

15 Dagegen stehen folgende Fakten:

1. Die Versorgung werdender Mütter in der klinischen und  
außerklinischen Geburtshilfe ist an vielen Orten in Deutschland  
unzureichend. 1991 gab es in Deutschland 1186 Geburtsstationen,  
20 Ende 2017 waren es nur noch knapp unter 700, was einem  
Rückgang um 40% bei einem gleichzeitigen Rückgang der  
Geburtenrate von nur 11% entspricht. Im Jahr 2014 wurden in  
München im Schnitt zwei Gebärende pro Tag unter Wehen von  
Kliniken abgewiesen und in der zweiten Jahreshälfte 2017 haben  
25 35% aller Geburtskliniken in Deutschland mindestens einmal eine  
Frau unter Wehen abgewiesen. Auch in Baden-Württemberg  
nimmt die Zahl der Abweisungen zu, so dass die freie Wahl des  
Geburtsortes faktisch nicht mehr gegeben ist. Für Schwangere ist  
es zudem immer schwieriger, eine Hebamme zur  
30 Geburtsvorbereitung oder zur Nachsorge zu finden. So hatten einer  
Umfrage zufolge 51% der befragten Frauen in Baden-Württemberg  
ein Problem, eine Hebamme zu finden.

Eine signifikante Verkürzung der Geburten ist statistisch  
35 beobachtbar: Mit Kürzung der Pauschale auf fünf Stunden  
Geburtsdauer sind Geburten zwischen 2006 und 2008 im Schnitt  
rund 28% schneller geworden.

2. Der Anteil operativer Eingriffe ist gestiegen. So waren im Jahr  
40 2016 31,21% aller Geburten Kaiserschnittgeburten (nämlich  
236.742), obwohl die WHO keinerlei Rechtfertigung für eine  
Quote von über 10 bis 15% sieht. Hinzu kommen 53.164 vaginal-  
operative Eingriffe (7% aller Geburten). Die Interventionsrate für  
alle Geburten liegt bei über 90%, (Einleitungen: 162.475/21,42%,  
45 117988 Geburten mit verschiedenen Formen der Anästhesie/25,2%  
der vaginalen Geburten). Interventionsfreie Geburten werden durch  
die Abrechnung über Fallpauschalen deutlich schlechter vergütet  
als solche mit Eingriffen.

50 3. Die Versicherer von Hebammen und Gynäkolog\*innen geben  
mit der Ausgestaltung ihrer Versicherungen faktisch die Art der  
Geburten vor, die durchgeführt werden. Versicherer verlangen zum  
Beispiel Mindestmengen oder Vorhaltung bestimmter  
Notfallversorgungssysteme, um gewisse Geburtsmodi zu  
55 versichern. Solche Strukturen sind für Frauen intransparent und  
problematisch, weil sie u.a. zu überlangen Wegen in die  
Geburtskliniken mit den damit verbundenen neuen Risiken für die  
Schwangere führen.

60

4. In Deutschland hängt eine Vielzahl der Regeln und Eingriffe am errechneten Geburtstermin (ET), obwohl die Dauer einer Schwangerschaft um fünf Wochen variieren kann. Mütter müssen sich ab dem dritten Tag nach dem errechneten Termin (ET+3) einer verpflichtenden Untersuchung durch einen Arzt oder eine Ärztin unterziehen, wenn es sich um eine Hausgeburt handelt.

5. Werdende Eltern werden häufig nicht ausreichend informiert, welche Geburtsarten in einer Klinik angeboten werden. Die Interventionsrate bei Geburten für die einzelnen Kliniken ist bislang nicht verpflichtend öffentlich zugänglich.

6. Immer wieder kommt es zu Gewalterfahrungen unter der Geburt. Dazu zählt verbale Gewalt genauso wie ungewünschte Eingriffe wie Muttermunduntersuchungen und -dehnungen ohne Absprache mit der Mutter (sog. *birth rape*). Mit dem Beitritt zur(m Übereinkommen der) Istanbulkonvention hat Deutschland sich verpflichtet, auch in Zukunft alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten.

#### 7. Zur Situation der Hebammen:

Die Arbeitsbedingungen der Hebammen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So sind die Haftpflichtprämien für Hebammen stark gestiegen, weil die Haftungskosten sehr hoch sind. Die bestehenden Risiken müssen dringend anders abgesichert werden, da die Geburtshilfe einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag erfüllt. Die Vergütung von Hebammen bei Vorsorge- und Nachsorgeuntersuchungen ist derzeit mit 38,- pro Besuch deutlich zu gering.

Es gibt kaum Hebammen, die ihre Tätigkeit in Teilzeit ausüben. Die aktuelle Staffelung der Versicherungsbeiträge verhindert zusammen mit dem derzeitigen Vergütungssystem faktisch, dass der Hebammenberuf überhaupt in Teilzeit ausgeübt werden kann. Die Zahl der Ausbildungsinteressent\*innen sinkt und die Verweildauer im Beruf liegt laut Sozialministerium Baden-Württemberg bei nur vier bis sieben Jahre.

Konkret wollen wir umsetzen:

- ein staatliches Absicherungssystem, das die Risiken steuerfinanziert abdeckt (Geburtshilfe als gesamtgesellschaftlicher Auftrag/Risiko)

- Bedarfsorientierte Vergütung der Schwangerenvor- und nachsorge sowie der Geburtshilfe (Entkoppelung der Geburtshilfe von den Fallpauschalen)

110

- Aufnahme der Geburtshilfe in die Grundversorgung (Basisversorgung), um wohnortnahe Geburtshilfe gemäß Koalitionsvertrag zu sichern
- 115 • Verbindliche Personalschlüssel nach „10-Punkte-Plan“ von Mother Hood e.V.
- Vergütung der Externatsanteile der Ausbildung, die bei Hebammen und in Geburtshäusern stattfinden
- 120
- Erfassung von mütterlichen und kindlichen Geburtsschäden in klinischer und außerklinischer Geburtshilfe
- 125
- Sicherstellung einer evidenzbasierten Geburtshilfe
  - Erfassung der Müttersterblichkeit gemäß WHO-Empfehlung
  - Meldestelle für Gewalterfahrungen unter der Geburt und Umsetzung der Istanbulkonvention in Bezug auf Geburtshilfe
- 130
- Beweislastumkehr zur Frage, ob eine Lebensgefährdung des Kindes vorlag
- (die Eingriffe rechtfertigen würde) wäre aus unserer Sicht zu
- 135 prüfen
- Anerkennung des Geburtszeitraumes anstelle des Entbindungstermins (Orientierung des Mutterschutzes an Mitte des Zeitraumes)
- 140
- mehr Transparenz über Geburtsarten und Interventionsraten

### **Quellen:**

- 145 IQTIG 2016
- Analyse zum Änderungsvorschlag „Kostenstelle Kreißsaal“ von Geburt e.V.
- 150 Lösungsansätze für eine sichere Geburtshilfe von Mother Hood e.V.
- Istanbul-Konvention
- 155 Koalitionsvertrag
- WHO-Empfehlung bezüglich Müttersterblichkeit  
<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/berichtzur->
- 160

*Antragsbereich G/ Antrag 7*

*Kennnummer 14139*

*Kreisverband Emmendingen*

*Empfänger:*

*Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Parteivorstand*

## **Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der § 10 des Krankenhausentgeltgesetzes dahingehend geändert wird, dass zukünftig bei der Bemessung des Landesbasisfallwertes ein überdurchschnittliches Niveau der Lohnkosten, in einer Region, 5 berücksichtigt und den Krankenhäusern entsprechend erstattet wird.

### **Begründung:**

10 Die medizinische Versorgung mit personell ausreichend ausgestatteten Krankenhäusern ist eines der wichtigsten Ziele in der Gesundheitspolitik. Viele Krankenhäuser haben jedoch Schwierigkeiten, die Personalkosten zu decken.

Ein Problem besteht darin, dass Krankenhäuser, aufgrund eines regional hohen 15 Lohnniveaus bessere Löhne bezahlen, diese jedoch nicht vollständig von den Krankenkassen erstattet bekommen. Eine Situation, welche sich beispielsweise an der schweizerischen Grenze ergibt.

In welcher Höhe Krankenkassen den Krankenhäusern Lohnkosten erstatten, 20 regelt der gemeinsam festgelegte Landesbasisfallwert. Wenn es zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen zu keiner Einigung kommt, entscheidet eine Schiedsstelle. Die Schiedsstelle kann jedoch nach heutiger Rechtslage bei der Bemessung des Landesbasisfallwertes nicht das regionale Lohnniveau in Schiedssprüchen erhöhend berücksichtigen. Deshalb ist eine entsprechende 25 Änderung der Regelung im Krankenhausentgeltgesetz dringend erforderlich.

In einem Gutachten aus dem Jahr 2018 fordert auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen einen Regionalisierungsfaktor, um regionale krankenhausspezifische Kosten 30 berücksichtigen zu können, welche von den Krankenkassen zu erstatten sind.

*Antragsbereich G/ Antrag 8*

## **Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes**

Annahme

*Kennnummer 14141  
Kreisverband Rhein-Neckar*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand*

## **Krankenkassenzuschüsse für Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen**

Wir fordern den SPD-Parteivorstand sowie die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, das soziale Profil der SPD in der Gesundheitspolitik wiederzubeleben. Dazu fordern wir eine angemessene Erhöhung der Krankenkassenzuschüsse für  
5 Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen. Die Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzesantrag einzubringen.

### **Begründung:**

10 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich ist für die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung ein sozialer Sprengstoff. Unter anderem tragen dazu die hohen Kosten für Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen bei einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten bei. Das Regelwerk ist kaum  
15 transparent. Diese Schieflage muss korrigiert werden. Gerade unsere Wähler erwarten, dass die Sozialdemokratie hier etwas für sie tut. Studien belegen unter anderem, dass einkommensschwächere schlechtere Zähne haben. Der Sozialstaat muss gleiche Chancen im Gesundheitswesen gewährleisten können.

*Antragsbereich G/ Antrag 9*

*Kennnummer 14135  
Kreisverband Stuttgart*

*Empfänger:  
Bundesparteitag*

## **Apotheken sollen Kondome und Lecktücher kostenfrei ausgeben**

Wir fordern, dass Apotheken Kondome und Lecktücher kostenlos ausgeben müssen. Die SPD Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass das Bundesgesundheitsministerium hierfür ein Finanzierungskonzept erarbeitet.  
5

Zudem soll das Bundesgesundheitsministerium eine Aufklärungskampagne ins Leben rufen, um über Verhütung, insbesondere die Notwendigkeit von sogenannten Lecktüchern .beim Oralverkehr aufzuklären.  
10

## **Krankenkassenzuschüsse für Zahnersatz, Hörgeräte und Sehhilfen**

Überweisung an Bundestagsfraktion

## **Apotheken sollen Kondome und Lecktücher kostenfrei ausgeben**

Z. 1-4: erledigt durch Beschlusslage (LPT Schwäbisch Gmünd, 11.03.2017)

Z. 7-10: Annahme

**Begründung:**

Im Biologieunterricht wird bei Aufklärung über Verhütung meist ausschließlich über Kondome und die Pille gesprochen. Allerdings können

- 15 Infektionskrankheiten beim Oralverkehr ebenso gut übertragen werden, meist beschränkt sich Aufklärung allerdings auf die Vorbeugung ungewollter Schwangerschaften. Da in der Bevölkerung großes Unwissen darüber herrscht, dass sexuell übertragbaren Krankheiten beim Oralverkehr durch sogenannte Lecktücher vorgebeugt werden kann, bedarf es einer breiten
- 20 Aufklärungskampagne durch das Bundesgesundheitsministerium, um Infektionen mit beispielsweise HIV, Hepatitis oder Darmbakterien einzudämmen.

# Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsbereich AUS/Antrag 1

Kennnummer 13512

Landesverband Baden-Württemberg

Landesvorstand

	<b>Eine Zukunft für Afrika in der Welt</b> Eine Zukunft für Afrika in der Welt	<b>Eine Zukunft für Afrika in der Welt</b> Annahme in der Fassung der Antragskommission
5	Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch alle gesellschaftlichen Kräfte, Bürgerinnen und Bürger in Deutschland	
10	müssen sich mit den Erfordernissen einer grundlegenden, weltweit veränderten gesellschaftlichen Ausgangslage vertraut machen. Afrika ist eine der großen unaufschiebbaren Herausforderungen.	Die SPD fordert auf der Grundlage ihrer Prinzipien von Verständigung, internationaler Solidarität und gemeinsamer Sicherheit durch Kooperation eine umfassende Afrika-Initiative. Bis zum Jahr 2050 wird in Afrika eine Verdopplung der Bevölkerung erwartet. Bereits jetzt sind rund 60% der Menschen jünger als 25 Jahre. Diese Menschen fordern eine
15	Die SPD Baden-Württemberg fordert eine umfassende Afrika-Initiative.	gleichberechtigte Teilhabe am globalen Wohlstand. Hierfür Bedingungen zu schaffen und der in weiten Teilen vorherrschenden wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, ist entscheidend sowohl für die nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen, als auch zur Erreichung globaler Gerechtigkeit.
20	Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind: a) die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) aus dem Jahre 2015	Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind:
25	b) die "Sustainable Development Goals", die im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurden und in den meisten Ländern der Welt bereits rechtlich wirksam sind.	a) Die „Agenda 2063“ – die gemeinsame Vision der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (2013)
30	1. Die SPD unterstützt alle in der Agenda 2063 festgelegten Maßnahmen zur Stabilisierung des Friedens. Wir unterstützen die Ziele der afrikanischen Länder, frei von bewaffneten Konflikten sein zu wollen, frei von Terrorismus, Extremismus, Intoleranz sowie geschlechterspezifischer Gewalt. Die afrikanischen Länder wollen frei von	b) die "Sustainable Development Goals" (Nachhaltigkeitsentwicklungsziele 2030) der Vereinten Nationen (2015)
35	Drogen, Menschenhandel und jeglicher Art von Waffenhandel sein. Kurzfristiges Ziel	c) die „G20-Africa-Partnership-Initiative“ und der „G20 Compact with Africa“ (2017),

40 aller afrikanischen Staaten ist es, den Handel mit Kleinwaffen und sogenannten leichten Waffen zu verbieten. Wichtig ist zudem, den "Early Response Mechanism" (ERM) zu unterstützen. Der ERM wird von der EU mitfinanziert und setzt nicht auf Waffen, sondern viel mehr auf Mediation und "factfinding", auf Problem-Identifikation, 45 Prävention und diplomatische Intervention. Wir fordern die Intensivierung dieser Arbeit durch das Projekt "Command, Control, Communication and Information (3es) Systems", welches unter afrikanischer 50 Führung wichtige mediatorische Arbeit leistet, um bewaffnete Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen.

55 2. Die SPD unterstützt alle Anstrengungen zur Entwicklung demokratisch orientierter Staatsordnungen. Wir unterstützen alle afrikanischen Initiativen zur Demokratisierung der Gesellschaft. Die SPD unterstützt afrikanische Initiativen zur 60 umfassenden Bildung der Bevölkerung, gleich welcher Kultur, gleich welchen Geschlechts, gleich welcher Religion - wie sie in der AGENDA 2063 der Afrikanischen Union aufgeführt werden. Weiterhin werden 65 die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.

70 3. Die SPD ist fest davon überzeugt, dass wir die erste Generation sein können, der es gelingen wird, Armut weltweit - auch in Afrika - nachhaltig zu beseitigen. Die SPD fordert den Aufbau von Infrastruktur als 75 Grundlage für wirtschaftliche und industrielle Entwicklung mit finanzieller Hilfe der EU, besonders in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung. 80 Dabei soll private Monopolbildung tunlichst verhindert werden. Leitbild der Entwicklung ist die nachhaltige Gesellschaft.

85 4. Die SPD unterstützt das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen kontinentalen Regierung und entsprechend

in dessen Rahmen sich Deutschland mit anderen G20 Staaten verpflichtet hat, die Bedingungen für private Investitionen und Investitionen in Infrastruktur in die ärmsten Länder Afrikas zu stärken, da sie eine Grundvoraussetzung für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum darstellen.

1. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik. Um der rasch wachsenden, jungen Afrikanischen Bevölkerung Perspektiven zu geben, nennt die „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung als ihr erstes Ziel. Was die junge Bevölkerung dazu bringt, ihr Glück in Europa zu suchen, ist – wie bei vielen Migranten-Generationen vor ihnen – wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit. Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann nur durch Schaffung von stabilen politischen Strukturen und nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen vor Ort erfolgen. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Anerkennung dieser Realität. Dies setzt eine Verabschiedung von der gegenüber Afrika nach wie vor vorherrschenden Geber-Empfänger-Leitbildern auf der deutschen Seite voraus hin zu einer (von Afrika gewünschten) Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Festlegung der Kooperationschwerpunkte muss mit Afrika und nicht für Afrika erfolgen. Dabei erkennt die SPD an, dass während das Durchsetzen von Nachhaltigkeitsstandards durch staatliche Akteure geleistet werden muss und afrikanische Akteure entsprechend gestärkt werden müssen, für den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen Investitionen aus dem Privatsektor unabdingbar sind. Gleiches gilt für die Nachhaltigkeit des Aufbaus von Infrastruktur und öffentlichen Gütern (insb. in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung) mit deutschen oder europäischen Entwicklungsfinanzen: sie kann nur gewährleistet sein, wenn

interkontinentaler Institutionen (wie Parlament etc.), wie es die Generalversammlung der Afrikanischen Union (AU) 2015 in Addis Aeba und Johannesburg beschlossen hat. Die SPD unterstützt die Entwicklung von Wirtschaftsordnungen, die unter Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, Verbraucherschützender und sozialer Standards wirtschaftliche Leistungen erbringen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und die auf dem globalen Markt auch erfolgreich getauscht werden können.

Die bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands sowie die europäische Handelspolitik müssen daraufhin überprüft werden, ob sie der Erreichung dieser Ziele dienen, und entsprechend angepasst werden.

5. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt das Ziel der Afrikanischen Union, bis 2063 eine moderne produktive Landwirtschaft ohne Genmanipulation entwickelt zu haben.

6. Die SPD fordert faire Bedingungen für den Import afrikanischer Produkte in die Europäische Union. Subventionen für deutsche Produkte, welche die Entwicklung der afrikanischen Wirtschaft behindern, gehören abgeschafft. Das langfristige Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller am globalen Wirtschaftsraum und an seinen Erträgen.

7. Wir unterstützen den Aufbau eines Binnenmarktes in der EAC, der East African Community (Ruanda, Uganda, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Burundi und Tansania) und sehen dabei insbesondere baden-württembergische Unternehmen, Gewerkschaften und die Verwaltung in der Verantwortung. Ihr Handeln muss sich dabei an den "Sustainable Development Goals" (SDG's) der Vereinten Nationen ausrichten. Die Maßnahmen müssen einer nachhaltigen Kontrolle unterliegen. Dies setzt voraus, dass die "Sustainable Development Goals", deren Inhalt und Ziele auch in Baden-Württemberg verbreitet und beispielhaft in

ausreichend wirtschaftliches und Steuereinkommen generiert wird. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg einen neuen Entwicklungsansatz, der den Abbau globaler Ungleichheiten durch die Verbindung von Staatshilfen mit Investitionen und Handel befördert. Dieser sollten in Zusammenarbeit mit Afrika sowohl Anreize für deutsche Unternehmen schaffen, insb. in wirtschaftlich schwachen afrikanischen Ländern zu investieren – und so Arbeitsplätze zu generieren, als auch diese Investitionen durch kapazitätsbildende, strukturstärkende Maßnahmen begleiten – gemäß dem Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft.

2. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Länder der Afrikanischen Union in ihren Bestrebungen, demokratisch orientierte Staatsordnungen und demokratische Gesellschaften aufzubauen. Ferner unterstützt die SPD Baden-Württemberg das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen kontinentalen Regierung und entsprechend interkontinentaler Institutionen gemäß dem Johannesburg-Beschluss der Afrikanischen Union (2015). Weiterhin werden die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.

3. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Ziele der „Agenda 2063“ hinsichtlich der Bekämpfung von bewaffneten Konflikten, Extremismus, Intoleranz, geschlechterspezifischer Gewalt, illegalem Drogenhandel, Menschenhandel und jeglicher Art von illegalem Waffenhandel. Hierbei fordert die SPD insbesondere, die Kooperation im Rahmen des Projekts "Command, Control, Communication and Information (3es) Systems", welches einen Teil des von der EU mitfinanzierten "Early Response Mechanism" bildet, zu intensivieren. Dieses leistet unter afrikanischer Führung wichtige mediatorische Arbeit mit dem Ziel, Konflikte durch frühe Identifikation,

	den Verwaltungen des Landes, der Regierungsbezirke, Kreise und Kommunen umgesetzt werden. Der Aufbau eines	Präventionsmaßnahmen und diplomatische Interventionen zu verhindern.
140	panafrikanischen Binnenmarktes wird unterstützt und regionale	4. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein, welche die Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, verbraucherschützender und sozialer
145	Wirtschaftsgemeinschaften - die die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) - werden fachlich, politisch und gegebenenfalls in überschaubarem Rahmen finanziell gefördert.	Standards bei der Erbringung wirtschaftlicher Leistungen – und somit den Menschen – in den Mittelpunkt stellt. Gerade in Bezug auf Afrika ist hierfür ein Abbau globaler Asymmetrien in Wirtschaft, Handel und dem entsprechenden Wissen unabdingbar. Die bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands sowie die europäische Handelspolitik müssen daraufhin überprüft werden, ob sie der Erreichung dieser Ziele dienen und entsprechend angepasst werden.
150	8. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die Tätigkeit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) deutlich finanziell aufzustocken, um Aus- und Fortbildungsmaßnahmen finanzieren zu können. Dabei sollte insbesondere die praktische berufliche Bildung im Hinblick auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Fokus stehen. Mit Hilfe der SEZ sollte ein berufliches	5. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, einen neuen partnerschaftlichen entwicklungspolitischen Ansatz für Afrika in Baden-Württemberg umzusetzen. Hierbei sollen
155	Qualifizierungsprogramm für Menschen auf Afrika und insbesondere aus dem baden-württembergischen Partnerland Burundi geschaffen werden. Als	Entwicklungspartnerschaften zwischen baden-württembergischen Unternehmen, Gewerkschaften und Verwaltungen und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) auf der deutschen Seite und dem baden-württembergischen Partnerland Burundi
160	Ausbildungsstandorte für entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen bieten sich dabei insbesondere Firmen an, in den auch französisch gesprochen wird.	geschaffen werden. Ziel der Partnerschaft soll die Verbesserung der Anreize für das Engagement baden-württembergischen Unternehmen in Burundi sein und somit die Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen vor Ort, die sowohl Arbeitsplätze bieten als auch Einkommenspotentiale durch Handel. Das Engagement der unternehmen soll durch entsprechende berufliche
165		Qualifizierungsprogramme und
170		kapazitätsbildende Maßnahmen durch die SEZ begleitet werden. Die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und der kritische Dialog mit der Regierung von Burundi insbesondere auch in der
175		Menschenrechtspolitik sind für uns Bestandteil dieser Partnerschaft.
180		
185		

*Antragsbereich Ä/ Antrag 1*

*Kennnummer 13548*

*Kreisverband Heidelberg*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Ersetzen des Antrags durch: „Zukunft für Afrika und die Welt:

5 Die SPD fordert auf der Grundlage ihrer  
Prinzipien von Verständigung,  
internationaler Solidarität und gemeinsamer  
Sicherheit durch Kooperation eine  
umfassende Afrika-Initiative. Bis zum Jahr  
10 2050 wird in Afrika eine Verdopplung der  
Bevölkerung erwartet. Bereits jetzt sind rund  
60% der Menschen jünger als 25 Jahre.  
Diese Menschen fordern eine  
gleichberechtigte Teilhabe am globalen  
Wohlstand. Hierfür Bedingungen zu  
15 schaffen und der in weiten Teilen  
vorherrschenden wirtschaftlichen  
Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, ist  
entscheidend sowohl für die nachhaltige  
Bekämpfung von Fluchtursachen, als auch  
20 zur Erreichung globaler Gerechtigkeit.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass dem  
demographischen Wandel in Afrika ein  
demographischer Wandel in China  
25 gegenübersteht, dessen Gesellschaft älter  
wird und schrumpft. Die chinesische  
Regierung verfolgt das Ziel, die  
Produktionssektoren, die China ehemals zur  
„Werkbank der Welt“ gemacht haben, durch  
30 Investitionen nach Afrika auszulagern. Die  
bietet auf der einen Seite Chancen auf eine  
sog. „demographische Dividende“ für  
Afrika, birgt aber gleichzeitig die Gefahr,  
dass sich die von China bekannten  
35 Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in  
Afrika wiederholen könnten. Auch hier sieht  
die SPD Baden-Württemberg es als eine  
Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Erledigt durch Annahme von Antrag AUS 1  
in der Fassung der Antragskommission

40 an, dem (ggf. durch gemeinsamen Projekte  
mit China, das lange Empfänger der  
deutschen Entwicklungshilfe war) steuern  
einzuwirken.

45 Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik  
sind:

50 a) Die „Agenda 2063“ – die gemeinsame  
Vision der Mitgliedsstaaten der  
Afrikanischen Union (2013)

b) die „Nachhaltigkeitsentwicklungsziele  
2030“ der Vereinten Nationen (2015)

55 c) die „G20-Africa-Partnership-Initiative“  
und der „G20 Compact with Africa“ (2017),  
in dessen Rahmen sich Deutschland mit  
anderen G20 Staaten verpflichtet hat, die  
Bedingungen für private Investitionen und  
Investitionen in Infrastruktur in die ärmsten  
60 Länder Afrikas zu stärken, da sie eine  
Grundvoraussetzung für starkes,  
ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum  
darstellen.

65 1. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine  
grundlegende Neuausrichtung der  
Entwicklungspolitik. Um der rasch  
wachsenden, jungen Afrikanischen  
Bevölkerung Perspektiven zu geben, nennt  
70 die „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union  
inklusive Wachstum und nachhaltige  
Entwicklung als ihr erstes Ziel. Was die  
junge Bevölkerung dazu bringt, ihr Glück in  
Europa zu suchen, ist – wie bei vielen  
75 Migranten-Generationen vor ihnen –  
wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit. Eine  
nachhaltige Bekämpfung von  
Fluchtursachen kann nur durch Schaffung  
von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen vor  
80 Ort erfolgen. Die SPD Baden-Württemberg  
fordert die Anerkennung dieser Realität.  
Dies setzt eine Verabschiedung von der  
gegenüber Afrika nach wie vor  
vorherrschenden Geber-Empfänger-  
85 Leitbildern auf der deutschen Seite voraus  
hin zu einer (von Afrika gewünschten)  
Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Fest-  
legung der Kooperationsschwerpunkte muss

mit Afrika und nicht für Afrika erfolgen.  
90 Dabei erkennt die SPD an, dass während das  
Durchsetzen von Nachhaltigkeitsstandards  
durch staatliche Akteure geleistet werden  
muss und afrikanische Akteure entsprechend  
gestärkt werden müssen, für den Aufbau  
95 nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen  
Investitionen aus dem Privatsektor  
unabdingbar sind. Gleiches gilt für die  
Nachhaltigkeit des Aufbaus von  
Infrastruktur und öffentlichen Gütern (insb.  
100 in den Bereichen Verkehr, Bildung,  
Gesundheit, Kommunikation und Energie-  
versorgung) mit deutschen oder  
europäischen Entwicklungsfinanzen: sie  
kann nur gewährleistet sein, wenn  
105 ausreichend wirtschaftliches und  
Steuereinkommen generiert wird. Daher  
fordert die SPD Baden-Württemberg einen  
neuen Entwicklungsansatz, der den Abbau  
globaler Ungleichheiten durch die  
110 Verbindung von Staatshilfen mit  
Investitionen und Handel befördert. Dieser  
sollten in Zusammenarbeit mit Afrika  
sowohl Anreize für deutsche Unternehmen  
schaffen, insb. in wirtschaftlich schwachen  
115 afrikanischen Ländern zu investieren – und  
so Arbeitsplätze zu generieren, als auch  
diese Investitionen durch kapazitätsbildende,  
strukturstärkende Maßnahmen begleiten –  
gemäß dem Leitbild einer nachhaltigen  
120 Gesellschaft.

2. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt  
die Länder der Afrikanische Union in ihren  
Bestrebungen, demokratisch orientierte  
125 Staatsordnungen und demokratische  
Gesellschaften aufzubauen. Ferner  
unterstützt die SPD Baden-Württemberg das  
für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer  
einheitlichen kontinentalen Regierung und  
130 entsprechend interkontinentaler Institutionen  
gemäß dem Johannesburg-Beschluss der  
Afrikanischen Union (2015). Weiterhin  
werden die fortlaufenden Bemühungen des  
Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um  
135 die Einhaltung der Menschenrechte  
unterstützt.

140 3. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt  
die Ziele der „Agenda 2063“ hinsichtlich der  
Bekämpfung von bewaffneten Konflikten,  
Extremismus, Intoleranz, geschlech-  
terspezifischer Gewalt, illegalem  
Drogenhandel, Menschenhandel und  
145 jeglicher Art von illegalem Waffenhandel.  
Hierbei fordert die SPD insbesondere, die  
Kooperation im Rahmen des Projekts  
"Command, Control, Communication and  
Information (3es) Systems", welches einen  
150 Teil des von der EU mitfinanzierten "Early  
Response Mechanism" bildet, zu  
intensivieren. Dieses leistet unter  
afrikanischer Führung wichtige  
mediatorische Arbeit mit dem Ziel,  
155 Konflikte durch frühe Identifikation,  
Präventionsmaßnahmen und diplomatische  
Interventionen zu verhindern.

160 4. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich  
für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein,  
welche die Wahrung menschenrechtlicher,  
arbeitsrechtlicher, umweltschonender,  
verbraucherschützender und sozialer  
Standards bei der Erbringung  
165 wirtschaftlicher Leistungen – und somit den  
Menschen – in den Mittelpunkt stellt.  
Gerade in Bezug auf Afrika ist hierfür ein  
Abbau globaler Asymmetrien in Wirtschaft,  
Handel und dem entsprechenden Wissen  
170 unabdingbar. Viele der bestehenden  
Handelsverträge der EU und Deutschlands  
mit Afrikanischen Ländern tragen, z.B.  
durch staatliche Subventionen dazu bei,  
Entwicklung einheimischer Industrien zu  
175 verhindern, bzw. diese zu zerstören. Dies  
trifft insb. aber nicht ausschließlich auf den  
Landwirtschafts- und Textilsektor zu – und  
trägt mittelbar ebenso zu Fluchtursachen bei.  
Daher fordert die SPD Baden-Württemberg  
180 eine Überprüfung der betreffenden  
Handelsabkommen und –politiken und deren  
entsprechende Anpassung.

185 5. Die SPD Baden-Württemberg fordert die  
Landesregierung auf, einen neuen  
partnerschaftlichen entwicklungspolitischen  
Ansatz für Afrika in Baden-Württemberg  
umzusetzen. Hierbei sollen

190      Entwicklungspartnerschaften zwischen  
          baden-württembergischen Unternehmen,  
          Gewerkschaften und Verwaltungen und der  
          Stiftung Entwicklungszusammenarbeit  
          Baden-Württemberg (SEZ) auf der  
195      deutschen Seite und dem baden-  
          württembergischen Partnerland Burundi  
          geschaffen werden. Ziel der Partnerschaft  
          soll die Verbesserung der Anreize für das  
          Engagement baden-württembergischen  
200      Unternehmen in Burundi sein und somit die  
          Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen  
          vor Ort, die sowohl Arbeitsplätze bieten als  
          auch Einkommenspotentiale durch Handel.  
          Das Engagement der unternehmen soll durch  
          entsprechende berufliche  
205      Qualifizierungsprogramme und  
          kapazitätsbildende Maßnahmen durch die  
          SEZ begleitet werden.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 2***

*Kennnummer 13549*

*Kreisverband Stuttgart*

5      **Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
          Füge ein in Zeile 82 nach "... nachhaltige  
          Gesellschaft.": Dazu gehört auch, dass vor  
          Ort das Wissen und die Ressourcen  
          geschaffen werden, um die Entwicklungen  
          in den vorher genannten Bereichen  
          mittelfristig ohne externe Hilfe zu erhalten  
          und weiter voranzutreiben.

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Erledigt durch Annahme von Antrag AUS 1  
in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 3***

*Kennnummer 13550*

*Kreisverband Stuttgart*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Lösch in Zeile 110 „ohne  
Genmanipulation“.

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Erledigt durch Annahme von Antrag AUS 1  
in der Fassung der Antragskommission

**Begründung:**

5

Im „Agenda 2063 Framework Document“ ist an keiner Stelle die Rede von einer Landwirtschaft ohne Genmanipulation. Vielmehr wird dort explizit darauf verwiesen, dass Genmanipulation so eingesetzt werden soll, dass die natürlichen Ressourcen geschont werden. Die Formulierung im Antrag liest sich aber so, als wollten die Staaten Afrikas keine Gentechnik. Gerade in der Entwicklungspolitik ist es wichtig, eigenformulierte Positionen und Ziele der betroffenen Staaten zu respektieren.

10

15

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 4***

*Kennnummer 13551*

*Kreisverband Stuttgart*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Füge ein in Zeile 157 nach "... im Fokus stehen ...": ..., und hier insbesondere Fähigkeiten vermitteln, mit denen die ausgebildeten Personen zur Weiterentwicklung in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Kommunikation, Gesundheit und Bildung in ihrem jeweiligen Heimatland beitragen können.

5

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Erledigt durch Annahme von AUS 1 in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 5***

*Kennnummer 13588*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Änderungsantrag zu AUS 1 in der Fassung der Antragskommission:

5

In der Zeile 10 nach Afrika Initiative einfügen:

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**

Annahme

Schon heute ist Afrika besonders von den  
Folgen des Klimawandels betroffen,  
10 Landgrabbing und die Ausbeutung der  
Rohstoffe zerstören in weiten Teilen des  
Kontinents die Lebens- und  
Erwerbsgrundlagen der Bevölkerung.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 6***

*Kennnummer 13589*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Füge am Ende der Zeile 22 ein:

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Annahme

Dabei darf ökologische Nachhaltigkeit im  
Kampf gegen Armut und beim Aufbau einer  
5 funktionierenden Wirtschaft nicht  
vernachlässigt werden, gerade weil der  
Klimawandel das Armutsproblem  
verschärft. Eine ressourcenintensive  
Wachstumspolitik ist langfristig nicht mit  
10 dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung  
vereinbar.

**Begründung:**

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen  
Dimensionen von Nachhaltigkeit hängen miteinander  
zusammen. Beispielsweise treffen in der  
afrikanischen Sahelzone sozioökonomische Faktoren  
wie Armut, Unterernährung, unzureichende  
Bildungsmöglichkeiten und hohes  
Bevölkerungswachstum mit ungünstigen  
geografischen Bedingungen und fortschreitender  
Umweltzerstörung zusammen und bedingen sich  
gegenseitig.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 7***

*Kennnummer 13590*  
*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Füge am Ende der Zeile 120 ein:

5 Dabei stehen wir besonders kritisch  
Handelsverträgen zwischen ungleichen  
Partnern gegenüber, bei denen der Wegfall  
von Zöllen des kleineren Partners  
ausgehandelt wird.

**Begründung:**

10 In der näheren Vergangenheit hat die EU neue  
Handelsverträge mit afrikanischen Staaten  
abgeschlossen (EPA) und plant weitere  
abzuschließen. Zwar wird den afrikanischen Staaten  
der zollfreie Zugang zum europäischen Markt  
gewährt, aber im Gegenzug müssen auch die  
afrikanischen Staaten ihre Märkte schrittweise öffnen.  
Dabei sind einige unserer Produkte subventioniert und  
viele der afrikanischen Produkte nicht  
konkurrenzfähig gegenüber den europäischen. Wir  
sollten deswegen Handelsverträgen zwischen  
ungleichen Partnern kritisch gegenüber stehen und  
darauf achten das die Mühen der Entwicklungshilfe  
nicht durch einseitige Wirtschaftspolitik zunichte  
gemacht werden.

*Antragsbereich AUS/ **Antrag 2***

*Kennnummer 13467*

*Kreisverband Freudenstadt*

*Empfänger:*  
*SPD-Bundestagsfraktion*

**Abrüsten statt aufrüsten**  
**Die SPD Gremien mögen beschließen:**

5 Eine umfassende Abrüstung national und  
international einzufordernd und für die  
Umsetzung Sorge zu tragen. Des Weiteren  
mögen Maßnahmen zum Abbau der  
Rüstungsproduktion, sowie der  
Rüstungsexporte, insbesondere in  
Krisenländer und Kriegstreibende Länder,

**Änderungsantrag zum Antrag AUS 1**  
Erledigt durch Annahme von AUS 1 in der  
Fassung der Antragskommission

**Abrüsten statt aufrüsten**  
Annahme

10 wie der Türkei, der Bundesregierung  
vorgeschlagen und mit Nachdruck  
eingefordert werden.

**Begründung:**

15 Allein die Fluchtursachen, ausgehend von Klima – und  
Dürrekatastrophen, Wassermangel, Hunger und Krieg,  
um nur einige wenige Beispiele zu nennen, bedürfen  
zur Lösung dieser Probleme einer großen  
20 Anstrengung, sodass eine weitere Steigerung der  
Rüstungsausgaben unverantwortlich ist.

Während der letzten Regierungsphase der Großen  
Koalition haben die Rüstungsexporte trotz  
25 Reduzierungsversprechen wiederum deutlich  
zugenommen. Deutsche Rüstungsgüter kommen  
verstärkt in sogenannten Krisengebieten zum Einsatz.

Auch soll der aktuelle Militärhaushalt, nach dem Plan  
30 der GroKo, auf bis zu 70 Milliarden Euro aufgestockt  
werden soll.

Hinsichtlich der Rüstungsexporte in die Türkei hat  
sich gezeigt, dass trotz Dementis der Bundesregierung  
35 Exporte stattgefunden haben, was einer Täuschung der  
Bevölkerung gleichkommt.

Bedauerlicherweise haben die Rufe nach Abrüstung  
(Schwerter zu Pflugscharen) und einer friedlichen  
40 Konfliktlösung stark abgenommen. Um der wenig  
segensreichen, weltweiten Aufrüstungsdebatte  
entgegenzuwirken, schlagen wir die Bildung einer  
Abrüstungskommission vor, die gegenüber Bundestag  
und Bundesregierung entsprechende Maßnahmen  
45 empfehlen kann.

Parlament und Regierung haben sich mit diesen  
Empfehlungen in öffentlicher Sitzung zu befassen.  
Diese Kommission sollte sowohl mit Parlamentariern  
50 als auch Sachverständigen, Wissenschaftlern,  
Vertretern\*innen der Organisation „Ärzte ohne  
Grenzen“, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften  
und den Organisationen für Frieden und  
Konfliktforschung, sowie der Entwicklungshilfe  
55 besetzt werden.

Wichtige Aufgaben sind beispielsweise:

- 60
- Abbau der Rüstungsproduktion – Schaffung von Alternativprodukten und Arbeitsplätzen.
- 65
- Überlegungen zu sinnvollen Projekten in der Entwicklungspolitik, die sowohl zur Konfliktlösung als auch der Verbesserung der Lebensqualität beitragen.
- 70
- Maßnahmen zur Lösung der Kurdenfrage und des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern
- 75
- Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und der ständigen Weiterentwicklung atomarer Waffen
- 80
- Versorgung der Menschen mit ausreichend Trinkwasser
  - Weltweite Vernetzung der Organisationen, die in der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind, auch unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der UNO

85

Positive Ansätze in dieser Richtung waren u.a. die Ostpolitik von Willy Brand und Egon Bahr und die Ansätze einer gezielten Entwicklungspolitik für Afrika von Erhard Eppler, sowie die Bewegung um Martin Luther King und das Engagement mehrerer Frauenrechtler\*innen weltweit.

### *Antragsbereich Ä/Antrag 8*

*Kennnummer 13591*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

#### **Änderungsantrag zum Antrag AUS 2**

Füge hinzu nach letztem Satz des Antrags (Zeile 12):

5 Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Genehmigung von Waffenexporten künftig eine Aufgabe des Parlamentes wird und nicht mehr der Bundesregierung obliegt. Wir wollen eine Änderung des Grundgesetzes an dieser Stelle erreichen.

10

**Begründung:**

#### **Änderungsantrag zum Antrag AUS 2**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

--- Aufgabe des Parlamentes in Form von Rahmengesetzgebung wird ...

Der Kern der Rüstungsabbau-Debatte liegt darin, dass es keine parlamentarische Kontrolle gibt. Solange das Grundgesetz an dieser Stelle so bleibt und keine volle Transparenz und Kontrolle hergestellt werden kann, haben es politische Initiativen zum Rüstungsabbau schwer.

### *Antragsbereich AUS/Antrag 3*

*Kennnummer 13465*

*Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Parteivorstand*

*SPE-Abgeordnete*

#### **Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa**

Wir fordern:

1. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sollen sich dafür einzusetzen, dass Waffenexporte in Krisengebiete auch von Töchtern deutscher Unternehmen im Ausland verboten werden.
2. Die Entscheidungen über Waffenlieferungen sollen vom Parlament getroffen werden.
3. Dieses Vorgehen soll auch in der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt werden.
4. Den Aufbau einer europäischen Armee zur Stärkung Europas, mit dem Ziel internationale Einsätze gemeinsam abzustimmen. Gleichzeitig sollen die Militärausgaben für die einzelnen Staaten gesenkt werden.

Begründung: Waffenexportverbote werden immer wieder umgangen, indem in anderen Ländern Tochterfirmen gegründet werden oder Zusammenarbeit mit anderen Firmen organisiert werden.

#### **Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa**

Überweisung an Bundestagsfraktion

30 Die Ursachen für Flucht sind aber  
überwiegend Kriege in der Heimat. So  
kommt es zu Situationen wie in Syrien, wo  
zwei Kriegsparteien sich mit den gleichen  
deutschen Waffen bekämpfen.

#### *Antragsbereich AUS/Antrag 4*

*Kennnummer 13507*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

#### **Rüstungsexporte begrenzen**

Die SPD setzt sich dafür ein, die  
Waffenexporte aus Deutschland in den  
nächsten 15 Jahren mindestens zu halbieren.  
Sie setzt sich dafür ein, dass die  
5 Genehmigung von Waffenexporten künftig  
eine Aufgabe des Parlamentes wird und  
nicht mehr der Bundesregierung obliegt. Zur  
Unterstützung des Ziels, die Waffenexporte  
zu halbieren, rückt die SPD gemeinsam mit  
10 den Gewerkschaften die Konversion in den  
Vordergrund. Sie entwickelt im engen  
Schulterschluss mit den Gewerkschaften ein  
Konzept, das eine mittel- und längerfristig  
angelegte Umstrukturierung von  
15 Rüstungsbetrieben auf die Produktion von  
gesellschaftlich wichtigen, notwendigen und  
friedlichen Produkten ermöglicht.“

#### **Begründung:**

20 Deutsche Firmen -- von Mercedes bis hin zur  
Deutschen Bank -- machen mit Rüstungs- und  
Waffenexporten Milliardengewinne. Es ist kein  
Ruhmesblatt, dass Deutschland mit an vorderster  
25 Stelle in der Welt steht, wenn es um Rüstungs- und  
Waffenexporte geht:

Die Bundesregierung hat 2016 Einzelgenehmigungen  
für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 6,88  
30 Milliarden Euro erteilt, 2015 betrug diese Summe  
knapp 7,86 Milliarden Euro. Fast die Hälfte der  
Exporte gingen an Nato-Staaten oder ihnen  
gleichgestellte Länder. Die Ausfuhrgenehmigungen an  
Drittländer betragen jeweils etwas mehr als die Hälfte

#### **Rüstungsexporte begrenzen**

Überweisung an Bundestagsfraktion

35 (2016: 3,69 Milliarden Euro). Zwar ist der  
Genehmigungswert von 2015 auf 2016 deutlich  
gesunken. Aber laut Rüstungsinformationsbüro  
(<http://www.rib-ev.de>) ist das der zweithöchste jemals  
gemessene Genehmigungswert.

40 Der Zusammenhang zwischen Rüstungsexporten,  
Waffeneinsatz und Flucht ist klar erwiesen. Wenn wir  
etwas zur Eindämmung von Fluchtursachen erreichen  
wollen, müssen wir Rüstungsexporte begrenzen.

45 Gestärkt werden müssen begleitende Maßnahmen wie  
wirksame Maßnahmen der  
Entwicklungszusammenarbeit und diplomatische  
Friedensbemühungen.

### *Antragsbereich AUS/ Antrag 5*

*Kennnummer 14102*  
*Kreisverband Stuttgart*

*Empfänger:*  
*Bundesparteitag*

### **Verbot von Kriegswaffenexporten an Nicht-NATO-Staaten**

Annahme in Fassung der  
Antragskommission

5

Wir fordern ein Verbot von Waffenexporten an alle Staaten,  
welche nicht Mitglied der NATO, oder NATO gleichgestellt  
10 (EU-Staaten, Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz)  
sind. Ebenso fordern wir die Öffnung der Debatte über  
Rüstungsexporte im Bundessicherheitsrates (BSR) für die  
Öffentlichkeit und das entziehen des Stimmrechtes für den  
Bundeswirtschaftsminister bei der Entscheidung über  
15 Waffenexporte im BSR.

Sondergenehmigungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen,  
wie zum Beispiel für Israel, möglich. Darüber hinaus fordern wir  
eine effektive Endverbleibskontrolle der Waffen in den  
20 entsprechenden Staaten. Eine Weiterverbreitung der Waffen in  
Krisenregionen muss in jedem Fall verhindert werden.

**Begründung:**

### **Verbot von Kriegswaffenexporten des Kleinwaffenexports an Nicht- NATO-Staaten**

Wir fordern ein Verbot ~~von~~  
~~Waffenexporten des~~  
Kleinwaffenexports an alle Staaten  
...

25 Mit einem scharfen Blick in die Welt beobachten wir, dass in den letzten Jahren  
immer mehr Krisen eskalieren und Kriege ausbrechen. Statista zählte 2005 noch  
3 und 2017 über 20 Kriege weltweit. Die Anzahl gewaltsamer Krisen  
verdoppelte sich im selben Zeitraum. So sind uns Kriege wie in Afghanistan  
oder Syrien sehr präsent.

30

Zynisch passend dazu werden nahezu jedes Jahr mehr Waffen exportiert. 1997  
waren es Kriegswaffen im gesamt Wert von nur 707,4 Mio. Euro 2010 gab es  
den bis dahin traurigen Höchstwert von 2,1 Mrd. Euro. 2016 sollen, laut des  
GKKE Waffenexportberichts, Kriegswaffen im Wert von über 12,6 Mrd.

35 Euro exportiert worden sein. In den letzten Jahren zählten Diktatoren Regime  
wie das von Bashar al Assad, menschenrechtsverletzende Staaten wie Saudi  
Arabien, Länder mit kriegerischen Auseinandersetzungen wie etwa 2011  
Libyen und Instabile Staaten wie der Irak zu den Empfängerländern Deutscher  
Waffen. Täglich sterben schätzungsweise 112 Menschen alleine durch den

40 Einsatz von Heckler und Koch Waffen.

Aus diesen Gründen dürfen Kriegswaffen nicht an Drittstaaten verkauft werden.

Des Weiteren ist es essentiell wichtig, dass die Beratung über mögliche  
45 Waffenexporte für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Jede\*r Minister\*in  
und jede\*r Kanzler\*in muss zu seiner\*ihrer Entscheidung auch in der  
Öffentlichkeit stehen müssen.

Ebenso dürfen Kriegswaffenexporte keine Frage der Wirtschaftlichkeit sein.

50 Die Entscheidung muss im Sinne der ethischen Verantwortung und des  
Friedens gefällt werden. Somit ist es nicht notwendig, dass der  
Bundeswirtschaftsminister über Waffenexporte im BSR abstimmt. Sehr wohl  
darf er eine beratende Funktion einnehmen.

55 Wir haben in unserem Grundsatzprogramm festgelegt Aufrüstung zu  
vermeiden. Deshalb sehen wir uns in der Pflicht, unseren Grundsätzen an dieser  
Stelle treu zu bleiben und dem Trend des Waffenexports mit Taten  
entgegenzuwirken. Diese Änderungen wären große Errungenschaften für die  
deutsche Friedenspolitik, welche in immer turbulenter werdenden Zeiten eine  
60 Signalwirkung auf die gesamte Welt haben könnte.

# Bildung

Antragsbereich B/ **Antrag 1**

Kennnummer 14125

Kreisverb. Neckar Odenwald

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

## **Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 zulassen**

- Sozialdemokratische Bildungspolitik hat stets den einzelnen Menschen im Blick. Eine individuelle Förderung, die kein Kind zurücklässt, die jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit zur optimalen Entfaltung bietet und die
- 5 unterschiedliche Herkunft nicht als Gefahr, sondern als Chance begreift – das war und ist unser Anspruch!

- Aus diesem Grund haben wir als Teil der letzten Landesregierung die Gemeinschaftsschule eingeführt, die Kürzung von 11.400
- 10 LehrerInnenstellen verhindert und die Ganztagschulen massiv ausgebaut. Uns geht es bei der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg nicht um Schnelligkeit und Anpassbarkeit, teilweise in Verbindung mit massiven Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit,
- 15 sondern um die Entwicklung von kreativen, kritisch denkenden und gut ausgebildeten jungen Menschen.

- So stellen wir heute fest, dass die 2004 von der CDU/FDP-Regierung auf Druck der Arbeitgeber eingeführte Verkürzung der
- 20 Lernzeit auf acht Jahre krachend gescheitert ist. Dies zeigen nicht nur Zahlen aus Baden-Württemberg, wo sich an den G9-Modellschulen des Landes ca. 92% der Schülerinnen und Schüler für das neunjährige Gymnasium entscheiden, sondern auch die politischen Entscheidungen aus anderen Bundesländern wie
- 25 Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Schleswig-Holstein, die fast ausnahmslos zu G9 zurückkehren.

- Unser bildungspolitisches Leitziel bleibt das längere gemeinsame Lernen und damit die flächendeckende Einführung gymnasialer
- 30 Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Die Entscheidung der grün-schwarzen Landesregierung, für nur zehn der knapp 300 Gemeinschaftsschulen mit einer gymnasialen Oberstufe Genehmigungen zu erteilen, statt verlässliche Kriterien für die Zulassung weiterer Oberstufen zu entwickeln, macht dies jedoch
- 35 vorerst unmöglich. Auch zeigen aktuelle Übergangsquoten, dass dies mittelfristig nicht realistisch ist. Es widerspricht daher unserem bildungspolitischen Verständnis, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit dem Druckmittel G9 auf Kosten der

## **Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 zulassen**

Überweisung an den nächsten beschlussfassenden Landesparteitag

- 40 Schülerinnen und Schüler gegeneinander auszuspielen, wie dies die aktuelle Landesregierung tut.

Die Gemeinschaftsschule verfügt – aus gutem Grund – über ein anderes pädagogisches Konzept, das auf längeres gemeinsames  
45 Lernen, individuelle Förderung und stärkere Heterogenität setzt. Dies wird von vielen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern geschätzt. Gleichwohl respektieren wir die Entscheidung aller Eltern und Kinder, die eine andere Schulart wählen möchten. Diesen dürfen wir den Wunsch nach einer längeren Schulzeit  
50 nicht verwehren. Die Rückkehr zur neunjährigen Schulbildung ermöglicht eine stärkere individuelle Förderung, eine geringere schulische Belastung durch weniger Wochenstunden und mehr Zeit für ehrenamtliches Engagement oder sportliche Betätigung in Vereinen.

55 Nicht umsonst forderten in den vergangenen Jahren Eltern und Schüler in zahlreiche Petitionen mit zehntausenden Unterschriften vom Kultusministerium, die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 auch an den Gymnasien wieder zuzulassen.  
60 Jusos und SPD Baden-Württemberg setzten sich daher für eine Wahlmöglichkeit zwischen dem achtjährigen und dem neunjährigen Bildungsgang für alle Gymnasien in Baden-Württemberg ein. Hierbei soll von den Schulen vor Ort in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Schulträgern  
65 entschieden werden können, welche Bildungsgänge sie anbieten möchten. Ziel dieser Reform muss es sein, dass alle Kinder und deren Eltern in Baden-Württemberg zwischen G8 und G9 – auch an allgemeinbildenden Gymnasien wählen können.

### *Antragsbereich B/ Antrag 2*

*Kennnummer 14133*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

#### **Gute Bildung braucht Zeit!**

G9 soll über die Modellschulen hinaus flächendeckend in Baden-Württemberg wieder als Regelschule eingeführt und G8 die Ausnahme werden.

#### **Gute Bildung braucht Zeit!**

Überweisung an den nächsten beschlussfassenden Landesparteitag

#### 5 **Begründung:**

Die Welt beschleunigt sich, das Wissen der Welt wächst mit atemberaubendem Tempo. Die Fähigkeiten die an Schulen vermittelt werden sollen, sind deutlich komplexer geworden, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Unsere Antwort  
10 ist momentan SchülerInnen über G8 sehr verdichtet Wissen zu vermitteln. Aufgrund der Stoffdichte sind persönliche Freiräume für Persönlichkeitsentwicklung und Erholung zeitlich knapp bemessen. Das führt - insbesondere in den unteren Klassenstufen - zu einem sehr engen Zeitkorsett und wenig Zeit für außerschulische Aktivitäten. Nicht nur diese, auch das

- 15 soziale Leben in der Schule und sportliche, musische und kulturelle Angebote neben dem regulären Unterricht leiden unter dem Zeitmangel in G8. Die Sportvereine führen ihren Mitgliederschwund ebenfalls auf den Zeitmangel der SchülerInnen zurück.
- 20 Den SchülerInnen fehlen Übungsstunden. Gymnasiasten sollten wieder mehr Zeit bekommen, den Stoff nicht nur zu erlernen, sondern die Inhalte durch Üben und Anwenden auch zu vertiefen. Durch die Vorverlegung im G8 erfolgt die Vermittlung von Lerninhalten häufig nicht mehr zum geeigneten Entwicklungszeitpunkt der Schüler. Erst mit der nötigen Reife können
- 25 komplexe Themen und historische Zusammenhänge in allen Aspekten bewertet und verstanden werden.

Lehrer haben keine Zeit, sich speziell um die Probleme der einzelnen Schüler zu kümmern und sie gezielt zu fördern, weil auch die Lehrer durch die

30 Schulformen gestresster sind. Den 9jährigen Weg zum Abitur darf es nicht nur für Real- und Gemeinschaftsschüler und die örtlich privilegierten Schüler, die eine der wenigen G9 - Modellschulen besuchen dürfen, geben.

Wir dürfen den Grundsatz „gleiche Chancen für alle“ nicht aus den Augen

35 verlieren! Darüber hinaus ist seit Einführung von G8 eine vermehrte Flucht hin zu Privatschulen mit einem G9 Angebot zu beobachten. Das kann nicht unser schulpolitischer Anspruch sein!

Die G9 - Modellschulen können die Nachfrage der Eltern nicht abdecken. Die

40 Elternschaft klagt über die hohe Lernbelastung und spricht vermehrt den Wunsch zur Wiedereinführung von G9 aus. In Umfragen sprechen sich regelmäßig mehr als zwei Drittel der Eltern dafür aus, zu neun Jahren zurückzukehren. Ausdruck dieses Wunsches ist u.a. die aktuell von Eltern gestartete Petition [www.g9-jetzt-bw.de](http://www.g9-jetzt-bw.de). Bereits unter Grün-Rot wollte die SPD

45 mehr Modellschulen zulassen, konnte sich aber nicht gegen die Grünen durchsetzen. Bayern und Niedersachsen sind wieder zu G9 zurückgekehrt. NRW diskutiert über die Wiedereinführung. Rheinland-Pfalz hatte es nie eingeführt. Die Landes - SPD sollte sich zum Fürsprecher für die Wiedereinführung von G9 machen und sich an die Spitze der Bewegung im

50 Land stellen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 3*

*Kennummer 14116  
Ortsverein Leutenbach  
(Kreisverband Rems-Murr)*

#### **Klare Impulse: Eine Bildungs- und Betreuungspolitik, die allen dient**

Das Versprechen der Sozialdemokratie muss es sein, dass soziale Disparitäten abgebaut werden. Einer der wichtigsten Bausteine hierfür ist eine Bildungspolitik, von der alle Bürgerinnen und Bürger profitieren, denn gute Bildung ist die Grundlage einer

#### **Klare Impulse: Eine Bildungs- und Betreuungspolitik, die allen dient**

Überweisung an den nächsten beschlussfassenden Landesparteitag

5 freien und gerechten Gesellschaft, bestehend aus mündigen  
Bürgerinnen und Bürgern, die aktiv an einer demokratischen und  
freien Gesellschaft partizipieren.

10 Gute Bildung beginnt bereits in der KiTa, weshalb wir die  
folgenden Punkte fordern:

Eine qualitativ hochwertige, aber gebührenfreie KiTa.

15 Gerechte und angemessene Gehälter, gute Arbeitsbedingungen  
sowie eine moderne Ausbildung für alle Erzieher, Lehrer und  
Dozenten.

20 Die Digitalisierung beginnt bereits in der Schule und ist eine  
Schlüsselqualifikation für viele Berufe. Wir fordern daher, dass  
junge Menschen die notwendigen inhaltlichen und technischen  
Kompetenzen erwerben, die sie für ihren späteren beruflichen  
Werdegang benötigen.

25 Zudem müssen in erster Linie die Schulen nicht nur mit dem  
nötigen Equipment ausgerüstet werden, sondern Lehrer in  
Ausbildungen und Seminaren selbst die notwendigen  
Fertigkeiten erwerben, welche sie an ihre Schüler weitergeben.

30 Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen – auch in den  
Grundschulen

Wir fordern die Rückkehr zum einheitlichen G9

35 Mehr finanzielle Ressourcen für Schulsozialarbeit; diese muss an  
allen Schulen durch geeignetes Personal gewährleistet werden.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 4*

*Kennnummer 14127*

*Juso-Landesverband Baden-Württemberg*

#### **Gymnasiallehrkräfte dienen nicht als Grundschullehrkräfteersatz**

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-  
Landesvorstand dazu auf, sich dafür stark zu machen, dass  
Gymnasiallehrkräfte nicht als Ersatz für fehlende  
Grundschullehrkräfte eingestellt werden. Um den Bedarf an gut  
5 ausgebildeten GrundschullehrerInnen zu decken fordern wir eine  
angemessene Ausstattung der Pädagogischen Hochschulen in  
Baden-Württemberg, die es ermöglicht mehr Studienplätze  
anzubieten. Auch fordern wir eine Angleichung der Studienzeiten  
für Grundschulpädagogik an die anderen Lehrämter. Den  
10 begonnenen Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

#### **Gymnasiallehrkräfte dienen nicht als Grundschullehrkräfteersatz**

Überweisung an den nächsten  
beschlussfassenden Landesparteitag

mit Kontaktstudiengängen für fachfremd Unterrichtende sowie die Möglichkeiten institutioneller Beteiligung der PHs wollen wir weiter vorantreiben.

- 15 Aufgrund des akuten Mangels an Grundschullehrer\*innen in Baden-Württemberg hat die Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) für das Schuljahr 2018/19 vor, diesen Mangel durch den Einsatz von, zumindest in bestimmten Fachbereichen im Überfluss vorhandenen, Gymnasiallehrer auszugleichen.
- 20 Diesen soll im Gegenzug eine Einstellungszusage als verbeamtete Gymnasiallehrkraft erteilt und damit auch ein höheres Gehalt zugesagt werden.

- Wir möchten uns ausdrücklich gegen dieses Vorhaben
- 25 aussprechen, da sich die Anforderungen einer Grundschullehrkraft von denen einer Gymnasiallehrkraft grundlegend unterscheiden. Während in der Grundschule der Fokus deutlich auf der frühkindlichen Pädagogik liegt, ist ein Gymnasialstudium sehr auf die Vermittlung von Fachwissen
- 30 ausgerichtet. Gymnasiallehrkräfte sind daher nicht dafür geeignet, eine Grundschullehrkraft angemessen zu ersetzen.

Deshalb fordern wir, dieses Vorhaben, das Füllen der Leerstellen an Grundschulen durch Gymnasiallehrkräfte, unbedingt zu verhindern.

### *Antragsbereich B/ Antrag 5*

*Kennnummer 14126*

*Juso-Landesverband Baden-Württemberg*

#### **Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte für SchülerInnen verpflichtend machen**

- Um bei jungen Menschen auch in Zukunft aktives Erinnern an den Völkermord an Juden und Jüd\*innen, sowie der Verfolgung von Sinti und Roma, Homosexuellen, Menschen mit Behinderungen, politisch Verfolgten im Dritten Reich und ein
- 5 historisches Bewusstsein für diesen zu gewährleisten fordern wir, dass der Besuch eines Konzentrationslagers innerhalb der Schulzeit für alle Schüler\*Innen im Rahmen des Bildungsplans vorgesehen sein soll. Es soll ein Landesfonds eingerichtet werden, um flächendeckend den Besuch von
- 10 Konzentrationslagern und weiteren Gedenkstätten zu ermöglichen.

Der seelischen und psychischen Belastung des Besuchs eines solchen Konzentrationslagers sind wir uns bewusst, weshalb ein

#### **Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte für SchülerInnen verpflichtend machen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

... Konzentrationslagers oder einer Gedenkstätte innerhalb...

Konzentrationslagern ~~und~~ oder weiteren ...

- 15 solcher Besuch im Geschichtsunterricht vor- und nachbereitet werden muss. Lehrer\*innen sollen vorher ein Gedenkstättenpädagogische Fortbildung erhalten. Alle Schulformen sollen diesen Besuch in der Mittelstufe (achten oder neunten Klasse), angepasst an den Geschichtsunterricht, durchführen. Ausgebildete Guides sollen die Schüler\*Innen durch die Gedenkstätten führen und sie mit der nötigen Sensibilität über den Holocaust unterrichten.

*Antragsbereich B/ Antrag 6*

*Kennnummer 14129*

*Kreisverband Rhein-Neckar*

*Empfänger:*

*Landesvorstand*

*SPD-Landtagsfraktion*

**Verbesserung des Schulgesetzes §4a für Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen**

Die SPD Baden-Württemberg fordert eine konkrete Nachbesserung des Gesetzes für die Ganztagsgrundschule und die Grundstufen der Förderschulen.

**Verbesserung des Schulgesetzes §4a für Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 5 Die Eckpunkte sollte folgendermaßen geändert werden:

§ Rhythmisierter Ganztagsbetrieb findet an vier Tagen mit acht Zeitstunden statt.

- 10 § Ganztagschule gilt in verbindlichen Form für alle Schüler. Ein kostenloses Angebot muss jederzeit sichergestellt werden.

- 15 § Es gilt Schulgeldfreiheit entsprechend. Für Mittagessen kann Entgelt erhoben werden. Es können bei zeitlich oder inhaltlich über den Ganztagsbetrieb hinausgehenden Angeboten Entgelte erhoben werden.

- 20 § Der Schulträger beantragt die Einrichtung einer Ganztagschule auf Basis eines pädagogischen Konzepts.

- 25 § Verankerung im Schulgesetz der Länder: Ganztagschulen können auf Antrag des Schulträgers im Rahmen der hierfür zur Verfügung gestellten Ressourcen auf der Basis eines pädagogischen Konzepts in der verbindlichen Form werden,

sofern die dafür notwendigen räumlichen Voraussetzungen vorliegen.

### 30 **Gruppenbildung / Lehrerwochenstundenzuweisung:**

Es werden rechnerisch Gruppen à 25 Schüler gebildet; ab vier weiteren Schülern kann die nächste 25er-Gruppe eröffnet werden. Die Gruppen können auch klassen- oder

35 jahrgangsübergreifend gebildet werden. Die Gruppen sind die Grundlage für die Zuweisung an Lehrerwochenstunden.

Die Lehrerwochenstunden-Zuweisung pro Gruppe wird in der Ganztagschule erhöht auf:

40 4 Tage à 8 Zeitstunden 20 LWS

Die Einbeziehung außerschulischer Partner ist ein wichtiger Bestandteil des Ganztagschulkonzepts. Die Länder stellen entsprechende Mittel bereit, um eine qualitativ hochwertige

45 Lernbegleitung und Betreuung sicher zu stellen.

Multiprofessionelle Teams sind Angestellte des Landes.

Die Schulleitung erhält für den Aufwand in der Ganztagschule fünf Entlastungsstunden. Zusätzlich kann die Schulleitung mit

50 Landesmitteln entsprechende externe Koordinatoren anstellen.

Die ~~Schulleitung~~ Schule erhält für den Aufwand in der Ganztagschule fünf Entlastungsstunden Anrechnungsstunden.

### **Mittagspause in der Ganztagschule:**

Die Gesamtverantwortung für die Aufsicht über die Schülerinnen und Schüler liegt grundsätzlich beim Land. Die Schule übernimmt die Bereitstellung, Ausgabe und Beaufsichtigung im Speiseraum für alle Schülerinnen und Schüler.

55

~~Die Schule übernimmt die Bereitstellung, Ausgabe und Beaufsichtigung im Speiseraum für alle Schülerinnen und Schüler.~~

Weitere Betreuungsangebote außerhalb des Ganztagsbetriebs obliegen dem Schulträger.

60

Das Kultusministerium kann das Nähere zur Antragstellung, den notwendigen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb, den Mindestschülerzahlen, der Förderung sowie der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern durch Rechtsverordnung regeln.

65

### **Begründung:**

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat Bildungsforscher beauftragt eine Zwischenbilanz von Ganztagsgrundschulen in Deutschland zu ziehen. Unter dem Titel „Betreuung oder Rhythmisierung?“ kommen die Forscher zu folgendem Schluss:

70

Eine Rückkehr zur traditionellen Halbtagschule fordern die Forscher nicht.

75 Stattdessen bemängeln sie, dass es zu wenig rhythmisierte Angebote gebe.

Rhythmisierung ist im Expertenjargon der Fachbegriff für einen gut

strukturierten Schultag bis in den Nachmittag - eine echte Ganztagschule, die den Namen auch verdient, mit einem Wechsel aus Unterricht und Freizeit. Der Aktionsrat Bildung empfiehlt einen rhythmisierten Schultag von mindestens  
80 sieben Zeitstunden an mindestens vier Wochentagen.

Die Realität an den meisten Grundschulen sieht derzeit jedoch anders aus: Am Vormittag unterrichten Lehrer, kompakt und stofforientiert, bis der Caterer anrückt oder in der Schulkantine die Essen ausgegeben werden. Nach der  
85 Mittagspause kommen dann externe Kooperationspartner in die Schulen: Horte, Sportvereine, private Anbieter, die Malkurse veranstalten oder mit den Klassen auf dem Hof Fußball spielen. Die Angebote mögen Spaß machen und gut vorbereitet sein - mit Schule haben sie nicht viel zu tun. Die meisten Lehrer sind um diese Tageszeit zu Hause, regulärer Unterricht findet kaum noch statt.  
90 Die Nachmittagsangebote müssen an vielen Schulen von den Eltern bezahlt werden.

#### **Verzahnung von Vormittag und Nachmittag**

95 Doch genau diese Zweiteilung stößt bei den Bildungsforschern auf Kritik. Notwendig seien "Maßnahmen der Qualitätssicherung" sowie eine echte "Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Gestaltungselementen des Ganztags". Doch "Lehrkräfte und Schulleitungen" verfügten "scheinbar über eine noch nicht ausreichende Expertise", um "die neuen Anforderungen  
100 des Ganztags effektiv umzusetzen". Und auch für die Zusatzkräfte am Nachmittag gelte: "Die Qualifikation des Personals ist für die Bewältigung der anspruchsvollen Aufgaben der Ganztagsgrundschule entscheidend."

Dem Aktionsrat Bildung geht es um die Qualität der Ganztagschulen, die mehr  
105 sein sollen als bloße Verwahranstalten. Die Experten fordern einen "auf Forschungsergebnisse gestützten Handlungsplan im Sinne von länderübergreifenden pädagogischen Leitlinien" - umzusetzen durch die Kultusminister, innerhalb der kommenden fünf oder zehn Jahre.

110 Um diese Qualität zu sichern, muss mehr in die Ganztagschule investiert werden.

#### **Antragsbereich B/ Antrag 7**

*Kennummer 14130*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

#### **Betreuungsschlüssel für Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern höher setzen**

Der Betreuungsschlüssel an ErzieherInnen für den Ganztagsschulbetrieb an Grundschulen ist zu erhöhen. Ein

**Betreuungsschlüssel für Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern höher setzen**  
Annahme in der Fassung der Antragskommission

... ~~Verband der Erzieherinnen und~~

- 5 geeigneter Betreuungsschlüssel soll in Zusammenarbeit mit dem Verband der Erzieherinnen und Erzieher erarbeitet werden.

Erzieher den pädagogischen Fachverbänden erarbeitet ...

**Begründung:**

- 10 Ein ErzieherInnen-Azubi muss bereits jetzt für 2 Stunden die Nachmittagsbetreuung von 30 Kindern übernehmen und hat die volle Verantwortung. Die Gruppe kann daher nicht getrennt werden, Toilettengänge sind für die ArbeitnehmerInnen nicht möglich. Es gilt hier die Bedingungen für die Betreuung der Realität anzupassen, solange die volle Verantwortung bei den ErzieherInnen liegt.

*Antragsbereich B/ Antrag 8*

*Kennnummer 14131*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Dual-Studierende in die Novellierung des BBiG**

Wir fordern, dass das Berufsbildungsgesetz (BBiG) endlich novelliert wird. In diesem Zusammenhang fordern wir die Aufnahme eines Kapitels über Dual Studierende, die die Schutzbestimmungen der Ausbildung auf Dual Studierende

- 5 ausweitet. Den verschiedenen Formen des Dualen Studiums ist dabei praxis- und ausbildungsintegriert Rechnung zu tragen.

**Begründung:**

- 10 (Begründung erfolgt mündlich)

**Dual-Studierende in die Novellierung des BBiG**

Annahme

*Antragsbereich B/ Antrag 9*

*Kennnummer 14132*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Gleichstellung der Gesellschaftswissenschaften**

In der Oberstufe sollen die Fächer Gemeinschaftskunde und Erdkunde fünf- und zweistündig an geboten werden, anstatt fünf- und einstündig, wie es in der Oberstufenreform bisher geplant ist.

- 5 Um das umzusetzen sollen die Fächer Biologie, Physik, Chemie sowie Fremdsprachen, die zusätzlich zu Englisch gewählt werden, fünf- und zweistündig angeboten werden, anstatt fünf- und dreistündig. Deutsch, Englisch und Mathe werden weiterhin fünf- und dreistündig angeboten. Alle anderen Fächer werden
- 10 fünf- und zweistündig angeboten werden. Langfristig sollen alle

**Gleichstellung der Gesellschaftswissenschaften**

Annahme

Gesellschaftswissenschaftlichen Fächer den anderen Aufgabengebieten gleichgestellt werden.

**Begründung:**

15

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer sind wichtig für unsere Gesellschaft, da in diesen Fächern die Grundlagen der Demokratie gelehrt werden. Vor allem Gemeinschaftskunde und Erdkunde sind wichtig, um über internationale und nationale politische Beziehungen zu lernen und diese zu verstehen. Ein besonders wichtiger Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften ist die Diskussion.

20

Da in der Schule Jugendliche von unterschiedlichsten Hintergründen und mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen zusammenkommen ist sie ein besonders geeigneter Ort um kontrovers zu diskutieren und das Diskutieren an sich zu lernen. Allerdings werden die Gesellschaftswissenschaften in der geplanten Oberstufenreform stark benachteiligt. Die Oberstufenreform sieht vor, alle sprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächer fünf- und dreistündig anzubieten. Die Gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sollen allerdings nur fünf- oder zweistündig angeboten werden. Da Gemeinschaftskunde und Erdkunde allerdings nur jeweils in zwei von vier Halbjahren unterrichtet werden bedeutet dies, dass diese Fächer nur einstündig angeboten werden, vorausgesetzt, man wählt eines der Fächer als Leistungskurs.

35

Auch ist es keine Pflicht, eine Gesellschaftswissenschaft als Leistungskurs zu belegen (fünfstündig). Möchte man die Gesellschaftswissenschaften in Form von Leistungskursen aber vertiefen kann man lediglich einen von drei Leistungskursen in einer Gesellschaftswissenschaft belegen. Die anderen beiden Leistungskurse müssen in sprachlichen oder mathematisch-naturwissenschaftlich technischen Fächern belegt werden. Um die so entstehende Vernachlässigung der Gesellschaftswissenschaften zu verhindern sollen alle Fächer, auch Geographie und Gemeinschaftskunde, zweistündig angeboten werden.

45

Da dadurch zusätzliche Stunden anfallen sollen die naturwissenschaftlichen Fächer zweistündig angeboten werden, wenn sie als Basisfach gewählt werden, ebenso wie Fremdsprachen, die zusätzlich zu Englisch gewählt werden. Dadurch ist es weiterhin möglich, ein Wahlfach oder Seminarkurs zu belegen, ohne übermäßig viele Wochenstunden zu haben. Diese Maßnahme verringert zusätzlich die Benachteiligung der Gesellschaftswissenschaften, da dadurch die Basisfächer, egal welchen Bereiches, gleichberechtigt sind.

50

*Antragsbereich B/ Antrag 10*

*Kennnummer 14134*

*Kreisverband Freudenstadt*

## **Förderung sozialer Kompetenzen an Schulen**

Die Gesellschaft und somit auch die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen haben sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert und sind immer schneller werdenden Veränderungsprozessen unterworfen.

5

Tiefgreifende Umbrüche in allen Lebensbereichen müssen von ihnen verarbeitet werden.

10 Erschreckende gesellschaftliche Entwicklungen mit dramatischen Folgen sind zu beobachten, wie z.B.

- Mangelndes Selbstvertrauen

15 - Fehlende Kommunikationsfähigkeit und Handlungskompetenz in Konflikten

- Missbrauchs- und Suchtverhalten

20 - Auffälligkeit, Aggression und Gewaltbereitschaft

Darauf weisen erschreckende Fakten hin:

25 - Jeder sechste (!) Schüler ist Mobbing-Opfer (19.04.2017 Süddeutsche Zeitung)

- Zunahme Lehrer-

Mobbing (Bildungsmagazin „News4Teachers“ 24.07.2017)

30 - Auffälliger Anstieg von Depressionen bei Kindern und Jugendlichen (Südwestpresse 13.03.2018)

35 - Komasaufen: 22.300 Jugendliche 2016, allein in Stuttgart Steigerung um 69% gegenüber 2015 (10.02.2018 Südwestpresse)

- Derzeit über 11.000 Salafisten in Deutschland

40 – doppelt so viele wie vor fünf Jahren (Tagesschau vom 04.04.2018)

45 Obwohl es bereits viele Programme zum Sozialverhalten an Schulen gibt, zeigen die genannten Fakten deutlich, dass diese nicht ausreichen und wie erwartet greifen.

## **Förderung sozialer Kompetenzen an Schulen**

Ablehnung

50 Fachleute, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, vor allem  
therapeutisch, bestätigen die unbedingte Notwendigkeit der  
Förderung von sozialen Kompetenzen.

55 Deshalb sind wir überzeugt davon, dass unser Bildungskonzept  
dringend weitere Maßnahmen ergreifen muss, um diesen  
erschreckenden, dramatischen Entwicklungen  
entgegenzuwirken.

60 Deshalb fordern wir die Einführung eines Schulfaches zur  
Förderung sozialer Kompetenzen.

65 So wie Deutsch, Mathematik und weitere Unterrichtsfächer  
gelehrt werden, muss Schule die Möglichkeit bieten, dass Kinder  
und Jugendliche sich zu lebensfähigen, gesunden,  
selbstständigen, eigenverantwortlichen und kritikfähigen  
Persönlichkeiten entwickeln.

70 Dies muss im Interesse aller Beteiligten liegen, weil nur solche  
gestärkten Persönlichkeiten in der Lage sind, achtsam und  
verantwortlich mit sich und anderen umzugehen.

75 Dies bildet auch das Fundament für eine funktionierende  
demokratische Gesellschaft.

Aus unserer Sicht muss sich die Sozialkompetenzförderung  
durch die gesamte Schulzeit ziehen, denn nur langfristige,  
kontinuierliche Programme sind nachhaltig und haben damit die  
größten Erfolgchancen im Gegensatz zu kurzfristigen,  
einmaligen Aktionen.

80 Mit zu überlegen sind auch:

- Lehrerbildung
- Personalschlüssel
- 85 - Elternarbeit auf Augenhöhe in der Schule
- Schule als Lebensraum
- 90 - Vernetzung aller Akteure
- Kompetenzförderung bereits im Kindergarten
- Kindergartenbesuch verpflichtend ab dem 4. Lebensjahr

# Europa

Antragsbereich EUR/ **Antrag 1**

*Kennnummer 14096  
Kreisverband Stuttgart*

*Empfänger:  
Bundesparteitag  
SPD-Abgeordnete der Fraktion der S&D  
SPD-Bundestagsfraktion*

## **Mehr Europa wagen Mehr Europa wagen – wir brauchen ein sozialdemokratisches Bekenntnis zu Europa**

**Mehr Europa wagen**  
Annahme

In Zeiten, in denen Rechtspopulist\*innen gegen Europa hetzen,  
5 Großbritanniens Bürger\*innen den Austritt aus der Europäischen  
Union beschließen und zunehmend weniger statt mehr Europa  
gefordert wird, bedarf es eines klaren Bekenntnisses der  
Sozialdemokratie und Deutschlands zu Europa. Deshalb fordern  
wir die Einführung eines gesetzlichen Feiertags zur europäischen  
10 Einheit.

Unser Ziel ist es, diesen Feiertag europaweit einzuführen.  
Deshalb fordern wir die SPD Abgeordneten im Europaparlament  
sowie die sozialdemokratische Partei Europas dazu auf, sich für  
15 die Einführung dieses Feiertags einzusetzen. Da gesetzliche  
Feiertage in Deutschland in die Kompetenz der Länder fallen,  
fordern wir außerdem die SPD Landesvorsitzenden und  
Abgeordneten in Landesparlamenten auf, sich für die Einführung  
des Feiertags zur europäischen Einheit in den Bundesländern  
20 einzusetzen.

Als Datum für den Europäischen Feiertag schlagen wir den 9.  
Mai vor, der als Datum der Unterzeichnung der Schumann-  
Erklärung\* bereits Europatag der Europäischen Union ist. Der  
25 Kosovo hat den 9. Mai als einziges Land als gesetzlichen Feiertag  
beschlossen. Wir fordern, dass sich alle Mitgliedsstaaten der EU  
dem anschließen und den Europatag zum gesetzlichen Feiertag  
erklären.

30 Europa ist als Friedens- und Völkerverständigungsprojekt die  
größte Errungenschaft unserer Zeit. Diese gilt es vor  
nationalistischen und rechten Tendenzen zu schützen und weiter  
voranzutreiben. Mit der Forderung nach einem europäischen  
Feiertag bekennen wir uns klar zur europäischen Idee. Als  
35 Sozialdemokrat\*innen setzen uns für ein stärkeres,  
gemeinschaftlicheres Europa ein.

Denn: nur mehr Europa kann auch mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität bedeuten.

40

**Begründung:**

\*Aufbauend auf einer Idee von Jean Monnet schlug Frankreichs Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 in seiner Pariser Rede vor, eine

45 Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen. Diese wurde als Schuman-Erklärung bekannt und mündete in die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, die den Grundstein der heutigen Europäischen Union bilden sollte.

50 Beim Mailänder Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 1985 wurde auf Anregung des Adonnino-Ausschusses beschlossen, zur Erinnerung an dieses Ereignis am 9. Mai jedes Jahres den Europatag der Europäischen Union zu begehen, an dem nun seit 1986 zahlreiche Veranstaltungen und Festlichkeiten stattfinden. Gleichzeitig ist der Europatag arbeitsfrei für viele Bedienstete der  
55 EU-Einrichtungen, wobei das Europäische Parlament dessen ungeachtet tagt, soweit der 9. Mai auf einen Gruppen-, Ausschuss- oder Plenumstag fällt.

In Artikel I-8 des EU-Verfassungsvertrags wurde der Europatag zusammen mit weiteren Symbolen der Europäischen Union explizit aufgeführt. Nach dem  
60 Scheitern des Verfassungsvertrags wurde dies im Vertrag von Lissabon jedoch nicht übernommen.

*Antragsbereich EUR/Antrag 2*

*Kennnummer 14097*

*Ortsverein Winnenden*

*(Kreisverband Rems-Murr)*

**Ein neuer Aufbruch in Europa**

Die SPD begrüßt mit Nachdruck, dass die Große Koalition einen neuen Aufbruch in Europa in engem Schulterschluss mit Frankreich zu einem Kernprojekt ihrer Arbeit erklärt hat. Europa ist für Deutschland Garant für Sicherheit und Wohlstand. Für die  
5 SPD sind für die nächsten Jahre folgende Schritte von zentraler Bedeutung:

1) Wir haben die **Vision**, dass Europa im Hinblick auf die globalen Herausforderungen wie Sicherheit, Bekämpfung von  
10 Fluchtursachen oder Klimawandel, mit e i n e r Stimme die europäischen Interessen vertritt.

**Ein neuer Aufbruch in Europa**  
Erledigt durch Beschlusslage (LVV Tuttlingen, 22.09.2018)

15 2) Wir begrüßen die konsequente Haltung der EU in den **Brexit-Verhandlungen**. Ein Sonderstatus oder Rosinenpickerei darf Großbritannien nicht zugestanden werden.

3) Der Wegfall der britischen Beiträge zum EU-Haushalt muss  
20 Ausgangspunkt einer **inneren Reform der EU** sein. Dabei sehen wir folgende Wege:

a) Es ist Zeit, sich klar zu einem **Europa der zwei Geschwindigkeiten** zu bekennen – ggf. auch innerhalb der Euro-  
25 Zone. Nichts Anderes bedeuten die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron.

b) **Zusätzliche Mittel** für die EU, zu denen wir uns bekennen, fließen im Wesentlichen in die Herausforderungen einer **neuen Sicherheitspolitik** im weiten Sinne sowie in die Stabilisierung und Weiterentwicklung der **Euro-Zone**. Im Gegenzug zu einer Stärkung der Euro-Zone durch Investitionen aus europäischen Mitteln erwarten wir, dass das **Ende der Nullzinspolitik**  
30 eingeleitet wird.

35 Zu einer **neuen Sicherheitspolitik für Europa** zählt – mit Blick auf das neue Verhältnis der USA zu Europa – die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO. **Wir lehnen es aber ab, uns von den USA in einen neuen Rüstungswettlauf zwingen zu lassen.**  
40

Zur neuen Sicherheitspolitik zählen ferner all die Maßnahmen, die unsere **Antwort auf Flucht und Vertreibung** sind. Das sind kurzfristig die Sicherung der EU-Außengrenzen, der koordinierte und intensive Kampf gegen den Terrorismus sowie die  
45 Entlastung der südlichen EU-Mitglieder. Die Aufnahme und Registrierung von Flüchtlingen hinter den EU-Außengrenzen muss nach EU-Standards auf EU-Kosten erfolgen.

**Langfristig** betonen gerade wir als Sozialdemokraten die  
50 Notwendigkeit, **Fluchtursachen zu bekämpfen**, damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft sehen. Zu dieser gewaltigen Aufgabe gehören faire Handelsbedingungen zwischen der EU und der Dritten Welt, eine konsequente Eindämmung von Waffenexporten sowie ein weltweites  
55 Engagement gegen den Klimawandel und seine Folgen wie ansteigende Weltmeere. Dazu zählt auch das Zuwanderungsgesetz, das die Koalition auf Verlangen der SPD umsetzen will, weil es ein Stück weit die Chance auf Zukunft gegen gefährliche Fluchtwege setzt. Wir konzentrieren diese  
60 neue Entwicklungs-Zusammenarbeit auf Staaten, bei denen wir sicher sind, dass unsere Investitionen nicht in korrupten Systemen versickern.

#### **Die Maßnahmen der neuen Sicherheitspolitik für Europa**

65 **fordern sowohl in Europa als auch in Deutschland  
zusätzliche Mittel.**

c) Die EU-Kommission fordern wir auf, Spar-Vorschläge  
vorzulegen, die den **Wegfall der britischen Mittel** durch die  
70 Konzentration auf wesentliche Aufgaben komplett ausgleichen.  
Wenn reiche Regionen umfangreiche Mittel aus dem Sozialfonds  
und Regionalfonds erhalten, so signalisiert dies ein  
entsprechendes Potenzial. Mit entsprechenden Kürzungen muss  
auch der Verwaltungsapparat in Brüssel reduziert werden.

75

3) **Die großen Konzerne gerecht zu besteuern**, ist für uns ein  
herausragendes Ziel für die Weiterentwicklung der EU. Gewinne  
müssen in dem Land besteuert werden, in dem sie entstehen.  
Dafür sind geeignete Instrumente zu schaffen, die auch den  
80 neuen Steuerwettbewerb durch die USA abwehren.

**Begründung:**

Europa braucht einen neuen Aufbruch, denn es steht nach außen wie nach innen  
85 vor schwierigen Problemen.

Der große Verbündete im Westen bedroht Europa mit einem Handelskrieg, die  
militärische Zusammenarbeit mit den USA ist in Frage gestellt. Das Verhältnis  
zum großen Nachbarn im Osten ist zerrüttet. Der NATO-Partner im Südosten  
90 führt einen Angriffskrieg. Die Bedrohung durch Terroristen bleibt akut.  
Zahllose Menschen sind nach wie vor den Toren Europas auf der Flucht.

Im Innern ist Europa gespalten. Die Abspaltung Großbritanniens steht vor der  
Tür. In neuen Mitgliedsländern im Osten werden rechtsstaatliche Grundsätze in  
95 Frage gestellt. Die Positionen in der Flüchtlingsfrage bleiben unvereinbar. Die  
Banken- und Staatsschuldenkrise hat sich beruhigt, die Quellen der Krise  
scheinen aber immer noch nicht verstopft zu sein. Die jahrelange  
Nullzinspolitik der Zentralbanken hat zu einer völlig überdimensionierten  
Geldschöpfung geführt. Die Wirtschaftsentwicklung in der Euro-Zone klappt  
100 auseinander; das riesige außenwirtschaftliche Ungleichgewicht Deutschlands  
belastet die Zusammenarbeit.

Ein neuer Aufbruch in Europa kann nur gelingen, wenn Frankreich und  
Deutschland die Lokomotivfunktion übernehmen.

# Prostitution

Antragsbereich Pr/ Antrag 1

Kennnummer 14142  
Landesvorstand

## Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes

5

Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine Handreichung für  
10 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu erarbeiten, die sicherstellt, dass die Vorschriften des Prostituiertenschutzgesetzes, die unmittelbar dem Schutz der in der Prostitution Tätigen dienen, restriktiv umgesetzt werden. \*

15 Die SPD setzt sich für die Umsetzung des so genannten nordischen Modells in Deutschland ein. Dieses beinhaltet im Wesentlichen, die völlige Entkriminalisierung der in der Prostitution Tätigen, die Freierbestrafung, Ausstiegshilfen für Prostituierte und Freier.

20

*\*-Zwei Zimmer-Regelung / Wuchermieten / Konzessionspflicht*

### **Begründung:**

25 Deutschland ist mit der Liberalisierung des Sexgewerbes 2001 zum „begehrten“ Zielland für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung geworden. Der größte Teil der Frauen, die in Deutschland als Prostituierte tätig sind, kommen aus dem Ausland (80-95%), meist aus den ärmsten Regionen Südosteuropas. Häufig sind sie Angehörige ethnischer Minderheiten. Doch auch  
30 vermehrt Mädchen und junge Frauen aus Deutschland werden durch die sogenannte Loverboy-Masche in die Prostitution gebracht. Unter großer existentieller Not werden Frauen in Deutschland im Sexgewerbe „vermarktet“ und ausgebeutet. Das Sexgewerbe hat sich nach der Liberalisierung (auch aufgrund der gleichzeitigen EU-Osterweiterung) ausgeweitet; Deutschland ist  
35 heute das Bordell Europas. Zugleich haben die geforderten Praktiken und der Umgang mit den Frauen in der Prostitution menschenverachtenden bzw. frauenverachtenden Charakter angenommen.

## Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes

Annahme in der Fassung der Antragskommission

## Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und Einführung des nordischen Modells

40 Prostitution ist Ausdruck struktureller Gewalt gegen Frauen, hat negative  
Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft und verhindert die Gleichstellung der  
Geschlechter. Prostitution ist Gewalt gegen Frauen – Gewalt gegen alle Frauen,  
die durch die Existenz des Systems Prostitution zur potentiellen Ware werden,  
häufig aber auch ganz konkret individuelle Gewalt gegen einzelne Prostituierte.

45

Das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) von 2017 soll die Situation nun in  
Ansätzen nachjustieren. Damit das ProstSchG seine Wirkung entfalten kann, ist  
es unbedingt notwendig, dass das Gesetz konsequent und ausnahmslos  
durchgesetzt wird! Strikte Kontrollen und eine konsequente Durchsetzung der

50 Anforderungen an Bordellbetreiber\*innen sind hierzu notwendig.

Abschnitt 3 des ProstSchG erfordert eine Erlaubnis zum Betrieb eines  
Prostitutionsgewerbes. Für die Umsetzung sind die Kommunen zuständig. Eine  
Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn neben den spezialrechtlichen auch die  
55 baurechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Bordelle und bordellähnliche  
Betriebe sind z.B. in reinen und allgemeinen Wohngebieten sowie  
Mischgebieten bauplanungsrechtlich nicht zulässig. Terminwohnungen sind nur  
in Gewerbegebieten zulässig.

60 Das Nordische Modell: Das sogenannte nordische Modell wird in Schweden,  
Island und Norwegen angewendet. Es erachtet Prostitution als eine Verletzung  
der Menschenrechte und als eine Form von Gewalt gegen Frauen. Es  
kriminalisiert diejenigen, die für Sex bezahlen, und nicht die, die ihn verkaufen.

## *Antragsbereich Pr/ Antrag 2*

*Kennummer 14163*

*AsF Baden-Württemberg*

*Empfänger:  
SPD-Landtagsfraktion*

### **Stabile Finanzierung der Beratungsstellen für Prostituierte**

Mit der Reform des Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG),  
welches am 1. Juli 2017 in Kraft trat, wird die  
Informationspflicht der Behörden zu Beratungsgesprächen  
festgeschrieben. Dies sind die kommunalen Stellen (Kommunen,  
5 Städte, Landkreise), die auch die Anmeldung durchführen.

Wie das baden-württembergische Sozialministerium ausführt, ist  
das Ziel des Informations- und Beratungsgesprächs (in einer  
geschützten und vertrauensvollen Umgebung), die Prostituierten  
10 in ihren Rechten zu stärken und sie zu informieren. Hierbei sollen  
Information zur Rechtslage nach dem Prostituiertenschutzgesetz,  
zur Absicherung im Krankheitsfall, zu gesundheitlichen und  
sozialen Beratungsangeboten, über die Steuerpflicht der

### **Stabile Finanzierung der Beratungsstellen für Prostituierte**

Annahme

15 aufgenommenen Tätigkeit und zur Erreichbarkeit von Hilfe in  
Notsituationen gegeben werden. Diese Informationen sollen  
außerdem mehrsprachig angeboten werden.

Allerdings gibt es hierfür keine einheitlichen Standards und noch  
viel eklatanter, keine gesicherte Finanzierung. Wenn Kommunen  
20 keine Mittel für die Beratung haben, wird diese nicht angeboten.

Die baden-württembergische Landesregierung hat hier begrenzt  
Mittel zur Mitfinanzierung kommunaler Beratungsangebote  
bereitgestellt, die allerdings nicht annähernd ausreichen. Von  
25 einer flächendeckenden Beratungsstruktur ist Baden-  
Württemberg noch weit entfernt.

Deshalb wird die Landtagsfraktion aufgefordert, sich für eine  
gesicherte Finanzierung der Beratungsstruktur in Baden-  
30 Württemberg einzusetzen.

**Begründung:**

Prostituierte sind einem hohen Belastungsrisiko ausgesetzt und benötigen einen  
35 speziellen Beratungsbedarf, welcher nun auch durch die Reform des ProstSchG  
festgeschrieben ist.

Diese Beratungsangebote in Deutschland sind jedoch nicht in allen Städten  
vorhanden. Besonders in ländlichen Gegenden gibt es derzeit kaum  
40 Anlaufstellen für die betroffenen Frauen.

Eine flächendeckende Finanzierung der Beratungslandschaft ist Voraussetzung  
um das Beratungsanliegen umzusetzen.

# Innen und Recht

Antragsbereich IR/ Antrag 1

Kennnummer 14143

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

## **Mehr Frauen in die Kommunalparlamente. Eine Geschlechterquote in der Gemeindeordnung**

- “Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“, so zumindest der Wortlaut des Art. 3 Abs. 2 im
- 5 Grundgesetz. Viele Lebensbereiche erfüllen diese Verfassungsnorm bereits. Doch bezogen auf die Politik, und speziell die politischen Verhältnisse der Kommunen, sehen wir dringenden Förderbedarf.
- 10 Für Frauen ist es nach wie vor weitaus schwieriger einen Sitz in einem kommunalpolitischen Parlament zu ergattern. Die meisten politischen Parteien haben seit 1986 Frauenfördermaßnahmen für jegliche Wahlen, meist in Form einer Quotierung, eingeführt. Diese „Frauenquoten“ waren ein erster wichtiger Schritt um
- 15 größere Frauenanteile zu schaffen. Eine in den Gemeindeordnungen festgeschriebene Quote ist, unserer Ansicht nach, der nächste dringliche Schritt. Denn in den meisten Fällen erreichen die Parteien ihre selbst gesetzten Quoten bei den Kommunalwahlen nicht. Aus diesem Grund benötigen wir eine
- 20 feste Quotierung, die direkt aus den Gemeindeordnungen hervorgeht.

- Aufgrund der erschreckenden Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern, trotz der eigentlichen selbst
- 25 auferlegten Verpflichtung der politischen Parteien für Gleichberechtigung zu sorgen, fordern die Jusos Baden-Württemberg: die Einführung einer Quotierung von 50 Prozent für die Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl in den Gemeindeordnungen. Dabei hat ein Wechsel der Geschlechter zu
- 30 erfolgen. Diese Quote gilt nur für die erste Hälfte der höchstmöglichen Bewerber\*innenzahl.

- Während der Frauenanteil in Parlamenten und parlamentarischen Führungspositionen rund ein Drittel beträgt, schaffen wir auf
- 35 kommunaler Ebene nicht ein mal das: Wir kommen dort nämlich nur auf knapp ein Viertel. Im Kommunalwahljahr 1984, vor Einführung der jeweiligen Frauenquoten in den einzelnen

**Mehr Frauen in die Kommunalparlamente. Eine Geschlechterquote in der Gemeindeordnung**  
Überweisung an Landtagsfraktion

- politischen Parteien, lag der Anteil an weiblichen Mitgliedern in Gemeinde- und Kreisräten bei unter 10 Prozent. Bis zu den
- 40 Wahlen im Jahr 2014 stieg der Frauenanteil in kommunalpolitischen Parlamenten um 14,4 Prozentpunkte. Obwohl sich in dieser Entwicklung ein positiver Trend abzeichnet, ist keineswegs von Gleichberechtigung auszugehen. Ob diese Veränderung allein der Einführung der Frauenquote
- 45 anzurechnen ist, kann nicht bestätigt werden. Allerdings sehen wir in der Frauenquote der Parteien einen ersten Schritt in Richtung Gleichberechtigung.

### *Antragsbereich IR/ Antrag 2*

*Kennummer 14144*

*Juso-Landesverband Baden-Württemberg*

#### **Für ein echtes Recht auf Schwangerschaftsabbruch**

- Rund 100.000 Schwangerschaftsabbrüche werden jährlich in Deutschland vorgenommen. Während darüber berichtet wird, wie in anderen Ländern diese Möglichkeit für Frauen in Frage gestellt wird oder nicht vorhanden ist, gerät aus dem Blick, dass auch in
- 5 Deutschland Betroffene einen Schwangerschaftsabbruch nicht ohne weitere Hürden vornehmen lassen können.

#### Die Kosten

- 10 Ein Schwangerschaftsabbruch kostet rund 350-800 Euro. Diese werden bei einem Abbruch, der straffrei, aber rechtswidrig ist, nicht übernommen. Nur bei geringem Einkommen (unter ca. 1120 Euro netto) werden die Kosten von den Krankenkassen gezahlt. Dies stellt für viele Betroffene eine unzumutbare
- 15 Belastung dar. Sie sind ggf. nicht nur einem finanziellen Engpass ausgesetzt, sondern auch sozialem und familiärem Druck, bspw. wenn der Abbruch ohne Wissen der Familie stattfinden muss. Deshalb fordern wir die vollständige Übernahme der Kosten aller Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen, da es sich
- 20 um einen medizinischen Eingriff handelt.

#### Die Beratungspflicht

- Vor der Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs sind
- 25 Betroffene verpflichtet, sich beraten zu lassen. Die Beratung muss mindestens drei Tage vor dem Abbruch stattgefunden haben, um den Betroffenen ein „Überdenken“ des Abbruchs zu ermöglichen. Diese Pflicht schränkt das Selbstbestimmungsrecht

#### **Für ein echtes Recht auf Schwangerschaftsabbruch**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

ein und führt dazu, dass Betroffene, die zum Abbruch  
30 entschlossen sind, extra Wartezeit bis zum Abbruch in Kauf  
nehmen müssen. Das hat ggf. Auswirkungen auf die Art des  
Abbruchs und kann zu einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit von  
Komplikationen führen. Die Beratungspflicht ist sowohl aus  
diesem Grund wie auch aufgrund ihres bevormundenden  
35 Charakters den Betroffenen gegenüber abzulehnen. Die  
Beratungspflicht ist abzuschaffen. Den bisherigen  
Beratungsstellen soll dagegen die Aufgabe zukommen,  
Betroffene auf ihren eigenen Wunsch hin zu beraten. Denn nur  
durch ein Angebot, nicht durch eine Pflicht, kann ein  
40 vertrauensvolles Verhältnis gewährleistet werden.

#### Der Zugang

Viele Kliniken, Ärztinnen\* oder Ärzte\* weigern sich, einen  
45 Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Das hat in einigen  
Fällen zur Folge, dass Betroffene über hundert Kilometer weit  
fahren müssen, um den Eingriff durchführen zu lassen. Das stellt  
sie vor vielerlei Probleme. So werden die Fahrtkosten nicht  
erstattet, Betroffene müssen sich nach einem Eingriff unter  
50 Vollnarkose abholen lassen, brauchen also eine Vertrauensperson  
und müssen gegebenenfalls noch eine Kinderbetreuung  
organisieren. Die Fahrtkosten sind künftig ebenso wie die Kosten  
des Schwangerschaftsabbruchs von der Krankenkasse zu  
erstaten. Auch Kosten, die für eine Fahrt anfallen, die der  
55 Vorbesprechung des Eingriffs dient, sind zu ersetzen. Die  
bisherige Praxis, dass Klinikleitungen über das Angebot der  
Abtreibung entscheiden können, lehnen wir ab. Die  
Entscheidung, ob ein Arzt\* oder eine Ärztin\* einen Abbruch  
begleiten möchte, sollte bei der behandelnden Person liegen und  
60 nicht bei deren Vorgesetzten. Die Länder sind dazu zu  
verpflichten, künftig sicherzustellen, dass  
Schwangerschaftsabbrüche in jedem Landkreis möglich sind. Die  
Wartezeit bis zur Vornahme darf nicht mehr als 5 Tage betragen.  
Nur so kann eine sichere Versorgung und angemessene  
65 medizinische Behandlung der Betroffenen gewährleistet werden.  
Darüber hinaus soll die Fachärzt\*innen-Ausbildung im Bereich  
Gynäkologie dahingehend verändert werden, dass angehende  
Gynäkolog\*innen auf freiwilliger Basis in allen Möglichkeiten  
des Abbruchs ausgebildet werden.

70

#### Die Akzeptanz

Die Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen wird durch ihre  
starke Verankerung im Strafgesetzbuch gehindert. Auch  
75 schränken die dortigen Regelungen die Betroffenen teilweise  
stark ein. Daher sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12.  
Woche wie bisher grundsätzlich straffrei zu stellen. Zugleich  
muss ihre Rechtswidrigkeit innerhalb dieses Zeitraums entfallen.

~~Zugleich muss ihre Rechtswidrigkeit  
innerhalb dieses Zeitraums entfallen.~~

80 Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen bei Ärzt\*innen  
sind derzeit kaum erhältlich. Ärzt\*innen machen sich strafbar  
nach § 219a StGB, wenn sie auf ihren Internet-Seiten oder  
anderweitig über das Angebot eines Schwangerschaftsabbruchs  
informieren. Diese restriktive Informationspolitik schadet  
85 Schwangeren, wenn sie sich ohne Druck informieren wollen und  
drängt die wenigen Ärzt\*innen, die noch Abbrüche anbieten, in  
die Unsichtbarkeit. Zudem sehen sie sich durch § 219a  
Repressionen ausgesetzt, auch wenn sie neutral zum Abbruch  
informieren. Der § 219a ist ersatzlos abzuschaffen.

Der § 219a ist ersatzlos abzuschaffen. § 219a StGB ist dahingehend zu ändern, dass Ärztinnen und Ärzte straffrei über Schwangerschaftsabbrüche objektiv informieren können und das Informationsrecht für schwangere Frauen gewährleistet wird.

### *Antragsbereich IR/ Antrag 3*

*Kennnummer 14145  
Ortsverein Winnenden  
Ortsverein Waiblingen  
Ortsverein Schwaikheim  
(Kreisverband Rems-Murr)*

*Ortsverein Offenburg-Zell-Weierbach  
(Kreisverband Ortenau)*

### **Mit „Innere Sicherheit – Innerer Frieden“ - zur zukunftsfähigen Polizei!**

**Sicherheit ist ein Grundrecht, ein Hauptanliegen – und somit aktuell eine der größten Sorgen aller Baden-Württemberger**

5 Die nunmehr seit Jahren existierenden Ängste und Sorgen  
unserer Bürgerinnen und Bürger wurden lange nicht ernst  
genommen. Klar ist, dass eine Statistik, wie auch immer  
ausgelegt, die Gefühle der Menschen nicht verändern kann.  
Jegliche rationale Diskussion über „die gute Sicherheit in unserer  
Stadt/Gemeinde“ verändert nicht das schlechte Gefühl auf dem  
10 nächtlichen Heimweg durch die Fußgängerzone.... und weit und  
breit ist keine Fußstreife zu sehen.

15 Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass die Polizei in unserem  
Land eine tragende Rolle spielt, den demokratischen Rechtsstaat  
zu schützen und zu garantieren.

### **Mit „Innere Sicherheit – Innerer Frieden“ - zur zukunftsfähigen Polizei!**

Überweisung an Landtagsfraktion

Die Polizei ist der Garant des Rechtsstaates und daher für uns als SPD Baden-Württemberg existenziell.

20

Daher benötigen wir eine Polizei nach unseren Kriterien und Vorstellungen, eine „Bürgernahe Polizei“, wie in unserem Positionspapier „**Innere Sicherheit – Innerer Frieden: Auf dem Weg zur bürgernahen Polizei!**“ beschrieben.

25

Diese Bürgerpolizei, „Nah bei den Menschen“, erhält unsere absolute Unterstützung.

Das hat natürlich seinen gesellschaftlichen und politischen Preis.

30

Wir müssen dafür etwas bieten und die Polizei sowie die Gesellschaft für unseren Weg gewinnen.

Was darf unsere Bürgerpolizei von uns erwarten?

35

### **1. Wertschätzung, Respekt und Akzeptanz**

#### **a) Innere Sicherheit – die Aufgabe der #Profis**

Die SPD wird die Polizei weiter stärken – aber NICHT auf

40

Kosten der Gesundheit von „Freiwilligen“, wie auch NICHT auf Kosten der Gesundheit der jahrelang ausgebildeten und bewährten Polizeibeamtinnen und -beamten.

Stichworte wie „Messerattacken; steigende Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte; Terrorgefahr; Hooligans; gewalttätige Auseinandersetzung bei Demonstrationen“ bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Wir werden den Freiwilligen Polizeidienst mittelfristig zum Schutz der eingesetzten Ehrenamtlichen, die nicht wie gelernt im Team agieren können, auflösen müssen.

50

Zusatz „Sicherheitsdienste“: Die Innere Sicherheit in Baden-Württemberg wird aus Sicht der Sozialdemokratie von ausgebildeten vereidigten StaatsdienerInnen in **optimaler Besetzung** gewährleistet und NICHT durch „Private“.

55

Eine professionelle, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei ist ein essentieller Baustein für die Innere Sicherheit in Baden-Württemberg.

60

Doch Polizistinnen und Polizisten kann man nicht „backen/schnitzen“.

#### **b) Gerechte Personalverteilung – Stärkung ländlicher Raum**

65

Wir fordern einen Verteilermodus entsprechend der Arbeitsbelastung/der so genannten Häufigkeitszahlen der Dienststellen für die Personalbemessung.

Die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern wir. Unsere Polizei muss für die Bürgerin und den Bürger sicht- und wahrnehmbar sein – auch ohne konkreten Anlass. Eine Polizei, die nur nach einem Notruf sichtbar wird, entspricht nicht unserer Vorstellung.

### **c) Personalabbau und Einstellungs-Misswirtschaft umkehren**

#### ***#Vorausschauendes Personalmanagement***

Wir werden die Leistungsfähigkeit der Polizei stärken und insbesondere ihre Personalstärke sichern.

Die Basis für die Festlegung der erforderlichen jährlichen Neueinstellungen SIND vorausschauend planbar:

- die – auf Jahrzehnte bekannte – demographische Altersstruktur der Polizeibeamtinnen und -beamten/deren Ruhestandsjahr;

- die vorhersehbare Umgestaltung der Aufgabenbereiche;

- die prognostizierbaren Aufgabenzuwächse beispielsweise im Bereich der Digitalisierung und der damit verbundenen Kriminalität.

- die ebenso auf wenigstens sieben Jahre bekannten Zahlen der Schulabgänger.

- die fortschreitenden Erkenntnisse der zunehmenden Berufsunfähigkeiten insbesondere durch die steigende Arbeitsbelastung.

### **d) Die Einführung der „Zweigeteilten Laufbahn“ vollziehen**

Der Polizeiberuf in unserem Sinne stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Es wird der eingeschlagene Weg fortgesetzt, dass die bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und wir damit Zug um Zug den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn vollenden.

#### ***# Attraktivität des Berufes***

115

Die zweigeteilte Laufbahn kann die Versäumnisse der Jahre 2004-2011 mit seinerzeit hervorragendem Bewerberpotential in  
120 kommenden Zeiten schwacher Jahrgänge dämpfen.

Dabei werden wir einen Einstellungskorridor für den mittleren Dienst fortführen, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offen zu halten. Neben den  
125 Sicherheitsaspekten leisten wir damit bewusst einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen. Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewonnen werden.

130 Nach dem Einstieg in den Polizeiberuf müssen für das weitere Berufsleben verlässliche Entwicklungspotentiale in allen Laufbahnen zur Verfügung stehen.

135 Eine Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen lehnen wir daher ab.

#### **e) Polizei-Fachangestellte zur schnellen Entlastung**

140 Wir werden die Einführung des eigenständigen Berufsbildes der/des Polizei-Fachangestellten optimieren.

Die Entwicklungsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei sowie die Besoldungs- und Beförderungssituation bei  
145 den Verwaltungsbeamt-innen und -beamten bei der Polizei werden verbessert.

#### **2. Alle Gewalten handeln konsequent nach der bestehenden #Gesetzeslage**

150 Die Flüchtlingsfrage spaltet unsere Gesellschaft. Ängste beherrschen die Menschen, die sich um den Verlust von Status, Identität und Sicherheit fürchten. Wo sie nicht fremdenfeindlich instrumentalisiert werden, nehmen wir sie ernst und packen sie in  
155 einem weiten demokratischen Bündnis an.

Der soziale FOKUS für Innere Sicherheit geht über die Grenzen der Europäischen Union hinaus. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind von der Verantwortung der Europäischen  
160 Union in der Welt überzeugt und wollen Europa als sicheren Staatenbund auf der Basis des Schengen Abkommens weiter voran bringen.

#### **#Europa-Polizei**

165 Hierzu bedarf es der Stärkung von EUROPOL und FRONTEX im so genannten „operativen Bereich“, der verstärkten

Vernetzung der staatlichen Polizeien der Mitgliedsstaaten und Anrainer, der Förderung der Europäischen Aus- und Fortbildung  
170 im Rahmen von CEPOL (Agentur der EU für Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung) auf allen Ebenen der Kriminalität und Prävention. Gleiches gilt für die Justiz, gerade bei der Bekämpfung transnationaler Kriminalität.

175 Gerade in diesen Zeiten der weltpolitischen Irritationen muss **Europa als Raum des SOZIALEN Friedens und der Sicherheit** eine stabilisierende Rolle in der Welt einnehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die gesicherte Identität des Einreisenden, die die herausragende  
180 Stellung zur Inneren Sicherheit in Europa einnimmt. Um internationalen kriminellen Schleuser- und Schlepper-Netzwerken Paroli zu bieten sowie die vielfältig-kulturelle und friedvolle Gemeinschaft zu gewährleisten, bedarf es einer gemeinsamen geordneten Zuwanderungsregelung und des klaren  
185 Bekenntnisses zur internationalen Flüchtlingshilfe sowie Asylgewährung „mit einer Stimme“.

#### **#Kommunale Prävention neu ankurbeln und ausbauen**

190 In Zeiten einer geschwächten Polizei braucht es starke „SOZIALISTEN“ in den Städten und Gemeinden. Wer, wenn nicht die SPD kann die extremen Pole in der Gesellschaft überhaupt noch zusammenführen, kann mit breitem Blick auf das kommunale Geschehen, das **#angeschlagene Sicherheitsgefühl**  
195 unserer Bürgerinnen und Bürger wieder stärken.

In den Kommunen werden wir Gedanken zur Verkehrs- und Kriminalprävention kontinuierlich einbringen und gegebenenfalls den Ausbau des  
200 Gemeindevollzugsdienstes/Kommunalen Ordnungsdienstes fordern.

Die Ausgaben dafür sind in §31 DVOPolG seit 1991 geregelt und können gerade in den Ordnungsbereichen die Polizeireviere  
205 entlasten. Es gilt für uns die Regel: „Geld folgt Aufgabe“; das Land stellt die Mittel für die Übernahme vollzugspolizeilicher Landesaufgaben zur Verfügung.

#### **3.Klares Handwerkszeug**

210

#### **#Tacheles**

Das Grundrecht auf Asyl ist für uns unantastbar. Gleichzeitig benötigen  
215

wir eine geordnete Flucht- und Migrationspolitik mit klaren Regeln:

220

Die bestehende Gesetzes- und Verordnungsfülle ist nicht geeignet, Klarheit im Umgang mit Flüchtlingen, AsylbewerberInnen, Fremden und Einreisenden, zu schaffen. Die kommunalen Ausländerbehörden, das BAMF und die Exekutive sind mit der Gesetzeswulst oft überfordert.

225

Ausländergesetz, Aufenthaltsgesetz, Aufenthaltsverordnung, Bleiberechtserlässe der Bundesländer, Ausländerzentralregistergesetz, Ausländerzentralregistergesetz-  
230 Durchführungsverordnung, Beschäftigungsverordnung, Beschäftigungsverfahrensordnung, Asylverfahrensgesetz, Asylzuständigkeitsbestimmungsverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz, Bundesvertriebenengesetz, Freizügigkeitsgesetz, Integrationskursverordnung und sicherlich  
235 gibt es noch einiges mehr, von den Präzedenz- und Ausnahmefällen sowie Erlassen ganz zu schweigen – und da ist nicht einmal das lang ersehnte Zuwanderungsgesetz mit dabei. Hinzu kommt die Fülle der zu bearbeitenden Anträge.

240 Es braucht:

#### ***#Vier Gesetze***

für Einwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerber, Ausländer. Das  
245 könnte die Lösung sein.

#### **Begründung:**

RICHTIG: Sicherheit und Ordnung sind ein zentrales Bedürfnis der Menschen in unserem Bundesland und deshalb steht die SPD Baden-Württemberg in ihrem Zukunftsprogramm SPD-Vision 2030 für

**„Sicher Leben in Baden-Württemberg“**

*Antragsbereich IR/ Antrag 4*

*Kennnummer 14146*

*AG SPDqueer*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landtagsfraktion*

### **Ehe für Alle – Damit ist doch alles erreicht?!**

Wir fordern die SPD-Abgeordneten in Bund und Land auf, sich abseits des Koalitionsvertrags für queerpolitische Anliegen

### **Ehe für Alle – Damit ist doch alles erreicht?!**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

einzusetzen, die am Ende die ganze Gesellschaft gerechter machen. Diese beinhalten unter anderem:

5

- Gleichstellung von Regenbogenfamilien  
Durch die „Ehe für Alle“ wurden hier schon wichtige Fortschritte gemacht. Regenbogenfamilien zeichnen sich aber auch dadurch aus, dass mehr als zwei Elternteile da sind, die sich gleichberechtigt die Erziehungsaufgaben teilen und wahrnehmen. Dies muss anerkannt und unterstützt werden, zum Wohl des Kinds.

10

- LSBTTIQ\*-Rechte als unveräußerliche Menschenrechte anerkennen und dies auch gegenüber unseren internationalen Partnern vertreten  
In viel zu vielen Ländern steht Homosexualität noch unter Strafe. Die Lage der LSBTTIQ\*-Community zumindest anzusprechen muss Teil unserer diplomatischen Verpflichtungen werden.

15

20

- Art. 3, Absatz 3 Grundgesetz um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ erweitern  
Diese Aspekte ins Grundgesetz aufzunehmen ist wichtig um eine Gleichberechtigung zu erreichen. Viele Gesetze, etwa zum sogenannten „Hate Crime“, beziehen sich auf diesen Abschnitt im Grundgesetz. Wenn wir dort nicht auftauchen, werden Fälle von Homo-, Bi- und Transphobie oder sogar von Gewalttaten nicht mitgedacht.

25

30

- Rechte trans- und intergeschlechtlicher Menschen neu fassen  
Dies ist eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts endlich das Transsexuellengesetz zu modernisieren.

35

- LSBTTIQ\*-Bildungsprojekte an Schulen fördern und dies auch in Ausbildungen mit aufnehmen  
Wenn man Homophobie an Schulen bekämpfen will, geht dies nur mit der richtigen Aufklärungsarbeit. Diese muss noch weiter gestärkt werden.

40

- Diskriminierung bei Blutspenden beenden; homosexuellen Männern die Blutspende ermöglichen  
Die Diskriminierung von homosexuellen Männern bei Blutspenden ist nicht nachzuvollziehen und muss aufgehoben werden.

45

- Prävention, Forschung und Behandlung von HIV, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen stärken  
Einige sexuell übertragbare Krankheiten sind heutzutage sogar wieder auf dem Vormarsch. Etwa Syphilis. Hier braucht es ein mehr an Prävention und Aufklärungsarbeit. Auch an Forschung und Behandlung von HIV darf nicht nachgelassen werden.

50

- Würdige Lebensbedingungen von LSBTTIQ\* im Alter schaffen

Wenn ~~wir~~ die betroffenen Personen dort nicht ...

LSBTTIQ\*-Bildungsprojekte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen fördern ~~und die auch in~~ Ausbildungen mit aufnehmen.

- Es ist wichtig das Personal in den Altersheimen auf die Lebensumstände der LSBTTIQ\* vorzubereiten und zu schulen.
- 55
- Freizügigkeit in der EU ohne Einschränkungen von LSBTTIQ\*-Rechten  
Eine deutsche Ehe zwischen zwei Männern oder zwei Frauen muss in der ganzen EU Bestand haben.
- 60
- LSBTTIQ\*-Geflüchtete konsequent schützen  
In vielen Städten gibt es schon spezielle Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Diese müssen erhalten und gestärkt, das Personal dafür sensibilisiert werden.
  - Bundesweiten Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie aufstellen  
Nur mit einem Aktionsplan demonstrieren wird, dass es uns wichtig ist, Homo-, Bi- und Transphobie zu bekämpfen. Leider ist Gewalt gegen Homo-, Bi- und Transsexuelle noch Alltäglich. Den LSBTTIQ\* zu zeigen, dass ihre Würde genauso wichtig ist, zeigen wir, indem wir ihre Ängste ernst nehmen.
- 65
- 70
- Verbot von sogenannter „Homo-Heilung“  
Selbsterklärend. Homosexualität ist keine Krankheit, damit bedarf es keiner Heilung. Hier könnte man sogar von Körperverletzung sprechen.
- 75

**Begründung:**

Das erste Halbjahr 2017 brachte zwei große Schritte in Richtung Gleichberechtigung. Mit dem Beschluss der „Ehe für Alle“ und der Rehabilitierung der sogenannten „175er“ wurden auch zwei zentrale queerpolitische Anliegen der SPD umgesetzt.

80

Doch damit ist noch lange keine Gleichberechtigung erreicht. Es gibt noch viel zu tun. Gerade in Zeiten, in den nationalistische, ausländerfeindliche, frauenfeindliche und homophobe Parolen wieder vermehrt Zulauf finden, müssen wir weiter für Gleichberechtigung kämpfen. Wir müssen zeigen, dass Vielfalt eine Stärke ist. Der Koalitionsvertrag ist in dieser Hinsicht ungenügend.

85

LSBTTIQ\*-Rechte sind Menschenrechte. Am Ende profitiert die ganze Gesellschaft von einem mehr an Gleichberechtigung

90

*Antragsbereich IR/ Antrag 5*

*Kennnummer 14175*

*AG Selbst Aktiv*

*Empfänger:  
Bundesparteitag*

## Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse

5 Die AG Selbst Aktiv fordert, dass die Wahlrechtsausschlüsse  
für Menschen mit Behinderungen, für die eine Betreuung in allen  
Angelegenheiten dauerhaft angeordnet ist, abgeschafft werden.

### Begründung:

10 Das im Grundgesetz in Artikel 38 verankerte Wahlrecht ist ein fundamentales  
Grundrecht und ermöglicht die politische Mitbestimmung.

15 In Deutschland sind mehr als 81 000 Menschen, für die eine Vollbetreuung  
dauerhaft angeordnet ist und ca. 3000 Menschen mit Behinderungen, die sich  
auf Grund einer Anordnung nach § 63 StGB in Verbindung mit § 20 StGB in  
einem psychiatrischen Krankenhaus befinden, vom aktiven und passiven  
Wahlrecht ausgeschlossen.

20 Das gilt sowohl für die Bundestagswahl (§ 13 BWahlG ) als auch für die  
Europawahl (§ 6 a EUWahlG).

25 In Baden-Württemberg sind von den ca. 1,1 Mio. Menschen mit Behinderungen  
5900 Menschen mit Behinderungen in dauerhafter Vollbetreuung vom  
Wahlrechtsausschluss betroffen.

30 Dieser Ausschlussgrund gilt seit den Wahlrechtsreformen seit Juni 2016 für die  
Landtags- und Kommunalwahlen in NRW, Schleswig-Holstein, Bremen,  
Hamburg und seit Juni 2018 auch in Brandenburg nicht mehr.

Damit wird die Demokratie gestärkt und zugleich werden die  
menschenrechtlichen Vorgaben, des Artikels 29 der UN-BRK, „zu wählen und  
gewählt zu werden“, umgesetzt.

35 In Baden-Württemberg wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur  
Änderung des Kommunalwahlrechts im Frühjahr 2018 der Antrag der SPD  
„Inklusives Wahlrecht für die kommenden Kommunalwahlen durchsetzen“ von  
der Regierungskoalition abgelehnt.

40 Damit wird den betroffenen Menschen mit Behinderungen in Baden-  
Württemberg weiterhin das Menschenrecht, die gleichberechtigte Teilhabe an  
den kommenden Kommunal-, Regional- und Europawahlen im Jahr 2019  
versagt.

## Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse

Annahme in der Fassung der  
Antragskommission

Die ~~AG Selbst Aktiv~~ SPD Baden-  
Württemberg fordert ...

*Antragsbereich IR/Antrag 6*

*Kennnummer 13529*

*AsF Baden-Württemberg*

	<b>Paritätsbericht Baden-Württemberg</b>	<b>Paritätsbericht Baden-Württemberg</b>
	Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Parlament einen Paritätsbericht wie ihn das Land Rheinland-Pfalz vorgelegt hat (jeweils als Landtagsdrucksache) zu initiieren, für	Annahme in der Fassung der Antragskommission
5		
	1. die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2019	
10	differenziert nach	
	<ul style="list-style-type: none"><li>○ Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen und</li></ul>	
15	<ul style="list-style-type: none"><li>○ tatsächlich gewähltem Frauenanteil</li><li>○ Listenplätzen von Frauen und deren Auswirkung auf den Wahlerfolg</li></ul>	
20		
	2. die Ergebnisse der Landtagswahlen 2016	
	differenziert nach	
25	<ul style="list-style-type: none"><li>○ Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen</li><li>○ tatsächlich gewähltem Frauenanteil</li><li>○ Konkurrierende</li></ul>	
30	<ul style="list-style-type: none"><li>Kandidaturen von Männern und Frauen und deren Ergebnisse</li><li>○ Erst- und</li><li>ZweitkandidatInnen</li></ul>	
35	<ul style="list-style-type: none"><li>○ aussichtsreiche und nicht aussichtsreiche Wahlkreise</li></ul>	
	Die Berichte sind anhand der Zahlen des Statistischen Landesamts und (freiwilliger) Befragungen der Parteien und	
40		

- Wählergruppen in den Wahlkreisen zu erstellen.
- 45 Der Bericht über die Kommunalwahlen soll bis zum Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, der Bericht über die Landtagswahlen zum Jahresende 2016 vorliegen.
- 50 Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, vergleichbare Auswertungen zu den parteiinternen Ergebnissen zu erstellen.
- 55 **Begründung:**
- 60 Frauen sind in Kommunalparlamenten (Gemeinderat und Kreistag) und im Landtag nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Das Land Rheinland-Pfalz hat für die Kommunalwahl 2014 einen detaillierten Paritätsbericht erstellt, der im August 2015 vorgelegt wurde.
- 65 In Baden-Württemberg sollte die Einführung der Soll-Vorschrift „Aufstellung der Listen im Reißverschlussverfahren“ auf kommunaler Ebene Verbesserungen bringen, eine Auswertung ist bis heute nicht erfolgt.
- 70 Auf Länderebene hat man sich einer Wahlrechtsänderung hin zu einem Listenwahlrecht verweigert und sich SPD-intern lediglich mit zurückhaltenden Appellen an die die Kandidatinnen und Kandidaten aufstellenden Wahlkreise und einem
- 75 Mentoring-Programm begnügt.
- 80 Mit den geforderten Paritätsberichten wird dem Parlament Material für erforderliche Gesetzes- und weitere Initiativen an die Hand gegeben.
- Andererseits wird auch der interessierten Bevölkerung ein kompakter Einblick in die Situation und dem daraus entstehenden Handlungsbedarf gegeben.
- Der Bericht über die Kommunalwahlen **2019** soll bis zum Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, ~~der~~ **sowie** der Bericht über die Landtagswahlen **2016** sollen zum Jahresende ~~2016~~ **2019** vorliegen.
- Ein solcher Paritätsbericht soll künftig regelmäßig und zeitnah nach jeder Kommunal- und Landtagswahl stattfinden.**

*Antragsbereich IR/ Antrag 7*

*Kennnummer 13473*

*Kreisverband Freiburg*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

**#wegmit219a**

Wir fordern die Bundestagsfraktion dazu auf, den Antrag auf Streichung des §219a StGB im Bundestag aufrecht zu erhalten.

**#wegmit219a**

Erledigt durch Annahme von IR 2 in der Fassung der Antragskommission

5 **Begründung:**

Zugleich verurteilen wir aufs Schärfste, dass Volker Kauder weiterhin die Ergebnisse der SPD-Bundestagsfraktion verkündet. Zur Erneuerung gehört auch, dass das Handeln der SPD-Fraktion durch die SPD-Bundestagsfraktion verkündet wird und die Basis über tagesaktuelle Entscheidungen angemessen informiert wird.

*Antragsbereich IR/ Antrag 8*

*Kennnummer 13474*

*Kreisverband Böblingen*

*Empfänger:*

*SPD-Landtagsfraktion*

**Wahlwerbung**

Wir fordern die Gremien der SPD und die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Gestaltung eines Rechts auf flächendeckende Verteilung von Wahlinformationen für Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerber innerhalb einer festzulegenden Frist im Vorfeld einer Wahl zu den politischen Gremien einzusetzen.

**Wahlwerbung**

Annahme

5 **Begründung:**

Das Grundgesetz regelt in § 21 (1), dass Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Ihre Rolle ist es, als Mittler zwischen den Bürgern und den Staatsorganen zu wirken. Diesem Auftrag können sie aber nur nachkommen, wenn sie die Bürger auch

20 erreichen. Dazu gehört, dass im Vorfeld von Wahlen, Bewerber und Parteien den Bürgern erläutern dürfen, wer sie sind und für was sie sich in der folgenden Legislaturperiode einsetzen wollen. Dies gilt im Besonderen im kommunalen Umfeld, wo nicht mit Massenmedien eine breite Mehrheit erreicht werden kann.

25 Die aktuelle Rechtsprechung setzt Wählerinformationen im Vorfeld von Wahlen mit kommerzieller Werbung gleich. Das bedeutet, dass Prospekte nur dort in Briefkästen eingeworfen werden dürfen, bei denen keine Aufkleber wie „Keine Werbung“ etc. angebracht sind. Bei Nichtbeachtung sind inzwischen hohe Strafen vorgesehen. Viele Gruppierungen setzen sich über dieses Verbot hinweg. Auch wir in Leonberg sind oftmals im Dilemma  
35 zwischen der Rechtsprechung und unserem Anspruch, den Bürger entsprechend unseres Auftrags zur Wahl aufzurufen.

40 Bereits heute erlauben die Meldegesetze vieler Bundesländer den Meldebehörden die Herausgabe von Adressen von altersbezogenen Gruppen (Erstwähler, Senioren). Beziehungsweise kann man personalisierte Werbung „An alle Bewohner in Musterstraße 1, Leonberg“) durch die Postdienste verteilen lassen.

45 Wir halten aber solche regulatorischen Spitzfindigkeiten für falsch und fordern deshalb ein klar verankertes Recht entsprechend des Antrags.

### *Antragsbereich IR/ Antrag 9*

*Kennnummer 13490*

*Ortsverein Aalen-Fachsenfeld/Dewangen  
(Kreisverband Ostalb)*

#### **Zeitliche Begrenzung der Wählbarkeit von Abgeordneten**

5 In der Bundesrepublik Deutschland ist zu beobachten, dass die unbegrenzte Wählbarkeit von Personen in gesetzgebende Gremien dazu geführt hat, dass die Gewählten dazu neigen, möglichst viele

#### **Zeitliche Begrenzung der Wählbarkeit von Abgeordneten**

Ablehnung

- 10 Wahlperioden lang im Bundestag oder in den Landtagen zu bleiben.
- 15 Parlamentsabgeordnete/r als Lebenszeitberuf steht indessen im Widerspruch zu den demokratischen Idealen, weil dies zu verkrusteten und ideenarmen Strukturen führt. Parlamentsneulinge haben in den meisten Fällen die entschlossene Absicht, ihre politischen Visionen in die Tat umzusetzen. Dieser Wille geht ab der dritten Wahlperiode mehr und mehr zugunsten der Mandatserhaltung verloren.
- 20
- 25 In letzter Zeit ist auch in zahlreichen Nachbarländern zu beobachten, dass gute neue Köpfe bei Wahlen deutlich bevorzugt werden und damit das Interesse der Wählenden an der Politik erkennbar zunimmt.
- 30 Unser Bundespräsident darf in seinem Leben nur zwei Mal gewählt werden, Verfassungsrichter nur einmal für zwölf Jahre. Warum hat Wählbarkeit in den Bundestag und in die Landtage bisher keine derartige Beschränkung?
- 35 **Zum Wohle einer lebendigen Demokratie schlagen wir vor, künftig Parlamentsabgeordnete nur für 2 bis 3 Wahlperioden von jeweils 4 bis 5 Jahren zur Wahl zuzulassen.**
- 40
- 45 **Die unverzichtbaren Köpfe könnten die Parteien sich erhalten, wenn sie diese zum Beispiel:**
- **in Ministerämter berufen, wenn gleichzeitig dafür gesorgt ist, dass jemand nicht gleichzeitig die Legislative und der Exekutive angehören darf**
  - **in die planenden Parteigremien eingliedern, um die Politik zukunftsgerecht fortzuentwickeln.**
- 50
- 55 **Der Vorschlag würde automatisch Nachwuchskräfte fördern und die politische Diskussion beleben und näher**

**an die Wählerbasis bringen, um den  
Überdruss an der Politik zu überwinden.**

# Wohnen

Antragsbereich Wo/ **Antrag 1**

Kennnummer 14100

Kreisverband Emmendingen

Empfänger:

Landesvorstand

## Wohnungsbau in Baden-Württemberg

1. Wir fordern künftig ein wesentlich höheres finanzielles Engagement des Bundes und des Landes beim öffentlich geförderten Wohnungsbau, um rasch erheblich mehr preisgünstigen Wohnraum für untere und mittlere Einkommensgruppen zu schaffen. Bei der in den Sondierungsverhandlungen erwähnten „Wohnraumoffensive“ für 1,5 Millionen Wohnungen muss das Schwergewicht der Bundesförderung auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau gelegt werden.
- 5 2. In der Gemeindeordnung Baden-Württemberg soll der öffentlich geförderte Wohnungsbau als eine vordringliche Aufgabe als Pflichtaufgabe der Gemeinde festgeschrieben werden.
- 10 3. Bei der Vergabe der Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau sollen vorrangig solche Wohnbauprojekte gefördert werden, die von den Gemeinden oder Baugenossenschaften mit gemeinnütziger Zielsetzung geplant sind. In Regionen mit einem besonders hohen Defizit an bezahlbarem Wohnraum sollen nur noch Projekte mit öffentlichen Geldern gefördert werden, die kostendeckend, aber nicht zwingend gewinnorientiert neuen bezahlbaren Wohnraum auf Dauer schaffen.
- 15 20 25 4. Die öffentliche Wohnungsbauförderung soll vorsehen, dass in Regionen mit stark erhöhtem Wohnungsbedarf eine Förderung von Neubauwohnungen nach Abbruch von nicht mehr sanierungsfähigen, preiswerten Wohnungsbeständen nur zulässig ist, wenn die neu erstellten Wohnungen mindestens zu 50 v. H. für den öffentlich geförderten Wohnungsbau vorgesehen sind.
- 30 5. Die Gemeinden sollten Grund und Boden vorrangig an gemeinnützige Baugenossenschaften verkaufen, bzw. selbst Baugenossenschaften gründen oder selbst Bauträger sein, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 35

## Wohnungsbau in Baden-Württemberg

Annahme in der Fassung der Antragskommission

~~2. In der Gemeindeordnung Baden-Württemberg soll der öffentlich geförderte Wohnungsbau als eine vordringliche Aufgabe als Pflichtaufgabe der Gemeinde festgeschrieben werden.~~

~~In Regionen mit einem besonders hohen Defizit an bezahlbarem Wohnraum sollen nur noch Projekte mit öffentlichen Geldern gefördert werden, die kostendeckend, aber nicht zwingend gewinnorientiert neuen bezahlbaren Wohnraum auf Dauer schaffen.~~

40 6. Die Regionalplanung muss künftig dem wachsenden Bedarf an Wohnraum in den

einzelnen Gemeinden stärker und differenzierter entgegenkommen.

45 7. Für eine schnellere Ausführung von Bauprojekten im öffentlich geförderten Wohnungsbau sind die baurechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen.

50 **Begründung:**

Bezahlbarer Wohnraum fehlt nicht nur für sozial schwache Bezieher öffentlicher Mittel

55 ( ALG , Unterhalt für Kinder, Ergänzung der Rente etc.), Obdachlose oder Flüchtlinge. Aufgrund des Anstiegs der Bevölkerungszahl in vielen Regionen unseres Landes und der dort knappen Ressourcen an Wohnfläche explodieren die Mieten in unverantwortlicher Weise. Familien mit Kindern und niedrigem oder mittlerem Einkommen, Alleinerziehende und viele Rentner und  
60 Rentnerinnen müssen dort oft bis zu 50 v. H. ihres monatlichen Einkommens für die Wohnungsmiete hinlegen. Das ist sozialpolitisch nicht mehr hinzunehmen und stellt eine Gefahr für die weitere demokratische Entwicklung unseres Landes dar.

65 Der statistische Hinweis, dass in den vergangenen Jahren durchschnittlich die Gehälter in gleichem Maße gestiegen sind wie die Mieten, nutzt Einkommensgruppen mit niedrigen oder mittleren Einkommen, insbesondere in Ballungsräumen und in attraktiven Wohnregionen wenig, da sie absolut und prozentuale zu viel von ihrem Einkommen für Wohnraum ausgeben müssen.

70 Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt auch durch eine erhöhte Mobilität von Menschen aus anderen EU- Staaten, die ( auch von uns benötigt) in Deutschland Arbeit und Ausbildung suchen ; ferner in einem steigendem Umfange durch Flüchtlinge, die ein Bleiberecht haben und in unseren Arbeitsmarkt integriert werden sollen.

75

Wenn öffentliche Gelder für den Wohnungsbau eingesetzt werden, müssen diese vorrangig in einen Wohnungsbestand fließen, der langfristig und nicht nur mit zeitlich befristeter Preisbindung für Einkommensschwächere zur Verfügung steht, z.B. bei genossenschaftlich organisierten Anbietern, um spekulativen, am  
80 höchsten Gewinn orientierte Mietpreisentwicklungen entgegen zu wirken und um damit den sozialpolitischen Handlungsspielraum im Wohnungsbau zu erweitern.

Ferner ist grundsätzlich gesellschafts- und verteilungspolitisch zu bedenken:

85

Öffentliche Gelder für private Wohnungsbauprojekte mit einer nur zeitlich beschränkten Mietpreisbindung führen letztendlich zu einem mit Steuergeldern geförderten Vermögenszuwachs bei privaten Bauträgern, bedingt auch durch

90 stetig steigende Haus- und Wohnungspreise in den Zuzugsregionen. Wenn schon Steuergelder für den Wohnungsbau eingesetzt werden, dann sollte der Vermögenszuwachs bei öffentlichen Bauträgern oder bei Baugenossenschaften anfallen, die sozialpolitische Aufgaben auf Dauer erfüllen. Schon die Erfahrungen im Zuge der Wiedervereinigung zeigen, dass durch Steuererleichterungen im Wohnungsbau gigantische Steuerverluste des Staates entstanden sind.

## *Antragsbereich Wo/ Antrag 2*

*Kennnummer 14101  
Kreisverband Stuttgart*

### **Wohnungsbestand aktivieren! Wohnraumzweckentfremdung ist kein Kavaliersdelikt.**

### **Wohnungsbestand aktivieren! Annahme**

5 Damit die Wohnraumzweckentfremdung wirkungsvoller unterbunden werden kann, sind Ergänzungen des Landesgesetzes gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum notwendig:

- Das Bußgeld für Wohnraumzweckentfremdung muss deutlich erhöht werden.
- 10 • Für Vermieter und Online-Portale, die Ferienwohnungen vermitteln, muss eine Mitwirkungs- und Auskunftspflicht eingeführt werden. Die Auskunftsverweigerung muss ebenfalls mit einem Bußgeld belegt werden.
- 15 • Das Gesetz muss auch zum Vorgehen gegen Wohnraumzweckentfremdung ermächtigen, wenn Wohnungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Wohnraumzweckentfremdungsverbotes bereits leer standen oder anderweitig zweckentfremdet wurden.

20 Die gesetzlich mögliche Laufzeit der kommunalen Satzungen muss auf zehn Jahre verdoppelt werden

25 Der Landesparteitag fordert zudem alle Kommunen mit Mangel an Wohnungen auf, kommunale Satzungen zur Anwendung des Zweckentfremdungsverbots zu beschließen und gegen Leerstand und anderweitige Nutzung von Wohnraum vorzugehen.

#### **Begründung:**

30 Kurz- und mittelfristig kann mit einer Entspannung der Wohnungsnachfrage nicht gerechnet werden. Weil der Wohnungsneubau mit der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage nicht Schritt halten kann, werden der Wohnungsmangel und die Mietpreisinflation in den nächsten

Jahren zunehmen. Zur Abmilderung dieses Marktversagens sind ordnungspolitische Maßnahmen notwendig, die den Wohnungsmangel lindern und damit zu einer Stabilisierung der Mietpreise beitragen.

40

In Zeiten großen Wohnungsmangels, wenn Haushalte keine angemessene und bezahlbare Wohnung mehr finden oder halten können, muss der notwendige Wohnungsneubau durch eine verantwortungsbewusste Bestandpolitik ergänzt werden. Es kann nicht akzeptiert werden, dass bestehende Wohnungen durch Leerstand, Nutzung als Ferienwohnung oder andere gewerbliche Nutzung den Wohnungsmärkten entzogen werden. Das wichtigste Element einer gebietsbezogenen Wohnungsbestandpolitik ist das Verbot dieser Zweckentfremdung von Wohnraum.

45

#### 50 **Das Landesgesetz muss besser werden**

Das Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum hat sich als Instrument zur Verbesserung der Wohnungssituation erwiesen. Das Gesetz schafft Problembewusstsein und im Vordergrund steht die Verhinderung von Wohnraumzweckentfremdung. Allerdings bietet das Gesetz bislang keine ausreichende gesetzliche Grundlage zur Beendigung von Leerstand, der bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes bestand und keine ausreichend wirksamen Instrumente gegenüber Wohnungseigentümern, die sich ihrer Verantwortung entziehen. Landesregierung und Landtag sind aufgefordert, diese strukturellen Probleme des Gesetzes zu beseitigen.

55

60

#### **Städte müssen ein deutliches Signal setzen**

Das Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum ermächtigt Kommunen, bei Gefährdung einer angemessenen Wohnraumversorgung die Wohnraumzweckentfremdung durch eine kommunale Satzung zu verbieten. Dadurch stärkt das Gesetz die kommunale Selbstverwaltung. Der Gesetzgeber hat zudem berücksichtigt, dass die Kommunen selbst die Situation auf den lokalen Wohnungsmärkten am besten beurteilen können. Mit dem Instrument des Wohnraumzweckentfremdungsverbots erhalten die Städte ein treffsicheres Instrument für eine nachhaltige und sozial ausgewogene Stadtentwicklung.

65

70

Bislang konnten fünf Städte, Freiburg, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und Heidelberg, mit Hilfe des Verbots der Wohnraumzweckentfremdung die Linderung des Wohnungsmangels bewirken.

75

Vergeblich haben viele Städte an Vermieter appelliert, leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten. Es ist wichtig, dass weitere Städte mit Wohnungsmangel durch den Erlass einer Satzung zum Verbot der Wohnraumzweckentfremdung das deutliche Signal setzen, dass Wohnungsleerstand oder die gewerbliche Umnutzung von Wohnraum kein Kavaliersdelikt sind, sondern gesellschaftlich unerwünschtes Handeln, welches als Ordnungswidrigkeit sanktioniert wird.

80

*Antragsbereich Wo/Antrag 3*

*Kennnummer 14177*

*AG Selbst Aktiv*

*Empfänger:  
Bundesparteitag  
Landesvorstand  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Parteivorstand*

**Barrierefreies Bauen**

Die AG Selbst Aktiv fordert, dass bei allen öffentlich zugänglichen Gebäuden, Wohngebäuden und beim Bauen im öffentlichen Raum die DIN 18040 - 1-3 umgesetzt wird.

**Barrierefreies Bauen**

Überweisung an Landtagsfraktion

**5 Begründung:**

Die Norm DIN 18040 – 1-3 trat im November 2014 in Kraft und beinhaltet alle relevanten Regelwerke zur Barrierefreiheit baulicher Anlagen.

- 10 In Baden-Württemberg leben ca.1,1 Millionen Menschen mit Behinderungen. Viele dieser Menschen sind auf barrierefreie Gebäude und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum angewiesen.

Von der Barrierefreiheit profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen und

- 15 Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern Barrierefreiheit nützt allen: Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen, Senior\*innen, Kindern, Eltern und Menschen, die nur vorübergehend in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

- 20 Barrierefreiheit bedeutet, dass Gebäude und öffentliche Plätze, Arbeitsstätten und Wohnungen, das Internet, Verkehrsmittel und Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen und Freizeitangebote so gestaltet werden, dass sie ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind.

25

Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig (§ 4 Behindertengleichstellungsgesetz / BGG).

*Antragsbereich Wo/ **Antrag 4***

*Kennnummer 14098  
Kreisverband Stuttgart*

*Empfänger:  
Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion*

**Reform der Grundsteuer**

**Reform der Grundsteuer**

Die SPD setzt sich bei der Reform der Grundsteuer für eine reine Bodenwertsteuer ein.

Annahme

**Begründung:**

5

Das Bundesverfassungsgericht wird demnächst voraussichtlich die Nutzung der Einheitswerte im Rahmen der Grundsteuer für verfassungswidrig erklären.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer Reform. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Übergang zur Bewertung von Immobilien anhand von

10

Kostenwerten wird den Anforderungen der Bewertungsgerechtigkeit, der Schonung von Ressourcen und der Verhinderung von Bodenhortung nicht gerecht. Deshalb schlagen deutsche Wirtschaftsinstitute, Umweltverbände und der Deutsche Mieterbund eine Grundsteuer vor, die allein auf dem Bodenwert des Grundstücks basiert und nicht die darauf gebauten Gebäude und deren

15

Ertragswert einbezieht.

1. Der Bodenwert wird nicht vom Eigentümer geschaffen, sondern vor allem durch öffentliche Infrastrukturleistungen (Straßen, Nahverkehr, Schulen).

Deshalb besteht auch ein Recht der Allgemeinheit an einer Besteuerung der durch öffentliche Leistungen geschaffenen Werte.

20

2. Die Bodenwertsteuer schafft Anreize zur Ressourcenschonung durch verdichtetes Bauen, weil bei dichterem Bebauung die Steuer auf mehr Nutzfläche verteilt werden kann. Umgekehrt belastet sie Grundeigentümer stärker, welche ihr Grundstück nur wenig dicht bebauen.

25

3. Die Bodenwertsteuer mobilisiert Bauland, da sie Anreize zum spekulativen Horten von Boden mindert. Ein mit Baurecht versehenes und brachliegendes Grundstück wird gleich hoch besteuert, wie ein bebautes Grundstück, da die Besteuerungsgrundlage nur der Bodenwert ist.

30

4. Der Erhebungsbedarf für die Bodenwertsteuer ist für die Kommunen gering. Denn die Gutachterausschüsse erheben die Bodenrichtwerte flächendeckend, genau und jahresaktuell für das gesamte Bundesgebiet. Dem gegenüber würde das vom Bundesrat vorgeschlagene Modell eine aufwändige Berechnung der Verkehrswerte aller auf den Grundstücken stehenden Gebäude erfordern.

35

# Umwelt und Verkehr

Antragsbereich UV/Antrag 1

Kennnummer 14164  
Ortsverein Marbach  
(Kreisverband Ludwigsburg)

Empfänger:  
Landesvorstand  
SPD-Parteivorstand

## **Bereinigung von Missständen im öffentlichen Personennahverkehr**

- Die politische Einflussnahme der SPD muss sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass in den noch anstehenden Ausschreibungen des ÖPNV ein Passus in die Anforderungen an die Bewerber Einzug findet, nach welchem betriebsbedingte Ruhe- und
- 5 Stehzeiten lediglich bis zu einer Dauer von einer Stunde täglich den Fahrerinnen und Fahrern angelastet werden dürfen.

### **Begründung:**

- 10 I.Situationsanalyse

Der Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) spitzt sich mit verhärtender Stärke zu. Leittragende dieses Preiskampfes sind in erster Linie die Fahrerinnen und Fahrer der 17 privaten Busunternehmen. Fallen diese in Baden-

15 Württemberg zwar unter den „Mantel- tarifvertrag Privater Kraftomnibusverkehr Baden-Württemberg“ (WBO-Tarif), der ihnen 19 derzeit einen Stundenlohn von 16,07 € zuspricht, findet sich das eigentliche Problem jedoch an 20 anderer Stelle.

- 20 So ist den Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt vollkommen legal die Fahr- und Stehzeiten 23 so einzuteilen, dass ein einzelner Fahrer täglich mehrere Stunden ansammelt, die diesem nicht als bezahlte Arbeitszeit angerechnet werden. Stehen diese Ruhezeiten dem Fahrer zwar zur 25 freien Verfügung, so fallen diese vor allem im ländlichen Raum an Orten an, die fern jeglicher 26
- 25 passablen Aufenthaltsorten oder gar zugänglichen Toiletten sind.

- Ursache solcher Ruhezeiten sind primär Kosteneinsparungsgründe seitens des Arbeitgebers. Der Fahrer eines größeren Busses kann so beispielsweise zu Zeiten niedrigerem Fahrgastaufkommens kostenlos geparkt werden und in der
- 30 Zwischenzeit der günstigerer Fahrer eines Subunternehmens mit kleinerem Bus diese Fahrten übernehmen.

- Kein seltenes Phänomen ist es somit, dass Fahrer tatsächliche Arbeitszeiten von weit mehr als 10 Stunden täglich bestreiten, im Extremfall davon jedoch nur bis
- 35 zu 50 % als bezahlte Arbeitszeit vergütet bekommen. In solchen Fällen werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur um den gesetzlich

## **Bereinigung von Missständen im öffentlichen Personennahverkehr** Annahme

garantierten Mindestlohn gebracht, sie erreichen auch nicht ihre tägliche Mindestfahrzeit, sodass oftmals auch wochenends zusätzliche Schichten übernommen werden müssen.

40

Diese Kosteneinsparungen sind gang und gäbe in vielen privaten Busunternehmen, zu denen auch Tochterunternehmen der Deutschen Bahn gehören.

45 Einige jedoch sichern den Arbeitnehmern in Betriebsvereinbarungen zu, dass solche Ruhezeiten nur bis zu einer Dauer von einer Stunde den Fahrerinnen und Fahrern angelastet werden. In diesen Unternehmen stellt sich sodann eine intelligente Fahrplanung ein, die die Arbeitnehmer nur insoweit belastet wie es unbedingt notwendig ist.

50

In der Konsequenz kristallisiert sich jedoch eine fatale Entwicklung. Denn eine solche kostenintensivere Planung schwächt diese „vorbildlicheren“ Unternehmen reihenweise in den Ausschreibungen der öffentlichen Hand.

55 Die ausbeuterischen Unternehmen verdrängen folglich diejenigen vom Markt, die bemüht sind einen gewissen Standard für ihre Fahrerinnen und Fahrer zu bewahren oder zwingen diese gar ihre Standards zu senken.

Opfer dieser Entwicklung sind in jedem Fall die Arbeitnehmerinnen und

60 Arbeitnehmer.

Würde sie ihr Tarifvertrag vor einer derartigen Ausbeutung beschützen, so hätte dies bedauerlicher Weise keinen langfristigen Effekt, da die Stellung eines Antrages auf eigenwirtschaftliche Übernahme eines Verkehrs, nicht nur in

65 Ausschreibungen nach dem Personenbeförderungsgesetz privilegiert sind, nein sie entbindet auch von allen Pflichten eines Tarifvertrages.

Ein Einschreiten seitens der Politik ist unserer Auffassung nach daher nicht nur geboten, es ist sogar die Pflicht aller sozialdemokratischen Kräfte diesen

70 Missstand mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen.

Mit gutem Beispiel voran geht hier die Stadt Heidelberg. In deren Ausschreibungen wurde die Regelung festgesetzt, dass auch hier solche Ruhezeiten nur bis zur Dauer von einer Stunde den Fahrerinnen und Fahrern

75 angelastet werden dürfen.

Solange das deutsche Arbeitsrecht diese Prämisse zulässt, muss das Modell der Stadt Heidelberg daher Pflichtbestandteil aller noch anstehenden Ausschreibungen sein.

*Antragsbereich UV/ Antrag 2*

*Kennnummer 14165*

*AG 60 plus Baden-Württemberg*

## **Schwerlastverkehr von der Straße auf die Schiene – weiterer Ausbau des Schienen Nah- und Fernverkehrs – Renovierung und Ausbau der Bahnstationen**

Insbesondere auch im Hinblick auf die zunehmende Umweltbelastung, die Erderwärmung und überfüllte Straßen sowie Autobahnen ist es ein Gebot der Stunde, mit der Verlagerung des Schwerlast- und Güterverkehrs auf die Schiene Ernst zu machen.

Selbst wenn dies mit neuen Trassen und Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang steht, darf dies die Deutsche Bahn nicht davon abhalten, diesen Schritt zu vollziehen.

Sowohl die Landes-SPD als auch die Landesregierung wären gut beraten, die Deutsche Bahn – AG zu bewegen, die Planungen für Baden-Württemberg auf den Tisch zu legen und mit der Realisierung alsbald zu beginnen.

Dem weiteren Ausbau des Personen Nah- und Fernverkehrs ist ebenso Rechnung zu tragen wie der Pünktlichkeit und Sicherheit der Züge. Die hierfür vorgesehenen Maßnahmen sollten ebenso öffentlich gemacht werden.

Ein weiterer Punkt ist die Renovierung und Gestaltung der Bahnhöfe bzw. Bahnstationen. Sie sollten ebenso wie die Wagen der Züge behinderten- und seniorengerecht, sprich barrierefrei gestaltet werden. Da dies nicht gleichzeitig an allen Bahnhöfen zu realisieren ist, wäre es zweckdienlich, wenn gemeinsam mit der Bahn ein terminierter Realisierungsplan erstellt würde.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung sollten betroffene Fahrgäste, sprich auch Seniorinnen und Behinderte gehört werden. Dies fängt bereits beim Fahrkartenautomaten an und geht über die Ausgestaltung der Wagen, der Ausstiegs- und Einstiegssicherheit, die Einrichtung beheizter Aufenthaltsräume, Aufzüge und Toiletten bis hin zu Leitsystemen für Sehbehinderte und Blinde, welche in einigen S-Bahnstationen ansatzweise vollzogen wurden.

Selbst in Bahnhöfen mit der Größenordnung von Böblingen ist ab 19.00 Uhr weder der Fahrkartenschalter geöffnet, noch Aufsichtspersonal vorhanden, das bei Zugausfällen und Verspätungen behilflich sein könnte. Hier wird am falschen Platz Personal eingespart, was nicht der Sicherheit der Fahrgäste und dem Bahneigentum dient. Im Hinblick auf die Internationalität wären mehrsprachige Ansagen angebracht.

45

## **Schwerlastverkehr von der Straße auf die Schiene – weiterer Ausbau des Schienen Nah- und Fernverkehrs – Renovierung und Ausbau der Bahnstationen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

~~Interessant ist in diesem~~

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Deutsche Bahn AG so manches von den schweizerischen und österreichischen Bahnen lernen und übernehmen könnte.

~~Zusammenhang, dass die Deutsche Bahn AG so manches von den schweizerischen und österreichischen Bahnen lernen und übernehmen könnte.~~

### *Antragsbereich UV/Antrag 3*

*Kennnummer 14166  
Ortsverein Heidelberg-Handschuhsheim  
(Kreisverband Heidelberg)*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landtagsfraktion*

#### **S-Pedelecs auf Radschnellwegen zulassen**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass S-Pedelecs (Motorunterstützung bis 45km/h) auf Radschnellwegen zugelassen werden und dafür das Verkehrsrecht entsprechend geändert wird.

5

Ökologische Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) sind der ÖPNV und der Radverkehr. Beim Pendeln ist ein Fahrrad nur dann wettbewerbsfähig, wenn der Weg zur Arbeit ähnlich schnell und bequem erreicht werden kann, wie mit dem  
10 Auto. Bei der durchschnittlichen Pendelstrecke von 16km kann ein S-Pedelec eine echte Alternative sein, da es schnell genug ist und genug Komfort bietet.

Jedoch darf damit bisher nicht auf Straßen, welche für den  
15 motorisierten Verkehr gesperrt sind, gefahren werden. Um ökologische Alternativen neben dem ÖPNV zu fördern, sollten S-Pedelecs auf geschützten Radschnellwegen zugelassen werden. In anderen Ländern (z.B. in der Schweiz) sind alle motorunterstützten Fahrräder als Fahrräder zugelassen, egal wie  
20 hoch die Unterstützung ist. Sicherheit könnte durch ein Tempolimit hergestellt werden.

Im Gegensatz zu Mofas, unterstützt der Motor eines E-Bikes den/die Fahrer/in nur relativ zur eigenen Leistung. Wenn man nicht tritt, geht der Motor auch aus.

#### **S-Pedelecs auf Radschnellwegen zulassen**

Überweisung an Landtagsfraktion

### *Antragsbereich UV/Antrag 4*

*Kennnummer 14167*

*Juso-Landesverband Baden-Württemberg*

**Ein landesweites Semesterticket für alle!**

Wir Jusos Baden-Württemberg unterstützen die Forderung der Studierendenschaften Baden-Württembergs nach einem landesweiten Semesterticket. Dieses muss den Studierenden sowohl preislich als auch vom Nutzen her einen Mehrwert im

5 Vergleich zu bereits existierenden Angeboten bieten.

Ziel soll es sein, dass alle Studierenden in Baden-Württemberg alle regionalen Verkehrsmittel landesweit unter sozial verträglichen Konditionen nutzen können. Baden-Württemberg als Wissenschafts- und Studienstandort würde enorm von dieser

10 Einführung profitieren.

Deshalb fordern wir von der Landesregierung:

- 15 • Die Unterstützung der Landesstudierendenvertretung bei den kommenden Verhandlungen rund um das Landesweite Semesterticket.
- Die Förderung jedes Landesweiten Semestertickets mit mindestens 25 Euro pro Semester analog zum Jobticket.
- 20 Dieser Betrag soll auf den Solidarteil des Semestertickets angerechnet werden.
- Die Förderung einer Härtefallregelung. Diese soll Studierenden, welche sich in einer finanziell prekären Situation befinden, eine Übernahme des Betrags durch
- 25 das Land Baden-Württemberg ermöglichen.

*Antragsbereich UV/ Antrag 5*

*Kennnummer 14168*

*Ortsverein Stuttgart-Sillenbuch/Heumaden/Riedenberg  
(Kreisverband Stuttgart)*

*Kreisverband Stuttgart*

**Verpflichtende Wärmeplanung der Größeren Städte**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Novellierung des Klimaschutzgesetzes des Landes Baden-Württemberg dafür einzusetzen, dass Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Wärmewende als wesentlichem Teil der Energiewende durch

5 gesetzliche und finanzielle Maßnahmen unterstützt werden. Für größere Städte ist eine verpflichtende Wärmeplanung

**Ein landesweites Semesterticket für alle!**

Annahme

**Verpflichtende Wärmeplanung der Größeren Städte**

Annahme

10 einzuführen. Fernwärmeunternehmen müssen ihre  
10 Veröffentlichungen im Internet vornehmen.

**Begründung:**

15 Die Energiewende ist bisher lediglich eine Stromerzeugungswende. Die für die  
15 Erreichung der Klimaziele des Paris-Abkommens erforderliche Energiewende  
gelingt jedoch nur, wenn auch bei der Wärmewende größere Fortschritte erreicht  
werden. Das Land ist nach Art. 72 Absatz 1 GG als Gesetzgeber für den  
Wärmesektor der Energiewirtschaft zuständig, solange der Bund im Bereich der  
Wärme- und Kälteplanung keine Regelungen getroffen hat.

20

Die Landesregierung will das im Jahr 2013 in Kraft getretene Klimaschutzgesetz  
(KSG) im Jahr 2019 novellieren. Das KSG muss über reine Programmsätze  
hinausgehen und insbesondere im Wärmebereich konkrete  
Handlungsmöglichkeiten für Städte und Gemeinden eröffnen, um weitergehende  
25 Schritte zur Umsetzung der Wärmewende auf eine breite Basis zu stellen. Die  
sich bereits heute aus dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung ergebende  
Befugnis von Gemeinden, Wärme- und Kältepläne aufzustellen, soll gesetzlich  
geregelt werden. Bisher wurde die Wärmewende in Baden-Württemberg  
Initiativen aus der Bürgerschaft, Gemeinden und Stadtwerken überlassen. Die  
30 Förderung des Landes beschränkt sich auf einen bescheidenen und für die  
Wärmewende unzulänglichen Rahmen. Wenn die Wärmewende den nach dem  
Pariser Klimaschutzabkommen erforderlichen Erfolg haben soll, sind  
weitgehendere konkrete Schritte erforderlich.

35 **Verpflichtende kommunale Wärmeplanung für größere Kommunen**

Der aktuelle Rechtsrahmen fokussiert vornehmlich auf Bauherren und  
Gebäudeeigentümer als Adressaten gesetzlicher Anforderungen. Eine  
energetische Optimierung erfolgt deshalb regelmäßig auf der Ebene eines  
40 Gebäudes. Eine Systemlösung auf der Ebene eines Quartiers oder einer Stadt ist  
häufig kostengünstiger und deshalb im Interesse der Mieter und Eigentümer  
sinnvoller. In Dänemark wurde deshalb schon vor vielen Jahren eine  
verpflichtende kommunale Wärmeplanung eingeführt. Dieses Vorbild sollte  
Baden-Württemberg aufgreifen und eine verpflichtende Wärmeplanung für  
45 größere Kommunen einführen. Ziel einer solchen Regelung wäre, dass diese  
großen Städte im Rahmen einer strategischen Planung Konzepte erstellen, auf  
welchem Weg das Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes  
gewährleistet werden kann. Zu diesem Zweck ist die Identifikation von  
Wärmequellen und –senken, von Gebieten für Wärmenetzausbau und die  
50 Entwicklung von Quartiersstrategien auf kommunaler Ebene vorzusehen. Die  
kommunale Wärmeplanung ist auch ein unverzichtbarer Bestandteil der  
Schlüsselstrategie des Aus- und Umbaus der Wärmenetze. Zur Wahrung des  
Konnexitätsgebots aus Art. 71 Abs. 3 der Landesverfassung ist für die  
Mehrbelastung der Kommunen eine Kostendeckung sicherzustellen.

55

**Datenübermittlungspflicht an kleinere Gemeinden**

Durch die Aufnahme einer Datenübermittlungspflicht an Gemeinden zur  
60 Erleichterung der Aufstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne werden die  
Energiewende und der Klimaschutz auch auf kommunaler Ebene unterstützt.

Durch das Recht auf Datenerhebung werden die Möglichkeiten von Gemeinden  
gestärkt, Wärme- und Kältepläne zu erstellen. Die Kosten für die Erstellung und  
65 ggf. Umsetzung von kommunalen Wärme- und Kälteplänen tragen die  
jeweiligen Gemeinden. Soweit die Gemeinden Daten z.B. bei Schornsteinfegern  
und Energieunternehmen anfordern, haben sie die Kosten der  
Datenbereitstellung und -übermittlung zu tragen. Da die Aufstellung von  
Wärme- und Kälteplänen der Entscheidung der Gemeinde obliegt, sind die  
70 konkreten kostenmäßigen Auswirkungen schwer abzuschätzen.

Für die Umsetzung solcher Konzepte gibt es bereits verschiedene Förderungen  
für die Gemeinden, wie z.B. auf Bundesebene die Nationale  
Klimaschutzinitiative (NKI) oder das KfW-Programm zur Energetischen  
75 Stadtsanierung und auf Landesebene.

In das neue Klimaschutzgesetz sind entsprechende **Begriffsbestimmungen  
aufzunehmen.**

#### 80 **Transparente Darstellung der Fernwärmeversorgung**

Die Bekanntgabe nach § 1 Abs. 4 der Verordnung über Allgemeine  
Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) hat im  
Internet zu erfolgen.

### *Antragsbereich UV/ Antrag 6*

*Kennnummer 14169*

*Kreisverband Rhein-Neckar*

#### **Tiertransporte**

Gewerbliche Tiertransporte von Schlachtvieh werden über einer  
Fahrstrecke von 150 Kilometer grundsätzlich untersagt. Der  
Gesetzgeber wird auf gefordert, gesetzliche Regelungen mit einer  
Übergangszeit von 5 Jahren zu treffen und Initiativen zu  
5 beschließen, dass zukünftig eine regionalere Vermarktung von  
Fleischprodukten möglich gemacht wird. Kontrollmechanismen  
sind zu implementieren, um die Regelung wirksam zu  
überwachen.

#### 10 **Begründung:**

Das unwürdige Transportieren von Schlachtvieh muss ein Ende haben. Dem  
Tierschutz ist hier Vorrang ein zu räumen. Es gibt keine vernünftigen  
Argumente, weshalb Tiere in Transporten gequält werden dürfen. Die

#### **Tiertransporte Ablehnung**

- 15 Gesellschaft muss umdenken. Es gibt nicht nur eine Würde des Menschen, sondern auch eine Würde der Tiere.

*Antragsbereich UV/Antrag 7*

*Kennnummer 14170*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen von 130 km/h**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert ein generelles Tempolimit von 130km/h auf Bundesautobahnen einzuführen.

**Begründung:**

5

(Begründung erfolgt mündlich)

*Antragsbereich UV/Antrag 8*

*Kennnummer 14171*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Förderung der Elektromobilität**

Die Landtagsfraktion möge die Novellierung der Baden-Württembergischen Garagenverordnung (GaVO) in dem Sinne vorantreiben, dass eine elektrische Basis-

- 5 Installation zum Anschluss von Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge als Standardausstattung

von Garagen vorgeschrieben wird. Energieversorgungs-Unternehmen sollen aufgefordert werden, technische Konzepte für Ladesysteme in privaten Garagen vorzulegen.

10

**Begründung:**

- 15 Die Ausweitung der Elektromobilität ist ein erklärtes Ziel unserer Partei und auch der letzten und jetzigen Bundesregierung. Mitte 2017 erklärte Kanzlerin Merkel das Ziel von 1 Mio Elektrofahrzeuge bis 2020 jedoch als nicht mehr erreichbar. Brigitte Zypries und Barbara Hendricks widersprachen zwar. Um Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu machen, fehlt bisher jedoch die Dynamik.

20

- Neben der für viele potentielle Käufer noch nicht ausreichenden Praxistauglichkeit und den hohen Kosten der aktuell am Markt angebotenen Fahrzeuge, hemmt die mangelnde Verfügbarkeit von Lademöglichkeiten die weitere Entwicklung. Der Bund fördert die Elektromobilität mit erheblichen Mitteln. Der Fokus liegt dabei auf Zuschüssen zur Anschaffung von E- und E-Hybrid-Fahrzeugen sowie die Schaffung einer öffentlichen Lade-Infrastruktur.

25

**Generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen von 130 km/h**  
Erledigt durch Beschlusslage ((BPT Hamburg 2007)

**Förderung der Elektromobilität**  
Überweisung an Landtagsfraktion

Lademöglichkeiten in privaten Garagen und Stellplätzen werden bisher stiefmütterlich behandelt. Dabei besteht kein Zweifel, dass sich die E-Mobilität nur dann durchsetzen kann, wenn die Fahrzeuge während der Nachtruhe an den privaten Parkplätzen für den nächsten Tag geladen werden können.

Ca. 4 Mio. Fahrzeuge in Deutschland stehen in Garagen von Wohnanlagen und durch die rege Bautätigkeit nimmt diese Zahl ständig zu. Anträge zur Anbringung von Lademöglichkeiten an Stellplätzen werden von den Eigentümergeinschaften in der Regel abgelehnt (erforderlich 100% Zustimmung oder qualifizierte Mehrheit). Anfechtungsklagen scheitern meist vor Gericht.

Die neue GroKo hat das Problem erkannt und in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Hier steht im Abschnitt Mobilität und Umwelt: „Den Einbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge von Mieterinnen und Mietern sowie Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern werden wir rechtlich erleichtern.“ Inhaltlich ist nichts Weiteres spezifiziert. Ein Gesetzesantrag des Bundesrats, initiiert von den Freistaaten Bayern und Sachsen, vom 21.06.16 sah vor: „Zur Förderung der Elektromobilität soll in das WEG eine Regelung aufgenommen werden, wonach die nach § 22 Absatz 1 Satz 1 WEG erforderliche Zustimmung der durch die bauliche Maßnahme nicht unerheblich beeinträchtigten Miteigentümer dann entbehrlich ist, wenn die Maßnahme für die Installation einer Ladestation für Elektrofahrzeuge erforderlich ist.“

Dieser Vorschlag ist barer Unsinn und mutmaßlich verfassungswidrig! Man stelle sich das folgende Szenario vor: Ein erster Interessent zieht, ohne jede Abstimmung mit der Hausgemeinschaft, Kabel von seinem Stellplatz zu seinem Elektroanschluss. Dabei müssen Wände durchbohrt und Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Er trägt die hohen Kosten. Ein zweiter und dritter Interessent nutzt die Gunst der Stunde und profitiert von den Vorleistungen von Nummer Eins ohne Verpflichtung, diesen zu entschädigen. Ein vierter und jeder weitere Interessent erhält keine Genehmigung mehr, da eine Überlastung des Hausanschlusses droht.

Dieses Szenario macht die tatsächlichen, praktischen Probleme deutlich, wobei von Haftungsfragen noch gar nicht die Rede war. Die Pflicht zur Abstimmung von baulichen Maßnahmen innerhalb einer Hausgemeinschaft einfach nur abzuschaffen, würde zu Ungerechtigkeit und zur Verschärfung der Probleme führen.

Die Bundesregierung hat diesen Gesetzentwurf als problembehaftet und unangemessen erkannt und abgelehnt. Das Dokumentations- und Informationssystem des Bundestags weist aktuell hierzu aus: „Aktueller Stand: Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode“.

Bei der offensichtlichen Dringlichkeit ist es mehr als verwerflich, Jahre ins Land gehen zu lassen, ohne dass überhaupt ein diskutabler Lösungsvorschlag vorgelegt wird!

Die Garagenverordnungen der Länder enthalten Mindestanforderungen an die geometrische Gestaltung, die Beleuchtung, den Brandschutz usw. von Garagen. In diesen Verordnungen soll eine Basis-Installation zur Erstellung von Ladesystemen als Standardausstattung aufgenommen werden. Diese sollte beinhalten:

- einen leistungsmäßig angemessenen Hausanschluss
- eine Grund-Verkabelung
- evtl. ein Lademanagement zur Vermeidung von Überlast

Die Energieversorger sollten dringend entsprechende technische Konzepte vorlegen.

Nicht beinhaltet wären die eigentlichen Ladepunkte (Wallboxen), so dass ein schrittweiser, aber geordneter Ausbau gemäß den Anforderungen der Nutzer ermöglicht wäre. Die Anbringung einer Wallbox und ihr Anschluss an die Basis-Installation sind dann als Maßnahmen im Sondereigentum (bzw. im Rahmen eines Sondernutzungsrechts) zu betrachten und unterliegen nicht der o.g. Zustimmungspflicht. Bei Neubauten wäre die Basis- Installation bereits im Bauantrag zu berücksichtigen. Bei bestehenden Garagen sollte jeder mit berechtigtem Interesse, sei er Mieter oder Miteigentümer, eine Nachrüstung anstoßen können.

Auch für die Finanzierung solcher Basis-Installationen muss ein Konzept entwickelt werden, so dass durch öffentliche Förderung und / oder geeignete Finanzkonstrukte Investitionshürden vermieden werden.

## *Antragsbereich UV/Antrag 9*

*Kennnummer 14172*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

### **Für einen flüssigen Verkehrsfluss auf deutschen Straßen**

Wir wollen den Verkehrsfluss auf den deutschen Autobahnen maßgeblich mitgestalten und verbessern. Deshalb fordern wir:

1. Die Einführung von Verkehrsleitsystemen mit Wechselschildern an besonders belasteten und staugefährdeten Stellen im Autobahn- oder autobahnähnlichen Netz wie es z.B. an Autobahnkreuzen und Steigungen in Hessen gang und gäbe ist.

### **Für einen flüssigen Verkehrsfluss auf deutschen Straßen**

Annahme

2. Die Einführung eines generellen Überholverbotes für LKWs auf allen zweispurigen Autobahnabschnitten und autobahnähnlichen Straßen.
- 15 3. Ein erzwungenes Reißverschlussverfahren bei jeder Spurzusammenlegung, auch auf autobahnähnlichen Straßen. Dies wird umgesetzt durch eine durchgezogene Linie zwischen den zwei zusammenzulegenden Spuren von 1km vor der Zusammenlegung bis zum Punkt der Zusammenlegung.

20

**Begründung:**

(Begründung erfolgt mündlich)

*Antragsbereich UV/Antrag 10*

*Kennnummer 14173*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

**Kein Plastik mehr auf unsere Felder!**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Bioabfallverordnung dahingehend zu ändern, dass behandelte Bioabfälle, die auf Feldern ausgebracht werden, keine Kunststoffreste mehr enthalten dürfen.

5

**Begründung:**

Intakte und saubere Böden sind die wichtigste Grundlage für eine nachhaltige Versorgung mit gesunden Lebensmitteln.

10

Gemäß §4 Abs. 4 der bundesweit geltenden Bioabfallverordnung ist es derzeit zulässig, dass

15

Reste aus Bioabfallbehandlung (v.a. also Gülle und Schlämme aus Biogasanlagen) einen Anteil an Fremdstoffen, insbesondere Glas, Kunststoff und Metall bis zu einem Höchstwert von 0,5 % bezogen auf die Trockenmasse des aufzubringenden Materials enthalten darf. Bei Einhaltung der zulässigen Düngemengen dürfen somit ganz legal bis zu 10 kg Kunststoffreste pro Hektar und Jahr auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden.

20

Hintergrund ist die Verwertung von verpackten Lebensmitteln mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). So werden zum Beispiel abgelaufene Joghurtbecher palettenweise geschreddert und dann gesiebt mit einem Sieb von bis zu 2 mm Durchmesser. Das heißt, Plastikteilchen von unter

25 2 mm dürfen ganz legal bis zur o.g. Grenze ausgebracht werden.

Das ist eine schleichende und nicht hinnehmbare Belastung unserer Böden und Gewässer, die beendet werden muss. Die Kunststoffe bauen sich im Boden nicht ab, sondern reichern sich Jahr für Jahr an. Sie gelangen auch in Gewässer und

**Kein Plastik mehr auf unsere Felder!**

Annahme

- 30 verbreiten sich damit weiter. Abgesehen von den Folgen für Vögel, die diese Teile aufpicken können und abgesehen von den hinlänglich bekannten Folgen der Kunststoffbelastungen der Ozeane, kann der Kunststoff so auch in die Nahrungskette gelangen und den menschlichen Körper belasten.
- 35 Zwar gelten bei der Ausbringung als Dünger auch die Schadstoffgrenzwerte der Düngemittelverordnung, jedoch zählt Kunststoff an sich nicht zu den Schadstoffen. In landwirtschaftlichen Böden hat er dennoch nichts verloren!

- Abgelaufene Lebensmittel sollten – sofern noch bedenkenlos genießbar –  
40 vorzugswürdig an diejenigen abgegeben werden, die sie noch verzehren möchten. Ist das nicht möglich, sind die Verpackungen von den Lebensmittelresten mechanisch sauber zu trennen und getrennt zu verwerten. Ist auch das nicht möglich, sind verpackte Lebensmittelreste thermisch in Müllverbrennungsanlagen zu verwerten. Sie dürfen nicht mehr in  
45 Biogasanlagen, Äcker und damit in die Nahrungskette gera31

ten. Dass damit auch Lebensmittelreste verbrannt werden, deren Verwertung als Bioabfall eigentlich sinnvoller wäre, ist eher in Kauf zu nehmen als die Belastung der Böden mit Kunststoffen.

## *Antragsbereich UV/Antrag 11*

*Kennnummer 14174*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt*

### **Einführung eines Pfandsystems für Pappbecher**

- Die SPD wird aufgefordert sich für die Reduzierung des Verbrauchs von Pappbechern einzusetzen. Dafür soll  
übergangsweise die Einführung einer hohen Verbrauchssteuer auf Pappbecher eingeführt werden. Nach erfolgreicher Initiierung tritt  
5 dann anstelle der Steuer ein Pfandsystem in Kraft.

#### **Begründung:**

- Handelsübliche Pappbecher (Coffe-to-go-Becher) sind an ihrer Innenschicht mit  
10 dem Kunststoff „Polyethylen“ beschichtet, wodurch sich die Pappbecher nur langsam abbauen lassen. Sie werden auch nicht recycelt, da sie sich der Kunststoff nur schwer vom Papier trennen lässt. Die Deutsche Umwelthilfe schätzt den täglichen deutschlandweiten Verbrauch von Pappbechern auf 7,6  
Millionen, damit stellen sie eine große Umweltbelastung dar.

- 15 Insbesondere unter Berücksichtigung des fortschreitenden Klimawandels und dem Aspekt der Nachhaltigkeit erscheint die weitere Verwendung von Pappbechern unvernünftig. Um den Verbrauch von Pappbechern zu reduzieren, kann man das Produkt verteuern oder ein Pfandsystem einführen.

### **Einführung eines Pfandsystems für Pappbecher**

Annahme

## Antragsbereich UV/Antrag 12

Kennnummer 14176

AG Selbst Aktiv

Empfänger:

Bundesparteitag

Landesvorstand

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Parteivorstand

### Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Hochrheinstrecke

Die AG Selbst Aktiv fordert, dass wieder alle Menschen, also auch mobilitätseingeschränkte Personen, mit dem IRE auf der Hochrheinstrecke fahren können.

#### 5 Begründung:

Alle Unterzeichnerstaaten der UN-BRK sind laut Artikel 9, Absatz 1 dazu verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, um für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen den Zugang zur physischen Umwelt (zu Transportmitteln [...]) [...] zu gewährleisten“.

Laut § 1, Absatz 1 Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz – RegG) ist eine „ausreichende[...] Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr [...] eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.“

Und auch im Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU steht: „Wir treten für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes ein. Dazu gehören eine leistungsfähige Infrastruktur und passgenaue Mobilitätsangebote für urbane und ländliche Räume gleichermaßen. Wir wollen mit Hilfe einer ÖPNV-Offensive in der Fläche zu einem verlässlichen Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs im Land beitragen. Dabei wollen wir unseren Beitrag zum Erreichen von Barrierefreiheit leisten.“

Auf der Hochrheinstrecke fährt seit Mitte 2018 ein neuer alter IRE. Diese Baureihe ist neu auf der Strecke eingesetzt, war davor aber in einer anderen Region.

Seit Mitte Juli dürfen mobilitätseingeschränkte Reisende (vor allem Rollstuhlfahrer) nicht mehr mit dem IRE bei nahezu allen Haltestellen der Hochrheinstrecke fahren. In Basel Badischer Bahnhof und in Bad Säckingen kann man noch ein- und aussteigen (hier ist eine andere 3-S-Zentrale zuständig), in Singen (der nächste Halt, bei dem man als Rollstuhlfahrer wieder aus dem IRE aus- bzw. einsteigen kann) und bei allen nachfolgenden Haltestellen kann man nicht mehr aus- und einsteigen. Der IRE hat mehrere Treppenstufen,

### Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Hochrheinstrecke

Überweisung an Landtagsfraktion

weshalb mobilitätseingeschränkte Personen mit einem sogenannten Hublift ein- und aussteigen müssen. Diese Hilfe muss immer angemeldet werden.

Versucht man, die Bahnfahrt vorschriftsgemäß bei der Mobilitätszentrale der Deutschen Bahn (MSZ) anzumelden, schreiben die Mitarbeiter\*innen der MSZ zurück, dass sie die Ein- und Ausstiegshilfen nicht anmelden dürfen.

Grund dafür sei anscheinend ein Unfall in Radolfzell. Die Türen des Zuges hätten sich geschlossen, obwohl der Hublift mit Rollstuhlfahrer\*in noch dazwischen gewesen sei, dadurch gab es anscheinend einen Unfall.

Eine sehr einfache Möglichkeit wäre, dass der Zugführer den Schließmechanismus deaktiviert wie bereits beim RB üblich. Ist ein Zugführer nicht da, kann dies auch der Lokführer übernehmen.

Die im Zug integrierten Hublifte sind immer noch nicht betriebsbereit.

Für mobilitätseingeschränkte Reisende bedeutet dies, dass sie beispielsweise nicht mehr nach Singen oder von Singen Richtung Basel fahren können. Eine Alternativstrecke gibt es nicht.

Möchte man beispielsweise von Basel nach Stuttgart, muss man über Karlsruhe fahren, auf dieser Strecke gibt es einen zusätzlichen Umstieg (zwei statt einem), man fährt ungefähr genau so lang, muss aber mit dem Fernverkehr fahren. Für alle Reisenden mit Wertmarke bedeutet das, dass für sie bei der Strecke über Singen keine Kosten anfallen, bei der aktuell einzig befahrbaren Strecke nun aber bezahlen müssen.

Wir fordern, dass diese Situation dringend aufgeklärt und behoben wird und bis dahin alle Mehrkosten für Menschen mit Behinderungen diesen erstattet werden.

### *Antragsbereich UV/Antrag 13*

*Kennnummer 14188  
Kreisverband Konstanz*

#### **Die Landwirtschaftspolitik neu denken**

Der Sommer 2018 wird deutschlandweit vielen Landwirten in wenig guter Erinnerung bleiben. Zahlreiche Bäuerinnen und Bauern in unserem Land hatten unter der anhalten Dürreperiode zu leiden, viele Betriebe waren gar in ihrer Existenz bedroht. Es war wichtig, dass wir den betroffenen Landwirten staatliche Hilfen zur Verfügung gestellt haben. Perspektivisch sind kurzfristige Finanzhilfen aber keine Lösung für das Problem. Wir müssen die extremen Ernteeinbußen aber auch als ein Signal verstehen, dass es dringend an der Zeit für eine Neuausrichtung

#### **Die Landwirtschaftspolitik neu denken**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

... Betriebe ~~waren gar~~ sahen sich in ihrer Existenz ...

...Finanzhilfen ~~aber~~ keine Lösung ...

10 unserer Landwirtschaftspolitik ist. Dabei geht es nicht nur  
darum, in Zukunft für derartige Dürreperioden besser gewappnet  
zu sein. Agrarwissenschaftler\*innen fordern bereits seit  
Jahrzehnten ein Umsteuern in der Agrarpolitik. Die derzeitige  
Landwirtschaft in Europa ist durch Fehlanreize geprägt.

15

Die Landwirtschaft wird heute überwiegend über die  
bewirtschaftete Fläche gefördert. Diese auf die Fläche  
bezogenen Direktzahlungen belohnen Landeigentümer, sind  
ungerecht verteilt. Es spielt kaum eine Rolle, ob die

20 Bewirtschaftung nachhaltig ist oder Tiere artgerecht gehalten  
werden. Der Besitz von landwirtschaftlicher Fläche ist kein  
Grund für eine öffentliche Förderung. Auch die Bürgerinnen und  
Bürger haben dieses Problem erkannt.

25 Bei der Subventionspolitik müssen wir ein neues Anreizsystem  
aufbauen. Statt immer wieder Geld für Nothilfen auszugeben,  
sollten wir mit einer Umstellung der Agrar-Förderpolitik die  
Prävention stärken. Die Landwirtschaft muss robuster gegenüber  
Klimaveränderungen werden und sie muss selbst

30 klimaverträglicher wirtschaften. Wir müssen hin zu einer  
nachhaltigen Landwirtschaftspolitik, die sowohl den Interessen  
der Landwirte als auch dem Klimaschutz, der Artenvielfalt, dem  
Tierwohl und nicht zuletzt auch der Entwicklung der ländlichen  
Räume Rechnung trägt.

35

Dabei bedeutet Nachhaltigkeit auch die Aussicht auf ein faires  
Einkommen für die Landwirte und die eine Wertschätzung der  
Leistung der Landwirte für unsere Gesellschaft. Ihre

40 hochwertigen Produkte sollen fair bezahlt werden. Leistungen,  
die nicht vom Markt honoriert werden, müssen zielgerichtet und  
nachvollziehbar vergütet werden. Wir als SPD fordern:

öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Außerdem müssen  
wir durch ressourcenschonendes Bewirtschaften die Umwelt  
schützen und zudem eine artgerechte Tierhaltung fördern sowie

45 die Entwicklung des ländlichen Raums stärken.

...honoriert werden, wie z.B. die  
Offenhaltung von Hanglagen und  
andere Landschaftspflegemaßnahmen,  
müssen ...

Die aktuelle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)  
nutzen

50 Für eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik benötigen  
wir den Übergang in eine leistungsbezogene Förderung im  
Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Europa. Umso  
wichtiger, dass wir die aktuelle Reform der Gemeinsamen  
Agrarpolitik der Europäischen Union nutzen, damit sich künftige  
55 Agrarsubventionen deutlicher an nachhaltigen und  
umweltfreundlichen Bewirtschaftungsformen orientieren.

Umweltschonendes, innovatives Wirtschaften auf dem Acker  
und in den Ställen, muss honoriert werden, um Landwirten die  
Möglichkeit zu geben, wettbewerbsfähig und neu im Einklang

60 mit der Natur zu wirtschaften. Dabei schafft eine  
Neuausrichtung der GAP nicht zuletzt die notwendige  
Akzeptanz der Zahlung in der Bevölkerung.

Derzeit werden der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) und die  
65 Gemeinsame Agrarpolitik der EU für den Zeitraum 2021-2027  
verhandelt. Der MFR legt Ausgabenobergrenzen für die 1. und  
die 2. Säule der GAP fest. Die 1. Säule beinhaltet insbesondere  
die zuvor genannten Direktzahlungen an Landwirte, die zweite  
Säule der GAP umfasst mögliche Maßnahmen im Bereich der  
70 ländlichen Entwicklung u.a. im Bereich des Umwelt- und  
Klimaschutzes.

Die Europäische Kommission schlägt insgesamt eine Kürzung  
der GAP vor, wobei die für die Erreichung von Umweltzielen  
75 zentrale 2. Säule überproportional gekürzt werden soll. Vielmehr  
sollten wir uns für einen Aufwuchs der Mittel in der 2. Säule  
einsetzen. Keinesfalls können wir eine überproportionale  
Kürzung hinnehmen. Nicht zuletzt steht es unserer Forderung  
aus Wahlprogramm und Koalitionsverhandlungen entgegen, in  
80 denen wir uns für mehr EU-Mittel für den Naturschutz  
ausgesprochen haben.

Der Vorschlag der Kommission schlägt zudem mehr  
Verantwortung für die Mitgliedstaaten und  
85 Verwaltungsvereinfachung vor. Dieses Modell hat zwar  
Potenzial für größere Umweltambitionen. Voraussetzung hierfür  
ist jedoch, dass auf EU-Ebene verbindliche und anspruchsvolle  
Mindestanforderungen festgelegt werden. Ohne verbindliche  
Mindestanforderungen drohen Umweltdumping bzw.  
90 Wettbewerbsverzerrungen durch Benachteiligung von  
Mitgliedstaaten mit höheren Ambitionen bzw. gesellschaftlichen  
Erwartungen im Umweltbereich. Es ist von daher zwingend  
erforderlich, mittels einheitlicher und verbindlicher  
Anforderungen die notwendigen Leitplanken für die  
95 Mitgliedstaaten zu schaffen, innerhalb derer sie ihre  
Landwirtschaftspolitik gestalten können. Dafür müssen wir uns  
auf europäischer Ebene einsetzen.

100

105

Ebenso ist es zwingend erforderlich, dass auch bei Lebensmittels, die aus Drittländern in die EU eingeführt werden, diese Standards in der Produktion eingehalten werden müssen. Ansonsten kommt es zu unfairen Wettbewerbsverzerrungen, die unsere Landwirte nicht meistern

Bund und Länder müssen sich bei den anstehenden

110 Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für können.  
ambitionierte Vorgaben einzusetzen und in einem zweiten  
Schritt für eine ehrgeizige nationale Umsetzung zu kämpfen:

Deshalb fordern wir

115

1. Verbindliche Umweltstandards

2. Öffentliches Steuergeld nur für öffentliche Leistungen statt für  
Grundbesitz

120 3. Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen in ländlichen  
Räumen

4. Umbau der Tierhaltung

125 5. Schutz von Wasser, Boden und Luft finanzieren

#### *Antragsbereich UV/Antrag 14*

*Kennnummer 13480*

*AfA Baden-Württemberg*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landtagsfraktion*

#### **Den Wandel in der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer gut gestalten**

Die Automobilindustrie steht vor einer  
großen Herausforderung. Umweltpolitische  
Aspekte, Veränderungen im  
Mobilitätsverhalten und technologischer  
5 Wandel bedeuten einen extremen Wandel in  
den nächsten Jahren. Wir wollen eine  
umweltverträgliche Mobilität und  
unterstützen den Veränderungsprozess  
insbesondere auch hin zu einem öffentlichen  
10 Verkehr. Wir wollen in Deutschland  
weiterhin an der Spitze einer  
zukunftsfähigen Mobilität stehen. Wir  
wissen, wir müssen unseren Spitzenplatz  
behalten, um Arbeitsplätze und damit die

15

#### **Den Wandel in der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer gut gestalten**

Überweisung an Bundestagsfraktion

finanzielle Grundlage vieler Arbeitnehmer und ihrer Familie dauerhaft zu sichern.

20 Der prognostizierte Wandel löst auch Ängste aus. Habe ich einen sicheren Arbeitsplatz? Gibt es weiterhin Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche? Habe ich die Möglichkeit zu einer für mich passenden  
25 Weiterbild oder Qualifizierung? Dies sind nur ein paar Schlaglichter in die Gefühlswelt unserer Kolleginnen und Kollegen.

30 Wir als SPD haben schon viele schwierige Beschäftigungssituationen gut gestaltet und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen die Zukunft gesichert. Z.B. haben nur das schnelle Eingreifen mit der Abwrackprämie und die Veränderungen beim  
35 Kurzarbeitergeld in der Krise 2008/2009 vieles gesichert und den anschließenden Aufschwung ermöglicht. Die SPD steht für einen guten Wandel, der unsere Kolleginnen und Kollegen mitnimmt und nicht  
40 überfordert oder auf der Strecke liegen lässt.

Bei dem anstehenden Wandel in der Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern müssen unsere Kolleginnen und  
45 Kollegen wieder erleben, dass die SPD in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten die Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft schafft.

50 Für uns hat der Erhalt einer zukunftsfähigen Industrie einen hohen Stellenwert. Industrielle Großserienfertigung bietet für viele ein gutes Einkommen. Diese meist  
55 tarifgebundenen Arbeitsplätze sind das Rückgrat von gutem Leben und gesicherter Kaufkraft.

60 Unter anderen halten wir für einen guten Wandel folgende Punkte für besonders wichtig!

65 1. Eine Stabstelle beim Bundesarbeitsministerium zur Koordinierung aller anstehenden Fragen des sogenannten

- Transformationsprozesses in der  
Automobilindustrie!
- 70 2. Gründung eines nationalen  
Transformationsbeirats beim  
Bundesarbeitsministerium unter  
Einbindung aller Akteure  
(Betriebsräte, Gewerkschaften,  
75 Unternehmen, Arbeitgeberverbände,  
Bundesagentur für Arbeit)!
3. Gute Schulausbildung mit einem  
weiteren Bildungsschwerpunkt:  
Umgang mit Veränderung und  
80 lebensbegleitender  
Weiterqualifizierung!
4. Offene Berufsschulen und  
Universitäten mit gutem und  
kostenfreiem Angebot zur  
Weiterqualifizierung von  
85 Arbeitnehmer\*Innen!
5. Einen wesentlichen Ausbau der  
Fachhochschul- und  
Universitätskapazitäten im Bereich  
90 der Informatikstudiengänge, um für  
die Zukunftstechnologien in der  
Automobilindustrie ausreichend  
personell gerüstet zu sein!
6. Rechtsanspruch auf Qualifizierung!
- 95 7. Gestaltung eines „4. Bildungswegs“  
für Kolleginnen und Kollegen, die  
auf Grund veränderter Technologien  
sich nochmals neu ordnen müssen.  
Unter dieser Gestaltung verstehen  
wir die schulische oder universitäre  
100 Infrastruktur und eine gute  
finanzielle Unterstützung!
8. Verbesserte Beratungsangebote der  
Bundesagentur für Arbeit für  
105 Betroffene, Betriebsräte,  
Unternehmen, Gewerkschaften und  
Kommunen!
9. Bereitstellung von staatlichen  
Mitteln für die Schaffung einer  
bundesweiten  
110 Mobilitätsinfrastruktur, um den  
Umstieg auf alternative Antriebe  
nachhaltig zu unterstützen. Zum  
Beispiel durch: Ausgewiesene und  
ggf. staatlich mitfinanzierte  
115 Experimentierfelder für andere  
Mobilitätskonzepte z.B. in

- Großstädten oder im ländlichen Raum!
- 120 10. Bereitstellung von öffentlichen Fördergeldern für neue Zukunftstechnologien, wie z.B. Brennstoffzellenforschung, Batteriezellenforschung und weiterer alternativer Antriebe!
- 125 11. Entwicklungsanreize für Unternehmen und Start-Up's bei Verbindung mit einer anteiligen verbindlichen Fertigung vor Ort!
- 130 12. Die betriebliche Mitbestimmung ist zu stärken und in den gesamten Prozess der anstehenden Veränderungsmaßnahmen unmittelbar einzubeziehen!
- 135 13. Eine wirksame Mitbestimmung der Betriebsräte für den Transformationsprozess und bei Fremdvergaben sowie gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Dem Ersatz fester Arbeitsplätze durch Leiharbeitseinsatz, Befristungen und Fremdvergabe muss wirksam widersprochen werden können!
- 140 14. Schaffung von sozialverträglichen Arbeitsmarktinstrumenten und tarifpolitischen Lösungen, um die beschäftigungspolitischen Folgen des Transformationsprozesses abzumildern!
- 145 15. Ausbau der Altersteilzeit mit der Möglichkeit, Zeiten der Arbeitsphase mit bezahlter Freistellung des Arbeitgebers aufzufüllen!
- 150 16. Verlängerung des Kurzarbeitergeldes!
- 155 17. Flächen der industriellen Nutzung müssen als solche erhalten bleiben!
- 160 Viele Inhalte dieses Antrages sind auch für andere Branchen im Rahmen der Wertschöpfungskette, andere Industrien, Branchen und Dienstleistungsbereiche, die vom Strukturwandel betroffen sind oder werden, übertragbar. Insofern kann dieser Antrag auch als „Blaupause“ für andere
- 165

170 Wirtschaftsbereiche übernommen werden,  
die durch verschiedenste Einflüsse, wie z.B.  
der fortschreitenden Digitalisierung, der  
Energiewende oder der ausufernden  
Globalisierung einem sehr starken  
Strukturwandel unterliegen.

*Antragsbereich UV/Antrag 15*

*Kennnummer 13464*

*Ortsverein Dreisamtal  
(Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald)*

*Empfänger:  
Landesvorstand  
SPD-Landtagsfraktion*

**E-Mobilität: Ladeinfrastruktur in der Fläche**

- 5
- 10
- 15
- 20
- 25
1. Wir wollen, dass zur Förderung der Elektromobilität die Ladeinfrastruktur in der Fläche zügig ausgebaut wird. Dieser Ausbau muss nach den Bedürfnissen der Nutzer erfolgen und darf nicht durch Eigeninteressen der Energieversorger verzögert werden.
  2. Die Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg eine nutzerorientierte Planung für die Errichtung und Optimierung der Ladesäuleninfrastruktur und für die zeitnahe Umsetzung in ganz Baden-Württemberg erstellt. Hierfür nimmt sie Kontakt mit der NOW GmbH (<https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort>), einer bundeseigenen Gesellschaft zur Förderung der E-Mobilität und der nationalen Plattform Elektromobilität auf (<http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de>), einem Beratungsgremium der Bundesregierung mit Vertreter aus Industrie, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden.

**E-Mobilität: Ladeinfrastruktur in der Fläche**

Überweisung an Landtagsfraktion

- 30 3. Um die Installation von Wallboxen  
in Privathaushalten und bei  
Arbeitgebern zu forcieren wollen  
wir zielgerichtete Informationen für  
35 diese Zielgruppen und befürworten  
die Förderung für die Beschaffung  
von privaten Ladesäulen mit der  
Ladestärke zwischen 11 und 22 kW  
mit 500 € pro Haushalt zusätzlich zu  
40 anderen bestehenden  
Bundesprogrammen.
4. Um die Installation im  
halböffentlichen Raum (Hotels,  
Restaurants, Einkaufszentren,  
Freizeiteinrichtungen) zu forcieren  
45 sollen entsprechende Informationen  
für Ladesäulen zwischen 23 und 49  
kW-Ladeleistung erstellt werden und  
pro Ladeanschluss ein Zuschuss von  
750 € gewährt werden.
5. Im öffentlichen Raum, an zentralen  
50 Parkplätzen, in Tiefgaragen, an  
Verkehrsknotenpunkten und  
Bahnhöfen sollen durch  
Gebietskörperschaften Ladesäulen  
55 mit 50 bis zu 100 kW-Ladeleistung  
installiert werden und deren  
Installation mit 1.000 € je  
Ladeanschluss durch das Land  
gefördert werden.
- 60 1. Der Zuschuss für Ladesäulen im  
halböffentlichen und öffentlichen  
Raum wird nur gewährt, wenn die  
Ladesäulen mit einfach zu  
65 nutzenden Bezahlmöglichkeiten  
ausgestattet sind. Die Bezahlung ist  
immer mindestens über eine der  
folgenden vier Varianten direkt vor  
Ort möglich: Entweder ohne  
70 Authentifizierung 1. kostenlos oder  
2. bargeldbasiert oder aber mit einer  
Authentifizierung an der Ladesäule  
bargeldlos über 3. ein  
75 kartenbasiertes (z.B. EC- oder  
Kreditkarte) oder 4. ein  
webbasiertes Zahlungsverfahren wie  
eine App.

80 **Begründung:**

In einigen Gemeinden werden derzeit Elektromobilitätskonzepte erstellt, die meist von Energieversorgern erarbeitet werden sollen. Die Niederspannungsnetze der Energieversorger (letzte Meile zu den Haushalten) entsprechen häufig nicht dem zukünftigen Bedarf und müssen ausgebaut werden. Dies erfordert Investitionen und schmälert die Gewinne der Energieversorger. Deshalb versuchen die Energieversorger den notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur zu verzögern und diesen Ausbau entsprechend ihren bestehenden Netzen zu planen.

Nutzer von E-Mobilen haben aber Ansprüche, die nicht den Ausbauwünschen der Energieversorger entsprechen. (So ist es beispielsweise erhellend, dass es dem Autohaus Märtin in Freiburg verwehrt wurde, die gewünschte Anzahl an Ladesäulen beim Neubau des Autohauses zu installieren, weil sonst das das Netz der Badenova optimiert werden müsste.)

Die Ladesäulen müssen von der Ladeleistung ja nach Ladesäulenanbieter differenziert ausgebaut werden.

Bei privaten Haushalten, Pensionen und Hotels kann über Nacht geladen werden, da genügen 11 bis 22 kw-Säulen, bei Restaurants, Fitnessstudios usw. sollte die Leistung schon 23 bis 49 kw betragen, da man meist nur 1 bis 2 Stunden beim Essen / Training ist. Öffentliche Säulen an zentralen Parkplätzen und Verkehrsknoten sollten 50 bis zu 100 kw liefern, damit auch in kurzen Zeiten von 30 bis 60 Minuten vernünftige Ladeergebnisse erreicht werden. (Der neue Jaguar i-Pace benötigt 40 Minuten für 80% Batteriefüllung bei 100 kw-Ladesäule, <https://www.jaguar.de/jaguar-modelle/i-pace/electric-vehicles/index.html> ) . Sinnvoll ist an Parkplätzen eine Mischung verschiedener Ladestärken von 22 kw aufwärts.

Entscheidend ist, dass die Ladesäule nicht auf den Einheimischen, der meist bei sich zuhause eine Wallbox installieren kann, ausgerichtet ist, sondern auf den Besucher von außerhalb. Dieser benötigt die Sicherheit, problemlos laden zu können, um wieder nach Hause zu kommen.

Und da sind wir beim Bezahlsystem: Energieversorger bietet Säulen, die zum Bezahlen an eigene Verträge

130 oder den Verbund der Stadtwerke angebunden sind  
(ladenetz.de). Dem hat sich jetzt immerhin auch  
EnBW angeschlossen, aber trotzdem fehlen noch viele  
andere, z.B. der ZE-Pass (Anbieter Bosch). Es bleibt  
dabei: um mit einem E-Mobil durch Deutschland zu  
135 kommen, benötigt man derzeit eine Vielzahl  
verschiedener Karten verschiedener Anbieter. Zum  
Vergleich: in jedem Tante-Emma-Laden im hintersten  
Dorf der Republik kann ich mit meiner Bank-GiroCard  
bezahlen.

140 Das Ladesäulenbezahlsystem ist nutzerfeindlich,  
keiner würde es akzeptieren, wenn er beim Betanken  
seines Verbrennungsmotors jeweils eine Kundenkarte  
von ARAL, Shell, Esso, Bft ... dabei haben müsste.

145 Das Konzept muss also so aufgebaut sein, dass ein  
einfaches und für jeden nutzbares Bezahlsystem  
integriert ist.

150 Die SPD sollte erreichen, dass die Konzepte Angebote  
für die verschiedenen potentiellen Ladesäulen-  
Anbieter beinhalten, d.h. ein Vorschlag für Hotels, für  
Restaurants, für Einzelhandelsgeschäfte... und auch  
für Privathaushalte zum gemeinsamen Einkauf und zur  
155 gemeinsamen Installation von Ladesäulen  
entsprechend dem oben geschilderten jeweiligen  
Bedarf mit einem einheitlichen Zahlungssystem (nicht  
bei Privathaushalten, da ist das ja nicht nötig). Und  
eine entsprechende Information für diese potentiellen  
160 Ladesäulen-Anbieter

### *Antragsbereich UV/ Antrag 16*

*Kennnummer 13468*

*Kreisverband Reutlingen*

#### **Giga-Liner einschränken**

Die SPD spricht auf sich gegen einen  
regulären Betrieb von Lang-LKW (Giga-  
Liner) aus. Ebenso ist die  
Genehmigungspraxis für Schwertransporte  
5 einzuschränken. Schwertransporte dürfen  
maximal bis zu einer Strecke von 50 km  
genehmigt werden. Dabei hat der Spediteur  
bei der Antragstellung schriftlich  
nachzuweisen, dass ein anderer Transport

#### **Giga-Liner einschränken**

Annahme

10 technisch oder aufgrund fehlender Schiffs-  
oder Gleisanbindung nicht möglich ist.

Stattdessen soll der Güterverkehr verstärkt  
auf die Schiene verlegt und Güterbahnhöfe  
15 neu und ausgebaut werden. Um einen Anreiz  
zu schaffen den Güterverkehr auf die  
Schiene zu verlagern sollen an vorhandenen  
Gewerbegebiete oder  
Verkehrsknotenpunkten  
20 Güterverladestationen für einen schnellen  
Verladeverkehr eingerichtet werden. Der  
Abstand zwischen den einzelnen  
Güterverladestationen soll an die  
strukturellen Gegebenheiten angepasst  
25 werden. Dabei soll in jedem größeren  
Industriegebiet eine Verladestation  
eingerrichtet werden.

**Begründung:**

30 Der Einsatz von Lang-LKW bietet den falschen  
Ansatz um den wachsenden Güterverkehr auf der  
Straße einzudämmen. Durch einen effizienteren  
Einsatz von LKWs besteht die Gefahr, dass noch mehr  
35 Güter auf der Straße transportiert werden. Darüber  
hinaus besteht durch die Länge der Lang-LKW eine  
erhöhte Gefahr beim Überholen dieser.

Ein dichteres Netz von Güterbahnhöfen hingegen  
40 würde die Transportwege auf der Straße merklich  
verringern und einen Beitrag zur Entlastung der Straße  
und der Umwelt führen.

*Antragsbereich UV/ Antrag 17*

*Kennnummer 13469*

*Kreisverband Reutlingen*

**Verkehrsinfrastruktur bleibt in  
öffentlicher Hand**

Die verwalteten Verkehrsinfrastruktur,  
Straßen, einschließlich der Autobahnen,  
Wasserstraßen, Flugplätze und  
Schienenwege bleiben in öffentlicher Hand.

**Verkehrsinfrastruktur bleibt in  
öffentlicher Hand**

Annahme und Überweisung an  
Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion

Um dieses für die Freizügigkeit des Einzelnen wie auch für die Wirtschaft wichtige Staatsvermögen effektiv zu verwalten, wird die Struktur der Verkehrsverwaltungen neu geordnet.

Die Behörden für Luftfahrt, Wasserstraßen, Bahn- und Straßenbau werden zu einer einheitlichen dreigliedrigen Verwaltung (Oberer Verwaltungsbehörde - auf Bundesebene), Mittelbehörde – auf Landesebene - und Untere Verwaltungsbehörde – auf der Ebene der Kommunalverkehrsverwaltung) zusammengefasst.

Vorrangig soll der Ausbau und Erhalt der vorhandenen Schieneninfrastruktur im Vordergrund stehen. Dabei hat sich die neue Verwaltung bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen zu prüfen ob durch Zusammenlegung von Verkehrswegen Flächen (Landschaften) geschont werden können.

**Begründung:**

Sowohl für den Erhalt des Grundrechtes auf Freizügigkeit, der Möglichkeit auch in abgelegenen Orten, in denen Arbeitnehmer wohnen, die Industrie sich jedoch noch nicht ansiedeln will, leben zu können, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen, ist es notwendig, die Verkehrswege ohne vorrangige wirtschaftliche Interessen anzulegen. Auch ist die Verkehrsinfrastruktur aus Gründen der Sicherheit für die Menschen, die Tiere und die Umwelt ohne vorrangige Renditeorientierung zu unterhalten. Aus diesem Grunde bekennen wir uns zur Beibehaltung der staatlichen Straßen, Wasserstraßen, Flughäfen und vor allen Dingen Schienenwege.

Damit aber eine bessere Koordination beim Bau und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur möglich ist, sind die unterschiedlichen Verwaltungen zu einer Verwaltung zusammen zu fassen. Diese hat dann die Aufgabe bei der Planung von Neubauten oder Erhaltungsmaßnahmen zu prüfen, welche der vorhandenen Verkehrswege für das vorhandene oder zu erwartende Verkehrsaufkommen notwendig ist. Ein massiver Flächenverbrauch wie derzeit am Alaufstieg

(A 8) zwischen Stuttgart und Ulm zu sehen ist, kann damit vermieden oder mindestens optimiert werden.

60 Eine Zusammenlegung der Behörden bietet die Möglichkeit einer effizienteren Planung von neuen Verkehrswegen und eine bessere Abstimmung dieser.

### *Antragsbereich UV/Antrag 18*

*Kennnummer 13472*

*Ortsverein Efringen-Kirchen  
(Kreisverband Lörrach)*

*Empfänger:  
SPD-Bundestagsfraktion*

#### **Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten unterbinden**

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, initiativ zu werden, um das zeitweilige Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten zu unterbinden.

5

#### **Begründung:**

Da die Vorschriften der „Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter“ (RID) keinen hinreichenden Schutz für die Bevölkerung bieten (hier: im Bahnhof von Efringen-Kirchen, wo Gefahrgutwaggons über Tage ungeschützt in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet abgestellt werden), besteht akuter Handlungsbedarf.

15

Dies hat die Havarie eines Gefahrgutwaggons im Dezember 2017 in Efringen-Kirchen gezeigt. Aus der Havarie wäre schnell eine Katastrophe geworden, wäre das sich selbst leicht entzündbare Methylmethacrylat bei hohen Temperaturen im Hochsommer ausgetreten.

20

Die Vorschrift für die Sicherung gefährlicher Güter besagt in Kapitel 1.10 lediglich, dass die gefährlichen Güter „ordnungsgemäß gesichert, gut beleuchtet und, soweit möglich und angemessen, für die Öffentlichkeit unzugänglich sein müssen“.

25

#### **Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten unterbinden**

Überweisung an Bundestagsfraktion

30 In Zeiten terroristischer Anschläge wird zudem die  
Formulierung „soweit möglich“ aus Sicht der  
Bahnanwohner mit sehr großer Sorge gesehen, denn  
die abgestellten Gefahrgutzüge sind öffentlich  
zugänglich. Da ein hinreichender Schutz für in  
35 Wohngebieten abgestellte Gefahrgutzüge äußerst  
schwierig sein dürfte, wäre es zielführender, das  
zeitweilige Abstellen gefährlicher Güter in  
Wohngebieten generell zu untersagen.

## **Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg**

### **§ 1**

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

### **§ 2**

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

### **§ 3**

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

### **§ 4**

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

### **§ 5**

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

## Mitglieder der Antragskommission

Heike Baehrens	Birte Könnecke	Martin Rosemann
Julien Bender	Benjamin Köpfle	Tanja Sagasser-Beil
Sascha Binder	Christian Lange	Annette Sawade
Lothar Binding	Judith Marvi	Andrea Schiele
Daniel Born	Katja Mast	Lina Seitzl
Sonja Elser	Dominique Odar	Ralf Spörkel
Daniela Harsch	Sarah Pawlowski	Florian Wahl
Rainer Hinderer	Raphael Pfaff	Nico Waibel
Lukas Hornung	René Repasi	Jonas Weber
Dorothea Kliche-Behnke	Gabi Rolland	Sebastian Weigle

René Repasi	Vorsitzender
Dorothea Kliche-Behnke	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)